SPD-Landesorganisation Bremen

Jahresbericht 2004/2005

Jahresbericht 2004-2005
© SPD-Landesorganisation Bremen
Bremen, Februar 2006

Inhalt

Gedenken ..... **Seite 5**

Bericht des Landesvorstandes ..... **Seite 7**

Mitglieder des Landesvorstandes ..... **Seite 19**

Finanzbericht ..... **Seite 21**

Bericht zur Mitglieder- und Organisationsentwicklung ..... **Seite 29**

Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion ..... **Seite 31**

Bericht des Präsidenten des Senats ..... **Seite 50**

Berichte der Arbeitsgemeinschaften, Foren
und Projektgruppen ..... **Seite 57**

Anhang

Übersicht der Beschlüsse der Landesparteitage 2004-2005
Sowie wichtiger Beschlüsse des Landesvorstandes ..... **Seite 89**

Wahlergebnisse ..... **Seite 101**

Statistik und Grafiken zur Mitgliederentwicklung ..... **Seite 107**

Gedenken

Die Landesorganisation hat in den Jahren 2004 und 2005 durch Tod 198 Mitglieder verloren.

Stellvertretend für alle im Berichtszeitraum verstorbenen Genossinnen und Genossen stehen:

Franz Böhmert

Dorothee Colberg-Tjadens

Karl-Heinz Dornstedt

Karl Eggers

Siegmund Eibich

Horst-Werner Franke

Hildegunde Gerken

Alfred Gesien

Marga Grimm

Karl Haverkamp

Ursula Kaltenstein

Arwed Knust

Karl Locke

Michael Mackeben

Friedrich Ötken

Wilhelm Offermann

Hasso Polenz

Siegfried Quast

Ilse Rohleder

Burghardt Rütz

Julius Salomon

Adolf Wangenheim

Wir sind ihnen und allen unseren verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihre treue Unterstützung bei der Verwirklichung unserer politischen Ziele zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Notizen

Bericht des Landesvorstands

Bremen und Bremerhaven stehen vor einer Zäsur. Unser Land befindet sich finanzpolitisch in der wohl schwierigsten Phase seit seiner Gründung. Das Auslaufen der Sanierungszahlungen des Bundes und die Nichteinlösung des Kanzlerbriefes haben eine Neuausrichtung der Landespolitik unausweichlich gemacht. Die SPD im Lande Bremen hat sich dieser Verantwortung als stärkste politische Kraft gestellt und die notwendigen Weichenstellungen in der Koalition frühzeitig eingefordert und vorangetrieben. Von Partei und Fraktion sind in der politischen Auseinandersetzung mit der CDU in den vergangenen beiden Jahren hierfür wichtige Schwerpunktsetzungen vorgenommen und zentrale Impulse gegeben worden.

Der Landesvorstand hat nach seiner Wahl im März 2004 die Arbeit mit einer Klausurtagung im April 2004 in diesem Sinne zügig aufgenommen. Als ein wesentliches Ergebnis der Klausur wurde zunächst eine Phasenplanung als Fahrplan für die notwendigen Arbeitsschritte bis zur Bürgerschaftswahl 2007 erarbeitet. Drei wichtige Aufgabenfelder für die politische Arbeit bis zur Bürgerschaftswahl 2007 wurden festgelegt: Organisation (April 2004 – März 2005), Profilierung (März 2005 – März 2006) und Mobilisierung (März 2006 – Mai 2007).

Im Mittelpunkt der Arbeit stand somit die organisationspolitische und programmatische Weiterentwicklung der SPD im Lande Bremen, mit dem Ziel, optimale Ausgangsbedingungen für ein erfolgreiches Abschneiden bei der Bürgerschaftswahl 2007 zu schaffen.

Die bundes- und landespolitisch einschneidenden Veränderungen - die vorgezogene Bundestagswahl und der Wechsel an der Spitze der Landesregierung - haben die Bearbeitung der notwendigen organisationspolitischen Veränderungen wie auch die politisch-inhaltliche Arbeit des Landesvorstands mit Blick auf die Profilierung sozialdemokratischer Politik natürlich deutlich geprägt.

Der Landesvorstand hat sich als Arbeits- und Führungsgremium verstanden. Es wurde auch kontrovers diskutiert, aber immer konstruktiv und den Erfolg suchend. Die gute Atmosphäre wurde auch dadurch begünstigt, dass es in der Amtsperiode nur zu einem personellen Wechsel kam: Auf dem Parteitag am 28. September 2005 wurde Thomas Ehmke zum Schriftführer gewählt, nachdem Mareile Stanjek auf ihr Amt verzichten musste, da sie nach Berlin verzogen ist.

1. Politische Ereignisse / Wahlen

Europawahl 2004

Erste große Herausforderung war der Europawahlkampf 2004, der überschattet wurde von bundespolitischen Auseinandersetzungen über massive Einschnitte ins soziale Netz unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung (Agenda 2010, Hartz IV). Dennoch ist es Bremen gelungen, wieder das beste Ergebnis aller Landesverbände einzufahren. Während das bundesweite Wahlergebnis bei 21,5 Prozent lag, erzielten wir in Bremen 30,5 Prozent. Dennoch fällt das Ergebnis für Bremen gegenüber 43,7 Prozent bei der Europawahl 1999 erheblich ab und ist alles andere als zufrieden stellend.

Die Wahlbeteiligung war auch bei uns sehr gering. Bei einer erfahrungsgemäß generell niedrigen Wahlbeteiligung bei Europawahlen, lag sie 2004 noch niedriger, nämlich bei nur 37,3 Prozent im Gegensatz zu 43,8 Prozent im Jahr 1999.

Die Partei und die Kandidatin Karin Jöns haben einen engagierten Wahlkampf geführt. 2004 kam nicht nur der Spitzenkandidat wieder zu einer Veranstaltung der Landesorganisation nach Bremen, sondern der Kandidatin war es gelungen, für alle Unterbezirke auch inhaltliche Veranstaltungen mit anderen Abgeordneten des Europäischen Parlaments durchzuführen. Insgesamt waren 20 Prozent aller SPD-Europaabgeordneten zu Veranstaltungen unterschiedlichster Art in Bremen.

Bundestagswahl 2005

Die kurzfristige Entscheidung zur Neuwahl des Deutschen Bundestages brachte natürlich alle bis dahin getroffenen Planungen durcheinander und zwang zum schnellen Umdenken. Geplante Veranstaltungen wurden kurzfristig der neuen Situation angepasst und der Wahlkampf wurde sozusagen vom Stand in den Sprint begonnen.

Wahlkampf und strahlender Sonnenschein: Franz Müntefering am 12. Juli 2005 an der Bremer Schlachte

Wesentliche Elemente in unserem Wahlkampf waren drei sehr gelungene Großveranstaltungen. Zweimal konnten wir Franz Müntefering im Land Bremen begrüßen: Am 12. Juli für einen ganzen Tag in Bremen-Nord und Bremen-Stadt und am 22. August in der Bremerhavener Stadthalle. Bundeskanzler Gerhard Schröder kam im Endspurt des Wahlkampfes am 14. September auf den Bremer Marktplatz, der trotz anfänglichen Regens wieder prall gefüllt war. Viele tausend Bremerinnen und Bremer wollten dabei sein und haben Gerhard Schröder bei seiner tollen Aufholjagd unterstützt. Trotz allen Aufholens ist es leider nicht ganz gelungen, aus der fast aussichtslosen Situation zu Beginn des Wahlkampfes noch einen Sieg zu machen, aber wir waren nah dran. Wir im Land Bremen haben mit einem weiteren tollen Wahlergebnis zum insgesamt doch noch guten Abschneiden der SPD mit dem zweitbesten Ergebnis aller Bundeslän-

der beigetragen. Nur in Niedersachsen haben die Genossinnen und Genossen ein bisschen besser abgeschnitten.

Die SPD ist nicht nur die mit Abstand stärkste politische Kraft in Bremen geworden, sondern hat im Land Bremen mit 42,9 Prozent der Stimmen ihr bundesweit zweitbestes Wahlergebnis erreicht. Demgegenüber erreicht die CDU mit 22,8 Prozent der Stimmen in Bremen eines ihrer bundesweit schlechtesten Ergebnisse. In keinem anderen Bundesland ist der Vorsprung der SPD vor der CDU so groß wie in Bremen. Zudem hat die CDU in Bremen ihr historisch schlechtestes Ergebnis in diesem Bundesland eingefahren.

Das Erststimmenergebnis von Uwe Beckmeyer im Wahlkreis 55 ist eines der bundesweit besten Wahlkreisergebnisse der SPD. Auch das Ergebnis im Wahlkreis 54 von Volker Kröning ist beachtlich, hier hat Bernd Neumann von der CDU zum vierten Mal in Folge keine Chance.

Die Ergebnisse in den Wahlkreisen

Erststimmen in Prozent:

	WK 54 Bremen I	**WK 55 Bremen II – Bremerhaven**
SPD	Volker Kröning 48,3	Uwe Beckmeyer 54,4
CDU	Bernd Neumann 28,2	Bernd Ravens 24,8
B90/Grüne	Marieluise Beck 12,1	Klaus Möhle 7,0
FDP	Magnus Buhlert 3,7	Oliver Möllenstädt 3,8
Linkspartei.PDS	Axel Troost 6,6	Günter Matthiessen 7,7
NPD	Sven Buttgereit 1,1	Horst Görmann 2,0

Zweitstimmen in Prozent:

	WK 54 Bremen I	**WK 55 Bremen II – Bremerhaven**	**Land Bremen**
SPD	39,7	46,7	42,9
CDU	23,8	21,6	22,8
B90/Grüne	16,6	11,6	14,3
FDP	8,9	7,2	8,1
Linkspartei.PDS	8,2	8,8	8,5
NPD	1,1	1,9	1,5

Diesen Erfolg der SPD in Bremen und Bremerhaven haben wir durch den engagierten Einsatz ganz vieler aktiver Genossinnen und Genossen in den Unterbezirken, Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften erreichen können. All denen, die daran mitgewirkt haben, möchten wir an dieser Stelle noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön aussprechen.

Dennoch müssen wir uns im Hinblick auf die Bürgerschaftswahl selbstkritisch überprüfen und gemeinsam intern die Punkte diskutieren, bei denen wir noch besser werden müssen, damit wir auch nach der Bürgerschaftswahl 2007 sagen können: Bremen bleibt rot!

Die Wahlbeteiligung lag bei der Bundestagswahl 2005 mit 75,51 Prozent im Land Bremen so niedrig wie niemals zuvor. Das ist vor dem Hintergrund der langfristigen Entwicklung zwar nicht überraschend, steht jedoch im Gegensatz zu den im Wahlkampf vielfach geschilderten, subjektiven Eindrücken einer interessierten, politisierten Stimmung in der Bevölkerung. Demzufolge hätte, zumal die Medien die Bedeutung der Wahlentscheidung als Richtungswahl vielfach unterstrichen haben, die Wahlbeteiligung eher ansteigen müssen, hätte aber zumindest nicht unter den Wert der vorherigen Bundestagswahl zurückfallen dürfen. Verglichen mit der Bürgerschaftswahl 2003 lag die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl deutlich höher, was jedoch für die vergangenen Jahrzehnte ein genereller Befund ist.

Obwohl wir in Bremen erneut mit Abstand stärkste politische Kraft geworden sind, müssen wir aber leider auch feststellen, dass wir im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 im Land Bremen 5,6 Prozentpunkte bzw. 28.002 Stimmen verloren haben. Besorgniserregend ist vor allem der weitere Verlust von Stimmanteilen in den traditionellen Hochburgen der Sozialdemokratie, den älteren Arbeitervierteln und den Großsiedlungen. Neben einer technischen Wahlkampfauswertung muss auch eine Beschäftigung mit den inhaltlichen Ursachen für diese Entwicklung stattfinden.

Bei der Analyse des Ergebnisses ist jedoch auch Positives festzustellen: Die SPD erzielt ihre besten Ergebnisse bei Jung- und Erstwählern und hier vor allem bei jungen Frauen. In der Altersgruppe der 18- bis 35-jährigen liegt für die SPD dazu noch ein großes, bisher nicht abgeschöpftes Mobilisierungspotenzial, da die Wahlbeteiligung in dieser Altergruppe am geringsten ausfällt. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden demographischen Wandels darf aber auf keinen Fall unberücksichtigt bleiben, dass die CDU ihre besten Ergebnisse in der Gruppe der älteren Wählerinnen und Wähler erzielt. Zusammenfassend bedeutet das für die SPD: Die Chancen bei jungen Menschen nutzen, die älteren dabei aber nicht vergessen. Die in der Vergangenheit und auch in diesem Wahlkampf praktizierten Gemeinschaftsaktionen von 60plus und Jusos können eine Möglichkeit sein, die Herausforderung zu bestehen. Gerade bei diesen Zielgruppen wäre ein verstärkter Einsatz von Direktmailings in Zukunft sicher erfolgsversprechend.

Die kurzfristige Entscheidung zu Neuwahlen hat alle Parteien bundesweit dazu gezwungen, die Vorbereitung des Wahlkampfes möglichst schnell und effizient zu organisieren. Die Bremer SPD hat direkt nach der Entscheidung durch den Parteivorstand in Berlin eine Wahlkampfkommission zur Bestimmung der Leitlinien für den Wahlkampf gebildet und für den operativen Bereich einen Arbeitsstab eingesetzt, der sich aus den Mitarbeitern des Landesbüros, der Unterbezirke, der Abgeordnetenbüros sowie aus ehrenamtlichen Kräften mit speziellen Verantwortungsbereichen (Hausbesuche, Jugendwahlkampf) zusammengesetzt hat. Die Wirkung des Arbeitsstabes ist insgesamt positiv zu beurteilen, da durch die wöchentlichen Sitzungen sämt-

liche Informationen in alle Arbeitsbereiche zirkuliert wurden und so das oft auftretende Problem der lückenhaften Information weitestgehend vermieden werden konnte.

Die mit dem gesellschaftlichen Wandel verbundenen größeren Belastungen in privaten und beruflichen Kontexten führen auch bei unseren Mitgliedern zu veränderten Formen ehrenamtlichen Engagements.

Die Aktivitäten der Unterbezirke zeigen deutlich, dass Angebote politischer Beteiligung und Gestaltung seitens der Mitglieder besonders intensiv frequentiert werden und sich eine neue politische Kultur entwickelt. Diese erfordert erweiterte Instrumente, die zum Teil in den Unterbezirken schon sehr erfolgreich greifen.

Demgegenüber rücken traditionelle Organisationsverpflichtungen stärker in den Hintergrund. Dies macht es gerade in Wahlkampfzeiten erforderlich, ergänzende Möglichkeiten und Ressourcen zu nutzen, um den Genossinnen und Genossen vor Ort Unterstützung bei ihrer Arbeit zukommen zu lassen.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, mit Blick auf folgende Wahlkämpfe eine realistische Bilanz zu ziehen und erkennbar gewordene Defizite auf allen Gliederungsebenen zu analysieren. Generell und unabhängig vom engagierten Einsatz vieler Mitglieder ist deutlich geworden, dass unter den veränderten Rahmenbedingungen zentrale Verwaltungs- und Organisationsaufgaben durch die Parteiorganisation und die hauptamtlichen Mitarbeiter abgedeckt werden müssen. Klar ist aber, dass es ohne motivierte und engagierte Mitglieder im Ehrenamt auch in Zukunft nicht gehen wird.

Unter dem Punkt Wahlen und Wahlkämpfe ist noch zu erwähnen, dass am Vortag der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ein ganzer Bus voll Genossinnen und Genossen aus dem Unterbezirk Bremen-Stadt einen Tag in Bielefeld aktive Wahlkampfunterstützung durch Hausbesuche leistete. Die Zusammenarbeit zwischen den Bielefelder und Bremer Genossen und zwischen den erfahrenen und vor allem auch vielen neuen Mitgliedern, die sich an der Aktion beteiligt haben, kann trotz des Gesamtergebnisses der NRW-Landtagswahl als Erfolg gewertet werden, denn „unser“ Wahlkreis war einer von wenigen Direktwahlkreisen, der von der SPD gewonnen wurde.

Auch im Vorfeld der Landtagswahl in Schleswig-Holstein haben sich einige Mitglieder der SPD-Landesorganisation an einer Unterstützungsaktion im Wahlkampf in Bad Schwartau beteiligt.

Bürgermeisterwechsel / Mitgliederbefragung 2005

Wer nach dem Ende des Bundestagswahlkampfes dachte, es stünden erst einmal ruhigere Zeiten ins Haus, der erlebte auf dem Landesparteitag am 28. September in der Vegesacker Strandlust eine große Überraschung: Henning Scherf erklärte seinen Rückzug aus dem Amt des Präsidenten des Senats und bat die Partei, schnell einen Nachfolger zu benennen.

Nur zwei Tage später hat der Landesvorstand in seiner Sitzung am 30. September beschlossen, eine konsultative Mitgliederbefragung durchzuführen, weil mit Willi Lemke und Jens Böhrnsen zwei Kandidaten für die Nachfolge Henning Scherfs bereit standen.

Die Mitgliederbefragung, aus der Jens Böhrnsen mit fast 73 Prozent der Stimmen als klarer Sieger hervorging, war für die Partei ein großer Erfolg. Beinahe die Hälfte aller unserer Mitglieder hat sich an der Abstimmung beteiligt, auf den fünf Veranstaltungen mit den beiden Kandidaten in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven waren über 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Unsere Mitgliederbefragung fand ein sehr großes, auch bundesweites Medieninteresse. Die Bremer SPD hat damit gezeigt, dass sie nicht nur davon redet, eine lebendige Mitgliederpartei zu sein, sondern dass sie es tatsächlich ist.

Willi Lemke, Henning Scherf und Jens Böhrnsen auf dem Landesparteitag am 19. Oktober 2005, der Jens Böhrnsen für die Wahl zum Bürgermeister und Präsidenten des Senats nominierte.

Trotz der vorgezogenen Bundestagswahl und der nicht vorhersehbaren Mitgliederbefragung direkt im Anschluss an den Bundestagswahlkampf konnten die Finanzen der Landesorganisation weiter solide entwickelt werden. Hervorzuheben ist, dass die Etats für den Europawahlkampf als auch für den Bundestagswahlkampf eingehalten wurden.

2. Organisationspolitik

Kommission Kommunikation

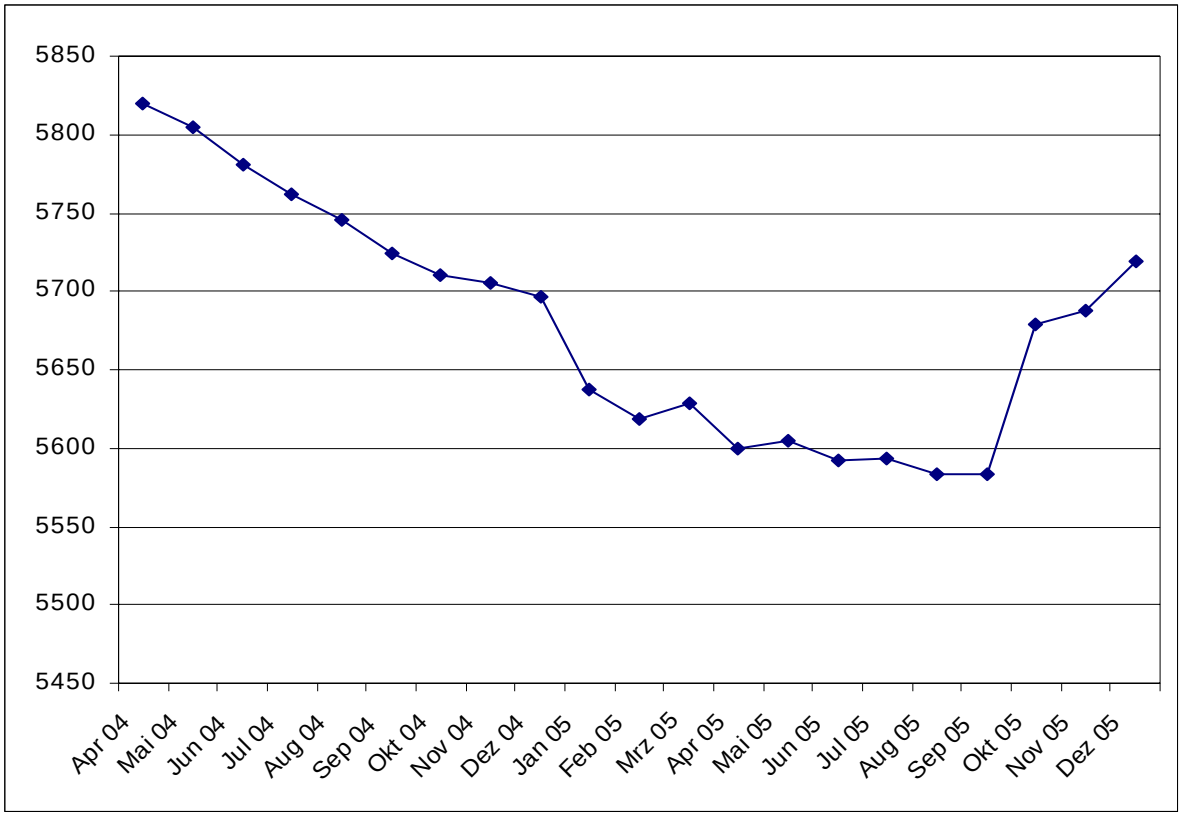
Ein wichtiges Ergebnis der Kommission war der Vorschlag für eine schriftliche Befragung aller Parteimitglieder. Die Umfrage konnte allerdings aufgrund der Bundestagswahl und der Mitgliederbefragung zur Nachfolge Henning Scherfs nicht durchgeführt werden. Darüber hinaus erarbeitete die Kommission weitere Vorschläge zur Verbesserung in den Bereichen Qualifikation und innerparteilicher Kommunikation (Seminare, Stammtische etc.). Intensive Vorarbeiten hat die Kommission für die Fortentwicklung der Lokalseiten im Vorwärts geleistet.

Bremer Forum
Nach einer offenen Diskussion hat sich der Landesvorstand entschieden, die Regionalseiten im Vorwärts, das BREMER FORUM, fortzuführen und konzeptionell zu überarbeiten, um es zukünftig noch informativer und aktueller zu gestalten. Ziel ist es gewesen, dem Bremer Forum ein klareres Profil als „Sprachrohr“ der Sozialdemokratie in Bremen und Bremerhaven zu geben. Der inhaltliche Aufbau wurde aus diesem Grunde neu gegliedert und es ist eine veränderte Gewichtung von aktuellen landespolitischen Themen, Interviews und Gastbeiträgen sowie anlassbezogenen Berichten aus den Gliederungen (Unterbezirke, Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften und Foren) und von Parteiveranstaltungen vorgenommen worden. Die redaktionelle Arbeit wurde federführend in das Büro der Landesorganisation verlagert.

Kommission Mitgliederpartei
Zentrales Anliegen des Landesvorstandes und Arbeitsschwerpunkt der Amtszeit ist die Stärkung der SPD als lebendige Mitgliederpartei gewesen. Durch die vorgezogene Bundestagswahl wurde auch die Umsetzung der Arbeitsergebnisse der Kommission Mitgliederpartei beeinflusst.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren ist der Mitgliederbestand der Bremer SPD nicht zurückgegangen, sondern ganz leicht angewachsen. Bei 5.719 Mitgliedern am 31. Dezember 2005 immerhin ein Plus von 22 Mitgliedern im Bereich der Landesorganisation Bremen. Im Jahr 2005 haben wir insgesamt 335 neue Mitglieder in der SPD im Land Bremen begrüßen können, verglichen mit 135 Neuzugängen im Jahr 2004 ist das eine Zahl, die uns für das Jahr 2006 anspornen sollte, auch wieder viele neue Mitglieder für unsere Partei zu gewinnen.

Mitgliederentwicklung Landesorganisation
30. April 2004 bis 31. Dezember 2005



Neumitgliederbetreuung, Projekt „Unsere Neuen“
Das Projekt „Unsere Neuen“ soll sicherstellen, dass neuen Mitgliedern gleich nach ihrem Eintritt attraktive Angebote zur Mitarbeit und zum Einleben in die Partei gemacht werden. In mehreren Durchgängen werden die neuen Mitglieder eines „Jahrgangs“ mit interessanten Angeboten versorgt. Kennenlern- und Diskussionsveranstaltungen gehörten ebenso dazu wie Besuche im Rathaus, der Bürgerschaft und eine Reise nach Berlin, wo unter anderem ein Besuch im Reichstag und im Willy-Brandt-Haus auf dem Programm stand. Aufgrund der hohen Zahl an Neueintritten zum Ende des Bundestagswahlkampfes und zur Mitgliederbefragung zur Nachfolge von Henning Scherf wurde noch im Jahr 2005 eine zweite Staffel – diesmal etwas kompakt im Zeitrahmen und aus Kostengründen ohne Berlin-Reise – gestartet.

Das Projekt „Unsere Neuen“ wird im Landesvorstand von Jürgen Pohlmann verantwortet.

Funktionärsschulungen/Bildungsarbeit
Ein weiteres wichtiges Anliegen des Landesvorstandes ist eine qualifizierte und kontinuierliche Förderung des politischen Nachwuchses. Seit 2001 bietet der SPD-Parteivorstand in Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik e. V. (SGK) eine Kommunalakademie an, zu der die SPD-Landesorganisation jedes Jahr zwei Teilnehmer/innen entsenden kann. Die Teilnahmeplätze werden jeweils ausgeschrieben.

Um jungen Menschen den Einstieg in die Kommunalpolitik im Stadtstaat Bremen zu erleichtern, hat das Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, das Regionalbüro für Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein, 2005 erstmals eine Kommunalakademie speziell für das Land Bremen angeboten. Diese Qualifizierungsmaßnahme richtet sich vor allem an Aktive, die an der Schwelle zur Übernahme eines Amtes in der Partei oder eines Mandats im Beirat oder der Bürgerschaft stehen und soll ihnen wichtige Kompetenzen und Kenntnisse des politischen Kontextes für ihre politische Arbeit im Land Bremen vermitteln. Im ersten Jahrgang haben 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Kommunalakademie durchlaufen, der nächste Durchgang ist bereits ausgeschrieben und findet im Juni und Juli 2006 statt. Die Landesorganisation begrüßt und unterstützt dieses Angebot der FES und bewirbt es aktiv.

Einmal im Jahr findet ein von der Landesorganisation in Zusammenarbeit mit der SGK angebotenes Seminar für Beiratsmitglieder statt. Thema des Seminars im Jahr 2004 war die finanzielle Situation und die sozialdemokratischen Perspektiven und Handlungsspielräume für die Entwicklung Bremens, im Jahr 2005 befasste sich das Seminar exemplarisch mit dem Thema Kinderbetreuung in den Stadtteilen.

3. Weitere politische Arbeit

Stärkung und Neuorientierung der Zielgruppenarbeit
Im Mittelpunkt der Stärkung der Zielgruppenarbeit stand die Intensivierung der Kontakte und des Austausches mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Gewerkschaften und Betrieben.

Gewerkschaftsrat
Auf seiner Klausurtagung im April 2004 hat der Landevorstand beschlossen, einen Gewerkschaftsrat für das Land Bremen zu gründen. Die konstituierende Sitzung des SPD-Gewerkschaftsrates fand am 31. August 2004 statt. In der Folge haben vier weitere Sitzungen stattgefunden, auf denen unter anderem Diskussionen zu den Themenbereichen Hartz IV, Arbeitszeitpolitik, Mitbestimmung und zur Industriepolitik im Land Bremen auf der Tagesordnung standen. Außerdem hat sich der Gewerkschaftsrat zur Frage der Neubestimmung der Sanierungspolitik und zu den gewerkschaftlichen Anforderungen an das Wahlmanifest zur Bundestagswahl 2005 ausgetauscht.

Die Termine waren im Einzelnen:

31. August 2004	Konstituierende Sitzung, Thema: Hartz IV, Bürgerversicherung, Arbeitszeitpolitik
23. November 2004	Thema: Industriepolitik des Senats, Mitbestimmung
7. März 2005	Thema: Neubestimmung der Landespolitik (Sieling/Böhrnsen-Papier)
30: Juni 2005	Thema: Gewerkschaftliche Anforderungen an das Wahlmanifest
20. Dezember 2005	Thema: Politische Situation im Bund nach Regierungswechsel und in Bremen nach Bürgermeisterwechsel

In der abgelaufenen Amtszeit hat der Landesvorstand zudem insgesamt fünf Betriebsbesuche bei großen Bremer Unternehmen und Institutionen durchgeführt.

Betriebsbesuche:

4. November 2004	Daimler-Chrysler
28. Januar 2005	Hochschule Bremerhaven
17. Februar 2005	BLG Logistics
18. Mai 2005	Sparkasse Bremen
6. September 2005	Lürssen-Werft Lemwerder

Der Landesvorstand beim Betriebsbesuch bei der BLG.

Am 26. August 2005 fand außerdem im Rahmen einer Sitzung des Landesvorstandes ein Besuch bei der Verbraucherzentrale Bremen und ein Gespräch mit dem Vorstand statt. Die SPD-Landesorganisation Bremen setzt sich gemeinsam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern für den Erhalt der Verbraucherzentrale mit ihrem breiten Beratungsangebot ein.

Foren und Arbeitsgemeinschaften
In der abgelaufenen Amtszeit des Landesvorstandes haben regelmäßige Treffen und Gespräche zwischen dem Landesvorsitzenden, dem Landesgeschäftsführer und den Vorsitzenden der Foren und Arbeitsgemeinschaften stattgefunden. Dabei ist es gelungen, zwischen beiden Seiten verbindliche Absprachen zu treffen – gerade in den Wahlkämpfen hat sich das positiv bemerkbar gemacht.

In den vergangenen zwei Jahren ist es gelungen, den früheren Internationalen Ausschuss durch ein offenes Forum, das Eine-Welt-Forum, zu verstärken. Diese Öffnung nach außen hat beim Eine-Welt-Forum sehr gut funktioniert und kann als positives Beispiel für die Verbindung von Parteiarbeit und gesellschaftlicher Verankerung dienen.

Bei der Landesarbeitsgemeinschaft Sport ist der Weg zu einem offenen Sport-Forum schon eingeschlagen, aber noch nicht zu Ende beschritten worden.

Für den Themenbereich Finanzpolitik war geplant, im Rahmen des Rudolf-Hilferding-Forums eine Plattform für alle thematisch Interessierten zu schaffen, was jedoch bis jetzt leider noch nicht gelungen ist.

Rundfunkrat/Landesrundfunkausschuss
Die Vertretung der SPD im Rundfunkrat wurde durch den Landesvorsitzenden Carsten Sieling (Vertretung: Mareile Stanjek) sichergestellt. Zusammen mit den Medienpolitikern und den Vertretern im Verwaltungsrat von Radio Bremen, Thomas von der Vring, und im Landesrundfunkausschuss, Brigitte Lückert, wurden regelmäßig Vorbesprechungen zu den anstehen medienpolitischen Themen durchgeführt. Im Mittelpunkt der medienpolitischen Beratungen im Land Bremen stand und steht der Umzug von Radio Bremen ins Faulenquartier.

Mit grundsätzlichen medienpolitischen Fragen beschäftigt sich als Klammer aller Aktivitäten der Partei in diesem Bereich der Arbeitskreis „Medienpolitischer Ratschlag“ (siehe Bericht des Arbeitskreises in diesem Jahrbuch).

Jugendpreis 2004 und 2005
Seit 2001 verleiht die Landesorganisation jährlich den Jugendpreis der Bremer SPD für besonderes Engagement von Jugendlichen. In den Jahren 2004 und 2005 ging der Jugendpreis nach Bremerhaven. 2004 wurde das Projekt „Expedition ins Eis – Warum Eisbären keine Pinguine fressen“ einer Klasse der Paula-Modersohn-Schule in Zusammenarbeit mit dem Alfred-Wegener-Institut ausgezeichnet, 2005 die gemeinsame Ausbildung von Förder- und Regelschülern zu Streitschlichtern an der Georg-Büchner-Schule I. Beide Preisverleihungen fanden in einem feierlichen Rahmen statt und waren gut besucht. Die Presseresonanz auf die Verleihung des Jugendpreises ist bisher in jedem Jahr sehr zufrieden stellend gewesen.

Darüber hinaus hat der Landesvorstand verschiedene Arbeitsgruppen zu Themenschwerpunkten (Sozialstaat, Bildung etc.) eingesetzt und hatte die Absicht, die Entwicklung von inhaltlichen und personellen Perspektiven in einer Perspektivkommission zu erarbeiten. Die Arbeit der Perspektivkommission wurde durch Hennings „Ruf aus dem Eis“ im Sommer 2004 und die auf der folgenden Parteikonferenz getroffene Verabredung, dass Henning zur Bürgerschaftswahl 2007 noch einmal antritt, in den Hintergrund gerückt. Die Debatte über die Perspektiven unserer politischen Arbeit wurde dann anhand des Papiers zur notwendigen Neubestimmung der Landespolitik des Landesvorsitzenden Carsten Sieling und des Fraktionsvorsitzenden Jens Böhrnsen geführt. Hierzu fanden neben den Gremiensitzungen eine Vielzahl von Parteikonferenzen und Mitgliederversammlungen aller Gliederungsebenen statt.

Neben den in diesem Bericht erwähnten Punkten hat sich der Landesvorstand in den vergangenen Jahren unter anderem mit folgenden wichtigen tagespolitischen Themen beschäftigt: Wahlrechtsreform, Föderalismusreform, religiöse Symbole in Schulen, Novellierung des Schul- sowie des Schulverwaltungsgesetzes.

Die Arbeitsgruppe „Bildung“ des Landesvorstandes hat sich kritisch mit der Gründung einer Bildungsinfrastrukturgesellschaft GmbH auseinandergesetzt. In der Gruppe wollte niemand diese Gesellschaft. Damit aber das Geld für den Bildungsbereich zur Verfügung gestellt werden kann, hat die Bildungsarbeitsgruppe ein Eckpunkte-Kompromisspapier erstellt. In diesem Papier wurden grundsätzliche Bedingungen für die Gründung einer derartigen Gesellschaft festgelegt. Inzwischen sind die operativen Aktivitäten der Gesellschaft eingestellt und der Bildungshaushalt wird nur noch direkt über den Haushalt bedient.

In diversen Sitzungen des Landesvorstandes wurden die Themen Bürgerversicherung/Kopfpauschale, Fortbildung, Pflegeversicherung, Agenda 2010, Hartz IV, ALG II und das Gesundheitsmodernisierungsgesetz diskutiert. Die Diskussionsergebnisse wurden in Form von Anträgen für die Landesparteitage oder in Ergebnispapieren dokumentiert. Infolge der politischen Umwälzungen konnten die Arbeitsschwerpunkte zur Qualifizierung und zur Berufsbildung nicht weiter verfolgt werden.

4. Ausblick / Bürgerschaftswahl 2007

In den zwei Jahren der Amtszeit des Landesvorstandes haben einige nicht vorhersehbare Ereignisse die Arbeit beeinflusst. Allen voran natürlich die vorgezogene Bundestagswahl sowie die besondere Situation hinsichtlich des geplanten Rücktritts von Henning Scherf zur Mitte der laufenden Legislaturperiode, so hatte er es zumindest auf dem Landesparteitag im März 2004 angekündigt. Dann kam im August 2004 die Ankündigung, dass er weitermachen wolle und schließlich dann doch der überraschende Rückzug Ende September 2005 und im November der Wechsel im Amt des Präsidenten des Senats zu Jens Böhrnsen.

Die Partei hat es insgesamt sehr gut geschafft, sich kurzfristig auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen und hat mehrmals ihre Handlungsfähigkeit unter schwierigen Bedingungen bewiesen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist für ihr besonderes Engagement in den letzten zwei Jahren sehr zu danken.

Insbesondere im ersten Quartal 2005 ist es gelungen, parallel zur sich verschärfenden politischen und finanziellen Lage in unserem Bundesland mit politischen Initiativen, einer profilierten, aber verantwortungsbewussten Parteiberatung auf Veranstaltungen und Parteitagen sowie über ein gut abgestimmtes Auftreten der Sozialdemokraten im Koalitionsausschuss eine Neuausrichtung der Sanierungspolitik einzuleiten.

Die politische Profilierung der Partei ist in den vergangenen Jahren deutlich vorangeschritten und weiterentwickelt worden. Das im Januar 2004 vorgelegte Sieling/Böhrnsen-Papier zur Neubestimmung der Landespolitik hat hier wichtige Impulse gesetzt und eine breite öffentliche und innerparteiliche Diskussion auf unseren Parteitagen und Veranstaltungen auf allen Gliederungsebenen um die Neuausrichtung der Sanierungspolitik initiiert. Diese politisch-inhaltliche Neuausrichtung ist im Rahmen der Mitgliederbefragung um die Bürgermeisternachfolge und den Wechsel im Amt des Präsidenten des Senats weiter vorangeschritten und hat sich ganz aktuell auch im Strategiepapier des Bürgermeisters und in der beabsichtigten Veränderung der Investitionspolitik des Senats manifestiert.

Als zentrale politische Herausforderung wird die Sanierung des Landeshaushalts sowie der Kampf um den Erhalt der Selbständigkeit unseres Bundeslandes die weitere politische Arbeit in den kommenden Monaten prägen. Dabei ist die Vorbereitung der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ein zentraler Bestandteil. Ob diese aber am Ende erfolgreich sein wird, hängt nicht zuletzt vor allem von unserer konkreten politischen Arbeit in Bremen und Bremerhaven ab. Für eine erfolgreiche Wahlauseinandersetzung mit Blick auf 2007 ist deshalb von zentraler Bedeutung, dass die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Partei, Fraktion und Rathaus die notwendige Neuausrichtung der Sanierungspolitik gemeinsam und geschlossen weiter vorantreiben und Bremen und Bremerhaven als Städte weiterentwickelt werden, in denen die Menschen wieder mehr Arbeit finden und ihre hohe Lebensqualität bewahren.

Für den Landesvorstand

Carsten Sieling
Vorsitzender

Mitglieder des Landesvorstands

gewählt auf dem Landesparteitag am 20. März 2004

Vorsitzender

Dr. Carsten Sieling

Stellvertretender Vorsitzender

Uwe Parpart

Schatzmeisterin

Ursula Arnold-Cramer

Schriftführerin/Schriftführer

Mareile Stanjek, bis 28. September 2005

Thomas Ehmke, ab 29. September 2005

Beisitzerinnen und Beisitzer

Uwe Besing

Sybille Böschen

Winfried Brumma

Andreas Feddern

Karin Garling

Reiner Holsten

Karin Jöns

Janna Köke

Brigitte Lückert

Hartmut Mekelburg

Levka Muratidis

Insa Peters-Rehwinkel

Jürgen Pohlmann

Notizen

Finanzbericht

2004

Der Landesvorstand hat zu Beginn seiner Amtszeit einen mit Schuldposten und Verbindlichkeiten in Höhe von 62.599 Euro (31.12.2003) belasteten Haushalt übernommen. Wenn hier trotzdem von einem quasi schuldenfreien Haushalt gesprochen werden darf, dann deshalb, weil allein zu diesem Zeitpunkt 48.012 Euro der Schuldposten Rückstellungen für die Erfüllung der Altersteilzeitverträge (ATZ) zweier Mitarbeiterinnen ausmachten.

Die strikte Haushaltsdisziplin und die Ausschöpfung von Sparpotentialen in allen Bereichen dokumentiert die Abrechnung des Haushaltsjahres 2004 eindrücklich: Die Einnahme-/Ausgaberechnung ergibt einen Überschuss in Höhe von 61.321 Euro.

Trotz der notwendigen Erhöhung der Rückstellungen für die ATZ-Verträge auf 82.845 Euro am 31.12.2004 (31.12.2003: 48.012 Euro) konnte das Jahr 2004 mit dem geringfügigen Defizit beim Reinvermögen von 1.278 Euro abgeschlossen werden. Dies ist umso bemerkenswerter, war 2004 doch ein besonders schwieriges Jahr für die Sozialdemokratie: Agenda 2010, Hartz-Gesetze, Wechsel im Parteivorsitz, hoher Verlust von Mitgliedern – im Saldo von minus 419 in der Landesorganisation Bremen. Die Einnahmen aus den Beitragsanteilen sind für die Landesorganisation Bremen von 430.933 Euro in 2003 auf 407.737 Euro in 2004 um 23.196 Euro zurückgegangen.

Im Jahr 2004 war unter diesen äußerst schwierigen Bedingungen ein Europawahlkampf zu führen. Die Landesorganisation Bremen hat sich im Europawahlkampf gemeinsam mit unserer Europaabgeordneten Karin Jöns sehr engagiert und hierfür Mittel in Höhe von 68.454 Euro aufgewendet.

2005

Das Jahr 2005 war für die Landesorganisation Bremen auch hinsichtlich der Finanzen eine ganz besondere Herausforderung: Vorgezogene Bundestagswahlen und die Mitgliederbefragung zur Nachfolge Henning Scherfs im Amt des Präsidenten des Senats stellten zwei nicht vorhersehbare Ereignisse dar.

Für den Bundestagswahlkampf hatte der Landesvorstand einen Haushaltsrahmen von 100.000 Euro festgelegt. Durch eine erfreulich gute Entwicklung der Spendeneinnahmen konnte im Laufe des Wahlkampfes der Etat haushaltsneutral auf rund 116.000 Euro erhöht werden. Die Landesorganisation wendete letztlich inklusive der Kosten für zusätzliches Personal und Zuschüsse an Gliederungen, die nicht unter der Position Wahlkampf verbucht werden können, rund 98.000 Euro auf. Hinzu kommen besondere Projekte in Höhe von rund 10.000 Euro aus dem Wahlkreis von Volker Kröning, die über den Haushalt der Landesorganisation abgerechnet wurden, da sie über zusätzliche Spendeneinnahmen finanziert waren. Damit sind für den Bundestagswahlkampf Kosten in Höhe von insgesamt 108.687 Euro aufgelaufen, davon sind in der Finanzbuchhaltung unter der Position Wahlkampf 100.797,81 Euro verbucht, der Rest sind – wie oben beschrieben – Personanalausgaben und Zuschüsse an Gliederungen. Der Bundestagswahlkampf konnte für die Landesorganisation damit nicht nur politisch, sondern auch in Hinsicht auf die Finanzen sehr erfolgreich abgeschlossen werden.

Gleich nach der Bundestagswahl entstand mit der Entscheidung von Henning Scherf zum Rückzug vom Amt des Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen auch für die Finanzen der Partei eine weitere Herausforderung. Einstimmig wurde vom Landesvorstand die Durchführung einer konsultativen Mitgliederbefragung mit einem anspruchsvollen Veranstaltungskonzept und Abstimmungsverfahren sowie der Möglichkeit der Briefwahl beschlossen. Der Erfolg des Projektes, in der Beteiligung der Mitglieder und in der öffentlichen Wahrnehmung, war ein deutlicher Beweis für die Richtigkeit der Entscheidung für das Verfahren. Es war sicher die erfolgreichste Kampagne der Landesorganisation in den letzten Jahren. Die Kosten sind Bestandteil – der gegenüber den Vorjahren erhöhten – Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit.

Trotz der ganz besonderen Anforderungen an die Finanzen durch die vorgezogene Bundestagswahl, die konsultative Mitgliederbefragung und den Rückstellungserfordernissen hat die Landesorganisation im Jahr 2005 bei Einnahmen in Höhe von 870.108,49 Euro und Ausgaben in Höhe von 876.599,99 Euro nur 6.491,50 Euro mehr ausgegeben als eingenommen. Das Defizit beim Reinvermögen stieg zum 31.12.2005 auf 13.169,75 Euro an.

Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen haben sich auch 2005 weiter negativ entwickelt. Gegenüber 2004 war ein erneuter Rückgang von über 11.000 Euro auf 396.501,81 Euro zu verzeichnen. Dabei haben sich der Durchschnittsbeitrag je Mitglied und die Kassierungsquote in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Durchschnittsbeitrag 2003: 9,41 Euro; 2004: 9,56 Euro; 2005: 9,72 Euro. Die Kassierungsquote erreichte über 98,6 Prozent in 2003 mit 99,6 Prozent in 2004 einen absoluten Spitzenwert.

Der Geldbestand zum 31.12.2005 beträgt 49.641,75 Euro, damit ist die zu diesem Zeitpunkt geplante Rücklage von 50.000 Euro für den Bürgerschaftswahlkampf gegeben. Zum Geldbestand kommt ein Guthaben in Höhe von 65.835,06 Euro, das die Wertguthaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Altersteilzeit insolvenzgeschützt absichert.

Spenden

Die Spendeneinnahmen waren mit 19.189,25 Euro in 2004 und 68.477,00 Euro in 2005 erfreulich hoch. Ohne diese Spenden von natürlichen und juristischen Personen wäre unsere politische Arbeit, insbesondere die Finanzierung der Wahlkämpfe, deutlich schwieriger bzw. es wären eine Reihe von Aktivitäten gar nicht möglich.

Wir bedanken uns bei allen, die unsere Arbeit mit einer Spende unterstützt haben. Ganz besonderer Dank gilt den vielen Genossinnen und Genossen, die neben ihrem Mitgliedsbeitrag der Landesorganisation noch eine Spende geleistet haben.

Personal- und Verwaltungskosten

Die Personalausgaben lagen 2004 bei 441.332,73 Euro und in 2005 wurden 433.244,14 Euro für das hauptamtliche Personal aufgewendet. Diese Zahlen vermitteln jedoch einen nicht gerechtfertigten Eindruck und eigenen sich nicht für den Vergleich in Zeitreihen. Bereinigt um die Rückstellungen für Personalmaßnahmen (Altersteilzeit) und um Sonderpositionen für Projekte/Wahlkämpfe betrugen die Personalkosten 2004 390.606,65 Euro und 2005 393.841,51 Euro. Die Planansätze für diese Jahre lagen bei jeweils 390.000 Euro, 2005 plus 4.000 Euro für die Re-Integration der Vorwärts-Lokalseiten in das Landesbüro. Dies dokumentiert, dass erstens die Personalkostenansätze eingehalten wurden und zweitens die Maßnahmen zur Personalkos-

tensenkung, die unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel abverlangen, greifen. Lagen die bereinigten Personalkosten in den Jahren 2002/2003 bei jeweils fast 440.000 Euro, sieht der Plan für 2006 nur noch 350.000 Euro vor.

Betrachtet man die bereinigten Personal- und Verwaltungskosten als Block der administrativen Kosten, so lagen diese 2004 bei 557.897,65 Euro und 2005 bei 540.801,93 Euro. Mittelfristiges Ziel muss es sein, die administrativen Kosten für das laufende Geschäft auf 500.000 Euro zu reduzieren. Für besondere Projekte und Wahlkämpfe sind dann allerdings immer ergänzende zusätzliche Mittel einzustellen.

Das Jahr 2006 muss angesichts der besonderen Herausforderung des Bürgerschaftswahlkampfes im Jahr 2007 unbedingt zur weiteren Konsolidierung der Finanzen genutzt werden.

Mittel für politische Jugendbildung

Nach der Richtlinie zur Förderung der politischen Jugendarbeit im Land Bremen haben die Jusos im Berichtszeitraum für ihre politische Bildungsarbeit 12.582,70 Euro im Jahr 2004 und 2.580,35 Euro im Jahr 2005 erhalten. Dieses Geld ist nach § 24 (12) PartG in der Einnahme-/Ausgaberechnung der Landesorganisation nicht enthalten.

An dieser Stelle möchte ich noch einen ganz besonderen Dank an die Kassiererinnen und Kassierer der Ortsvereine für ihre wichtige ehrenamtliche Arbeit aussprechen. Ihre nicht immer einfache Arbeit vor Ort kann in ihrer Bedeutung für unsere Partei nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das Landesbüro ist immer bemüht, die Arbeit der Kassiererinnen und Kassierer zu unterstützen. Mit einer Reihe von Rundschreiben erfolgte auch in den letzten zwei Jahren eine schnelle und umfassende Information. Neben regelmäßigen Kassiererinnen- und Kassiererkonferenzen fand am 4. Juni 2004 ein Seminar zur Grundlagenschulung statt, erstmals auch mit einem eigenständigen Modul für Revisorinnen und Revisoren. Mein herzlicher Dank gilt auch den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ursula Arnold-Cramer
Landesschatzmeisterin

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesorganisation BREMEN

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Jahr 2004

Einnahme-/Ausgaberechnung

	Landes-organi-sation	Summe der der Landesorganisation nachgeordneten Gebietsverbände			Gesamt
		Ortsvereine	Unterbezirke und andere	Summe	
	€	€	€	€	€
1. Einnahmen					
1. Mitgliedsbeiträge	407.737	79.771	37.891	117.662	525.399
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	155.661	840	28.510	29.350	185.011
3. Spenden von natürlichen Personen	13.889	17.668	13.141	30.809	44.698
4. Spenden von juristischen Personen	5.300	0	300	300	5.600
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0	0	0	0	0
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	416	1.181	33.020	34.201	34.617
7. Einnahmen aus Veranstaltungen,	6.308	10.342	5.277	15.619	21.927
Vertrieb von Druckschriften und	16	1.828	12.260	14.088	14.104
Veröffentlichungen und sonst. mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	41.677	0	0	0	41.677
8. staatliche Mittel	188.725	0	0	0	188.725
9. sonstige Einnahmen	8.924	49	801	850	9.774
10. Zuschüsse von Gliederungen	41.493	9.632	54.440	64.072	105.565
11. Gesamteinnahmen	870.146	121.311	185.640	306.951	1.177.097
2. Ausgaben					
1. Personalausgaben	441.333	0	0	0	441.333
2. Sachausgaben					
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	167.291	25.088	48.893	73.981	241.272
b) für allgemeine politische Arbeit	87.083	55.733	58.129	113.862	200.945
c) für Wahlkämpfe					
Europawahl	68.454	15.934	19.423	35.357	103.811
Bundestagswahl	0	594	0	594	594
Landtagswahl	0	0	0	0	0
Kommunalwahl	0	0	0	0	0
d) für die Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	0	0	31.579	31.579	31.579
e) sonstige Zinsen	319	241	3.954	4.195	4.514
f) sonstige Ausgaben	0	0	0	0	0
3. Zuschüsse an Gliederungen	44.345	25.308	23.722	49.030	93.375
4. Gesamtausgaben	808.825	122.898	185.700	308.598	1.117.423
3. Überschuss/Defizit (-)	61.321	- 1.587	- 60	- 1.647	59.674

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesorganisation BREMEN

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Jahr 2004

Vermögensbilanz

	Landes-organi-sation	Summe der der Landesorganisation nachgeordneten Gebietsverbände Ortsvereine	Unterbezirke und andere	Summe	Gesamt
	€	€	€	€	€
1. Besitzposten					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. Haus- und Grundvermögen	-	-	-	-	-
2. Geschäftsstellenausstattung	0	0	0	0	0
II. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen an Unternehmen	0	0	0	0	0
2. sonstige Finanzanlagen	0	0	0	0	0
Summe Anlagevermögen	0	0	0	0	0
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen an Gliederungen	384	16.191	4.800	20.991	21.375
II. Forderungen auf staatliche Mittel	0	0	0	0	0
III. Geldbestände	96.890	176.535	56.003	232.538	329.428
IV. sonstige Vermögensgegenstände	1.344	0	8	8	1.352
Summe Umlaufvermögen	98.618	192.726	60.811	253.537	352.155
C. Gesamtbesitzposten	98.618	192.726	60.811	253.537	352.155
2. Schuldposten					
A. Rückstellungen					
I. Pensionsverpflichtungen	0	0	0	0	0
II. sonstige Rückstellungen	82.845	0	0	0	82.845
Summe Rückstellungen	82.845	0	0	0	82.845
B. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten ggüb. Gliederungen	10.691	500	10.109	10.609	21.300
II. Rückzahl.verpfl. staatl. Mittel	0	0	0	0	0
III. Verbindlichk. ggüb. Kreditinstituten	0	0	31.317	31.317	31.317
IV. Verbindlichk. ggüb. sonst. Darl.gebern	0	0	0	0	0
V. sonstige Verbindlichkeiten	6.360	0	3.476	3.476	9.836
Summe Verbindlichkeiten	17.051	500	44.902	45.402	62.453
C. Gesamte Schuldposten	99.896	500	44.902	45.402	145.298
3. Reinvermögen	-1.278	192.226	15.909	208.135	206.857

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesorganisation BREMEN

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Jahr 2004

Vollständigkeitserklärung:

Wir versichern hiermit, dass in dem vorstehenden Rechenschaftsbericht

- die Einnahmen, Ausgaben, Besitz- und Schuldposten der Landesorganisation und der zu ihr gehörenden Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Zusammenschlüsse der Partei vollständig erfasst sind,
- die Berichte aller der Landesorganisation nachgeordneten Gebietsverbände (Unterbezirke, Kreis-, Stadt,-Gemeindeverbände Wahlkreisorganisationen etc.) vollständig erfasst und mit der erforderlichen Vollständigkeitserklärung der Finanzvorstände und Revisoren versehen sind,
- Anschaffungen, mit einem Wert von im Einzelfall mehr als 5.000 EUR je Gegenstand, in der Vermögensbilanz - unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen - aufgeführt sind.

Bremen, den 14.12.2005

Vorsitzende(r) | Schatzmeister(in)

Revisor(in) | Revisor(in) | Revisor(in)

Vorläufiger Rechenschaftsbericht für das Jahr 2005

I. Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2005

Einnahmen	Ist: 31.12.05	
Mitgliedsbeiträge		396.501,81 €
Sonderbeiträge		154.479,70 €
Spenden		68.477,00 €
Staatliche Mittel		
Strukturfonds	10.000,00 €	
Finanzausgleich/PV	89.898,20 €	
Bremische Bürgerschaft	61.740,00 €	
	161.638,20 €	161.638,20 €
Mieteinnahmen		16.440,00 €
Zinseinnahmen		1.776,12 €
Zuschüsse		
vom PV	866,52 €	
vom PV für Wahlkampf	19.722,00 €	
von UBs/OVs	6.585,65 €	
vom PV für VPN	8.553,09 €	
	35.727,26 €	35.727,26 €
Einnahmen aus Veranstaltungen		1.594,00 €
Einnahmen aus Druckschriften		223,40 €
Sonstige Einnahmen		33.251,00 €
Gesamteinnahmen		870.108,49 €

Ausgaben	Ist: 31.12.05	
Personalkosten		433.244,14 €
Verwaltungskosten		146.960,42 €
Allgemeine politische Arbeit		46.539,46 €
Öffentlichkeitsarbeit		98.317,76 €
Bundestagswahlkampf		100.797,81 €
Zuschüsse an Gliederungen		
an UBs	30.000,00 €	
an OVs	- €	
Wahlkampfzuschüsse an UBs	3.000,00 €	
Sonderzuschüsse an UBs	17.500,00 €	
	50.500,00 €	50.500,00 €
Zinsen		240,40 €
Sonstige Ausgaben		- €
Gesamtausgaben		876.599,99 €

II. Vermögensübersicht 2005

Saldovortrag 01.01.2005		- 6.678,25 €
Einnahmen 2005		870.108,49 €
Ausgaben 2005		876.599,99 €
		- 13.169,75 €

Bestände am 31.12.2005		
Kasse	2.237,91 €	
Sparkasse	845,46 €	
BfG Hauptkonto	46.558,38 €	
BfG 01	- €	
	49.641,75 €	49.641,75 €
ATZ-Rückstellung		- 115.138,71 €
Insolvenzgesch. Wertguthaben		65.835,06 €
Forderungen am 31.12.2005		
OV	- €	
UB	- €	
PV	- €	
Sonstige	2.225,09 €	
	2.225,09 €	2.225,09 €
Verbindlichkeiten am 31.12.2005		
PV	- 1.577,79 €	
OVs/UBs	- 4.345,99 €	
Sonstige	- 9.809,16 €	
	- 15.732,94 €	- 15.732,94 €
		- 13.169,75 €

Notizen

Bericht zur Mitglieder- und Organisationsentwicklung

Mitgliederentwicklung
Im Jahr 2005 war der Saldo der Zu- und Abgänge unserer Mitglieder zum ersten Mal seit 1990 wieder positiv. Unter dem Strich konnte die Landesorganisation Bremen einen Zuwachs von 22 Mitgliedern verzeichnen. Im gesamten Berichtszeitraum ist die Zahl unserer Mitglieder aufgrund des negativen Saldos im Jahr 2004 allerdings weiter gesunken. Am 1. Januar 2004 hatte die Landesorganisation Bremen 6.116 Mitglieder, am 31. Dezember 2005 waren es 5.719. Ein Grund für den positiven Trend im Jahr 2005 sind die verstärkten Bemühungen im Bereich Mitgliedergewinnung und Mitgliederbetreuung, der größte Teil der Eintritte ist jedoch als Folge der Mobilisierungswirkung des Endspurts im Bundestagswahlkampf und auch des knappen Ergebnisses der Bundestagswahl vom 18. September 2005 sowie der Entscheidung zur Durchführung der Mitgliederbefragung zur Nachfolge von Henning Scherf im Amt des Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen im Oktober 2005 zu betrachten.

Die Bremer SPD ist im Berichtszeitraum wiederum ein kleines bisschen weiblicher geworden, der Anteil der weiblichen Mitglieder lag am 31. Dezember 2005 bei 33,2 Prozent (31.12.2003: 31,6 Prozent). Bei den Mitgliederzugängen liegt der Frauenanteil ebenfalls bei gut einem Drittel. Auch bei der Betrachtung der Mitgliederabgänge ändert sich nichts an der Verteilung von einem Drittel zu zwei Dritteln zwischen beiden Geschlechtergruppen.

Die Altersstruktur unserer Mitgliedschaft stellt uns weiterhin vor die große Herausforderung, das Älterwerden unserer Mitglieder durch effektive Nachwuchsarbeit zu kompensieren. Der Anteil der unter 35jährigen Genossinnen und Genossen ist im Berichtszeitraum zwar wieder auf zehn Prozent angestiegen, allerdings sind mittlerweile auch 71 Prozent unserer Mitglieder der Altersgruppe Ü-50 zuzuordnen. Rund ein Viertel unserer Mitgliedschaft ist über 70 Jahre alt. Erfreulich ist auch hier die Entwicklung der Mitgliedereintritte im Berichtszeitraum. 2004 sind 66 Menschen unter 35 Jahren Mitglied der SPD geworden, im Jahr 2005 hat sich diese Zahl fast verdreifacht: 185 Neueintritte in der Altersgruppe 16 bis 34 ist eine hocherfreuliche Zahl.

Detaillierte statistische Auswertungen zur Mitgliederentwicklung befinden sich im Anhang dieses Jahrbuches.

Organisationsstruktur
Die Landesorganisation Bremen gliederte sich am 1. Januar 2004 in drei Unterbezirke und 54 Ortsvereine. Die Zahl der Ortsvereine reduzierte sich im Berichtszeitraum geringfügig um 2 auf nun 52 (31.12.2005). Der kleinste Ortsverein Seehausen/Hasenbüren hatte am 31.12.2005 16 Mitglieder, der größte Ortsverein Peterswerder/Steintor hatte am Ende des Berichtszeitraumes 261 Mitglieder. Die Unterbezirksstruktur ist aufgrund der sehr unterschiedlichen Mitgliederzahlen organisationspolitisch schwierig.

Die Umsetzung des Vorhabens einer Parteireform konnte in den letzten zwei Jahren aus verschiedenen Gründen nicht erfolgen. Dieses Thema muss neben der Bürgerschaftswahl 2007 ein zentrales Arbeitsfeld des neuen Landesvorstandes sein. Nur wenn wir die überfälligen Schritte endlich vollziehen, können wir die Kampagnenfähigkeit der Partei im Land Bremen langfristig erhalten.

Entwicklung des hauptamtlichen Personals
In den letzten zwei Jahren wurde viel von den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erwartet: Neue arbeitsintensive Veranstaltungsformen und Aktivitäten, zwei Wahlkämpfe unter äußerst schwierigen Rahmenbedingungen, eine Reihe von Parteitagen auf allen Ebenen, die Organisation der konsultative Mitgliederbefragung. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiten für ihren engagierten Einsatz. Ein ganz besonderer persönlicher Dank für die Zusammenarbeit geht an Sabine Alexandridis.

Herzlichen Dank möchte ich auch allen aktiven Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren für die gemeinsame – wie ich meine erfolgreiche – Arbeit, den Mitgliedern des Landesvorstandes und den Unterbezirksvorsitzenden für die vertrauensvolle Zusammenarbeit sagen.

Im Vergleich mit den anderen Bezirken hat die Landesorganisation Bremen im Jahr in der Relation zur Zahl der Mitglieder wie in der Relation zur Zahl der Wahlberechtigten eine überdurchschnittliche Personalausstattung. Dies hat seine Gründe in den besonderen Anforderungen des Zwei-Städte-Staates sowie im Gliederungsaufbau unserer Landesorganisation. Auch wenn wir einen relativ hohen Durchschnittsbeitrag, eine gute Kassierungsquote und noch immer einen überdurchschnittlichen Organisationsgrad (Mitglieder/Wahlberechtigte) haben, droht unserer Organisation durch die hohen Personal- und Verwaltungskosten eine finanzielle Überforderung.

Vergleichszahlen zu anderen Bezirken für das Jahr 2005 liegen noch nicht vor. Sie werden aber deutlich machen, dass sich Vorstände und Geschäftsführung dieser Herausforderung stellen. Die Reduzierung der Personalkosten von im Jahr 2003 noch rund 440.000 Euro auf für 2006 geplante 350.000 Euro ist zwingend erforderlich und wird von der Geschäftsführung gesehen und mitgetragen. Es ist auch richtig, mittelfristig (2008) das Ziel zu verfolgen, die administrativen Kosten, also die Personal- und Verwaltungskosten, auf 500.000 Euro zu begrenzen. Damit sind dann jedoch sämtliche organisationspolitisch verantwortbare Einsparpotentiale ausgeschöpft. Voraussetzung für diesen Weg ist, dass zukünftig bei Kampagnen und Wahlkämpfen von Beginn an zusätzliche Ressourcen, befristet beschäftigtes Personal, eingeplant wird. Darüber hinaus sparen zu wollen, hätte den Preis des Verzichts auf erfolgreiche Arbeit.

Die erforderlichen Personalmaßnahmen sind gemeinsam von Landesvorstand und Geschäftsführung eingeleitet: 2004 wurde mit zwei Mitarbeiterinnen ein Altersteilzeitvertrag abgeschlossen, die Umstrukturierung des Bremerhavener Parteibüros erfolgt Anfang 2006, die Neuordnung der Buchhaltung der Landesorganisation ist für 2007 vereinbart. Die Personalentwicklung ist vorausschauend angelegt, damit auch für die Zukunft betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden können. Der Einsatz von studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Ergänzung des kleinen Kernteams im Landesbüro hat sich bewährt, ebenso der verstärkte Einsatz von Praktikantinnen und Praktikanten. Auch in den Unterbezirksbüros sollten in Zukunft Praktikantinnen und Praktikanten zum Einsatz kommen. Im Berichtszeitraum ist es leider nicht gelungen, eine Nachfolgeregelung zum gekündigten Manteltarifvertrag zu vereinbaren.

Roland Pahl
Landesgeschäftsführer

Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Einleitung

Bereits 2001 hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion die Neujustierung der Sanierungspolitik auf die politische Agenda gebracht. Die kritische Begleitung und notwendige Überprüfung des eingeschlagenen Sanierungspfades zieht sich seither als „roter Faden“ durch die Arbeit der Fraktion. Neben der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und der Bewältigung des Strukturwandels in unseren beiden Städten bildeten die Bewahrung des sozialen Zusammenhalts und die Sicherung der Lebensqualität der Menschen in Bremen und Bremerhaven die zentralen Leitlinien der parlamentarischen Arbeit.

2005 bedeutete eine Zäsur in der Sanierungspolitik des Landes. Die Sanierungshilfen sind ausgelaufen. Das Sanierungsziel, das das Bundesverfassungsgericht in seinen Entscheidungen zur Haushaltsnotlage für die Länder Bremen und Saarland gesetzt hat, ist durch die bisherigen Sanierungsleistungen nicht erreicht worden. Die Hoffnung auf den Kanzlerbrief und damit auf Einnahmen in Höhe von mehreren Millionen Euro erfüllte sich nicht. Die steigende Zinslast, verbunden mit rückläufigen Einnahmen nach dem Ende des Sanierungszeitraums, schränken die finanziellen Handlungsspielräume unseres Landes deutlich ein. Bremen und Bremerhaven werden sich allein und aus eigener Kraft nicht aus dieser Situation befreien können. Auch wenn dies unstrittig ist, können die für das Land überlebensnotwendigen externen Hilfen nur dann überzeugend eingefordert werden, wenn es uns gelingt, einen nennenswerten Eigenbeitrag zur Haushaltssanierung zu erbringen.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich vor diesem Hintergrund bereits frühzeitig klar positioniert. Auf der Fraktionsklausur im Februar 2005 wurde selbstkritisch eine Bilanz der bisherigen Sanierungspolitik gezogen. Unter der Überschrift: „Konsolidierung und Schwerpunkte setzen“ wurde ein nachhaltiges Umsteuern insbesondere in der Investitionspolitik eingefordert. In mehreren Koalitionsrunden im ersten Quartal des Jahres konnte die SPD in langen Verhandlungen mit der CDU dann entscheidende erste Weichenstellungen für die politische Neuorientierung vornehmen. Dabei ist es gelungen, in wichtigen Zukunftsfeldern - trotz des unabweisbaren Spardrucks auch bei den konsumtiven Ausgaben - sozialdemokratische Schwerpunkte zu setzen. Dies gilt bspw. für den Bereich der Kinderbetreuung und der Bildung, in denen die Forderung von Partei und Fraktion, Standards zu halten, um nicht hinter andere Großstädte zurück zu fallen, durchgesetzt werden konnten.

Das Ende der Sanierungszahlungen und die Nichteinlösung des Kanzlerbriefes haben die politische Auseinandersetzung um die weitere Zukunft des Landes in den vergangenen beiden Jahren insgesamt verschärft und der Handlungsdruck bezogen auf die Neuausrichtung der Sanierungspolitik hat die Zusammenarbeit in der Koalition deutlich erschwert. Hinzu kamen die Personalprobleme der CDU und die Skandale um ihre Senatsmitglieder, die die Regierungsarbeit schwer belastet haben. Die SPD hat sich gerade in dieser schwierigen Situation als Motor des notwendigen Wandels in der Landespolitik profilieren können.

Das Jahr 2005 wurde schließlich auch von wichtigen personellen Veränderungen geprägt. Mit der Ankündigung Henning Scherfs auf dem Landesparteitag in Bremen-Nord am 28. September, vom Amt des Präsidenten des Senats zurückzutreten, zog sich einer der beliebtesten Sozialdemokraten Bremens aus der aktiven Politik zurück. Als Nachfolger Henning Scherfs wurde

der bisherige SPD-Fraktionsvorsitzende Jens Böhrnsen am 8. November von der Bremischen Bürgerschaft zum neuen Präsidenten des Senats gewählt. Der SPD-Landesvorsitzende Carsten Sieling folgte ihm als neuer Fraktionsvorsitzender.

Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wurden zuvor bei den turnusmäßigen Fraktionsvorstandswahlen Cornelia Wiedemeyer und Marlies Marken im Amt bestätigt. Marlies Marken war dem bisherigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Siegfried Breuer nachgefolgt, der sein Mandat in der Bremischen Bürgerschaft niedergelegt hatte. Dem Fraktionsvorstand gehören als Beisitzer darüber hinaus an: Gerlinde Berk, Birgit Busch, Ulrike Hövelmann, Reimund Kasper, Max Liess, Renate Möbius, Joachim Schuster und Edith Wangenheim.

Mit Karin Markus, Gule Ilitmis und Werner Kirschstein konnten aufgrund der personellen Veränderungen in Senat und Fraktion 2005 drei neue Abgeordnete als Nachrücker in der Bürgerschaftsfraktion begrüßt werden. Damit sind nunmehr 21 Frauen und 19 Männer in der Fraktion vertreten.

Zum neuen Fraktionsgeschäftsführer wurde der bisherige sozialpolitische Sprecher, Frank Pietrzok, gewählt.

Schwerpunkte der Arbeit in den einzelnen Politikfeldern

Finanzpolitik

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten beiden Jahren weiter verschärft. Das bedeutet: Wir müssen weiter Sparen, dieser Weg ist im Grundsatz ohne Alternative. In der Vergangenheit sind wir in vielen Bereichen der öffentlichen Dienstleistungen an den Grenzen des Sparens angelangt. Wir werden auch bei den Personalausgaben weiter sparen müssen, als Haushaltsnotlageland können wir uns der Entwicklung in anderen Bundesländern nicht entziehen. Doch wir wollen die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes erhalten und die Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern. Es muss einen fairen Dialog über weitere Einsparmöglichkeiten geben. Unsere Leitziele sind dabei: unabweisbare Belastungen wollen wir unter den Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes gleichgewichtig und sozial ausgewogen. Betriebsbedingte Kündigungen wird es mit uns auch weiterhin nicht geben! Die SPD-Fraktion unterstützt die Haltung des neuen Bürgermeisters Jens Böhrnsen, einen einheitlichen Tarifvertrag für alle Ländern anzustreben - und sollte dieser eine Öffnungsklausel für Haushaltsnotlageländer vorsehen, über die Anwendung dieser Klausel mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Einschnitte bei dem bremischen Personalvertretungsgesetz, wie von der CDU gefordert, konnten wiederholt abgewendet werden. Das bremische Personalvertretungsgesetz hat sich im Grundsatz bewährt. Eine angemessene Mitarbeiterbeteiligung ist eine wesentliche Voraussetzung für Modernisierung und Veränderungen der öffentlichen Dienste.

Zwei Städte – ein Land. Bremerhaven ist nicht Kostgänger des Landes Bremen, sondern unverzichtbares Standbein der wirtschaftlichen Existenz und der Eigenstaatlichkeit des Zwei-Städte-Staates. Die Häfen in Bremerhaven sind ein wirtschaftliches Fundament des Landes Bremen. Die Sanierung des Stadtstaates wird nur gelingen, wenn auch in Bremerhaven eine nachhaltige Stärkung der Wirtschaftskraft gelingt und der Trend der Einwohnerverluste durchbrochen werden kann. Die besonderen Probleme der Seestadt erfordern auch zukünftig besondere Anstren-

gungen, um sie zu bewältigen. Zudem ist zu erkennen, dass ein intensiver Handlungs- und Nachholbedarf in Bremerhaven besteht. Wir bekennen uns deshalb ausdrücklich dazu, trotz insgesamt sinkender finanzieller Spielräume für Bremerhaven einen deutlichen Anteil an den Investitionsmitteln bereitzustellen. Investitionen, die die Perspektive des Landes verbessern, dürfen nicht Bremerhaven allein aufgebürdet werden. Die SPD-Fraktion setzt sich für eine faire Lastenverteilung ein.

Ein Kernstück der Sanierungspolitik war die Ausgliederung staatlicher Aufgaben in private Gesellschaften. Bremen hat damit bundesweit Pionierarbeit geleistet und in vielen Fällen das angestrebte Ziel einer effektiveren Leistungserbringung erreicht. Nun gilt es, die Erfahrungen mit der Privatisierung auszuwerten und mögliche Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die von der SPD-Fraktion auf den Weg gebrachte parlamentarische Initiative zur Überprüfung der Zielerreichung hat einen ersten Sachstand gegeben. Das betrifft beispielsweise die nicht optimale Aufgabenverteilung in der Holdingsstruktur der Bremer Investitionsgesellschaft. Die daraus notwendige Neustrukturierung unterstützen wir und werden auch weiterhin die GmbH-Strukturen in allen Bereichen kritisch überprüfen und die notwendige Transparenz und parlamentarische Kontrolle einfordern. Hierzu hat die Bremische Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion einen Parlamentsausschuss „Beteilungsmanagement“ als Unterausschuss des Haushalts- und Finanzausschusses eingerichtet, der Vorschläge zu einem effektiveren Beteiligungscontrolling erarbeiten soll. In den Beratungen des Unterausschusses ist deutlich geworden, dass die Kontrollen der Gesellschaften noch vielfältige Defizite aufweisen. Die SPD-Fraktion hat sich im April 2005 mit den Ergebnissen der Ausschussarbeit beschäftigt und konkrete Forderungen zur Verbesserung der Kontrolle der bremischen Gesellschaften beschlossen. An einem Gesetzesentwurf hierzu wird gearbeitet, leider gibt es hier noch erheblichen Widerstand beim Koalitionspartner. Ein Erfolg der Konsolidierung der bremischen Haushalte kann nicht allein durch Ausgabenreduzierungen erreicht werden. Bremen hat vor allem ein Einnahmeproblem. Es müssen daher Perspektiven der Einnahmeverbesserung entwickelt werden. Dabei sind auch die engen Handlungsspielräume des Landes und der Kommunen auszuschöpfen. Hierfür hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion sich eingehend mit den Problematiken Steuerhinterziehung, Abgabenbetrug, Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Steuergerechtigkeit befasst.

Wirtschaftpolitik

Wirtschaftpolitik im Land Bremen zielt vor allem auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie fußte in den vergangenen zwei Jahren auf einem Mix aus öffentlichen Investitionen in die wirtschaftliche, verkehrliche und wissenschaftliche Infrastruktur (ISP/AIP) sowie der Entwicklung von Gewerbeflächen auf Grundlage der Integrierten Flächenplanung. Ein weiterer wichtiger Baustein der auf Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Standorte Bremen und Bremerhaven zielenden Wirtschaftspolitik war erneut das breite Spektrum „klassischer“ Wirtschaftsförderung mit Schwerpunkten bei der Unterstützung von Existenzgründungen und mittelständischer Wirtschaft sowie der Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung.

Die inzwischen umstrittenen hohen Investitionsausgaben der öffentlichen Hand in der Zeit der Sanierungszahlungen dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass die Strategie des Sparens und Investierens zunächst von den Finanziers der Sanierungszahlungen ausdrücklich gebilligt wurde. Ungeachtet einzelner Misserfolge – beispielhaft sei der Space Park genannt – hat das ISP positive Wirkungen gezeigt: Durch die öffentlichen Gelder wurden private Investitionen in dreifacher Höhe generiert. Das hat sich u.a. bei der Umsetzung des Innenstadtprogramms er-

wiesen. Insgesamt hat sich die Position des Landes als touristischer Anziehungspunkt gefestigt. Große Resonanz fanden unter anderem die Sail und das Auswandererhaus in Bremerhaven sowie das Universum und Ausstellungen der Kunsthalle in Bremen. Das überdurchschnittliche Investitionsvolumen hat dazu beigetragen, dass das Land Bremen beim Wirtschaftswachstum wieder an die Entwicklung im Bundesgebiet anschließen und zeitweise sogar die Führung mit übernehmen konnte. Am Arbeitsmarkt hat sich diese positive Entwicklung zwar nicht proportional niedergeschlagen, dennoch ist dadurch nachweislich eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze entstanden. Anders gesagt: Ohne diese Investitionen wären die Arbeitsmarktprobleme in Bremen und Bremerhaven heute deutlich größer und der Strukturwandel hätte sich bruchhafter vollzogen. Inzwischen ist die Arbeitslosenquote zumindest in der Stadt Bremen niedriger als in einigen anderen vergleichbaren Großstädten. Mit dem von der SPD entwickelten „Impulsprogramm“ konnten mit relativ kleinen Summen vor allem bürgernahe Projekte in den Stadtteilen unterstützt und abgesichert werden. Das Image des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Land Bremen hat sich ausweislich verschiedener Ranking-Untersuchungen nachhaltig verbessert.

Die Finanzlage des Landes und die wirtschaftliche Situation Bremerhavens blieben allerdings prekär. Die trotz der messbaren Erfolge der bremischen Wirtschaftspolitik nach wie vor gegebene Haushaltsnotlage machten (u.a. verursacht durch die anhaltend unbefriedigende Einnahmelage und den nicht wie erwartet eingelösten „Kanzlerbrief“) in der Berichtszeit Kurskorrekturen an der Sanierungsstrategie erforderlich. Gegen den anfänglich entschiedenen Widerstand des Koalitionspartners forcierte die SPD die Debatte darüber, welche Rolle öffentliche Investitionen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Landes künftig spielen können. In Frage gestellt wurden dabei insbesondere neue touristische Großinvestitionen. Noch bevor bundesweite Kritik an der durch die Sanierungsinvestitionen weit überdurchschnittlichen Investitions- und Zins-Steuer-Quote geübt wurde, forderten Fraktion und Partei vom Senat eine genaue Bestandsaufnahme der ausgegebenen, beschlossenen und noch verfügbaren Investitionsmittel. Die wiederholt angemahnte Prioritätenliste der aus seiner Sicht vorrangigen Investitionsprojekte blieb der Senat allerdings schuldig. Die gegen den anfänglichen Widerstand der CDU schließlich vorgelegten Zahlen machten deutlich, dass für die Investitionen der nächsten Jahre allenfalls kleine Spielräume bleiben. Ein „Weiter so“ kann es darum in der Investitions- und Sanierungspolitik nicht geben.

Anfang 2005 setzten sich Fraktions- und Landesvorsitzender der Bremer Sozialdemokraten öffentlich für eine Neubestimmung der Sanierungspolitik ein und postulierten den Beginn der Konsolidierungsphase der Sanierung, in der längst nicht mehr alle Wünsche erfüllt und klare Schwerpunkte definiert werden müssen. Als Schritte auf diesem Weg verhinderte die SPD den Bau eines Mobile Solution Centers und eines Visionarums. Das soeben von Bürgermeister Jens Böhrnsen vorgelegte Strategiepapier knüpft an diese Position an und skizziert, wie das Land als notwendigen, Entschuldungsklage und Finanzausgleichverhandlungen ergänzenden Eigenbeitrag die Investitionstätigkeit zurückführen kann, ohne dabei den Anschluss an die bundesdeutsche Wirtschaftsentwicklung erneut zu verlieren. Die Beantwortung der Frage, wo künftig konkret verzichtet werden muss, wird die bremische Politik bis über das Ende der Legislaturperiode hinaus beschäftigen. Schon entschieden und koalitionär vereinbart ist, dass die Entwicklung von Gewerbeflächen künftig nur noch strikt bedarfsorientiert erfolgen wird. Das durch hohe Investitionen der Vergangenheit geschaffene umfangreiche und vielfältige hochwertige Flächenangeboten für ansiedlungsinteressierte Unternehmen ist vermutlich für Jahre ausrei-

chend. Neue Erschließungen soll es erst geben, wenn die Vorratsflächen auf ca. 100 ha reduziert sind. Im Lichte dieser langfristigen Grundstücksreserven war es nicht nur unter Umweltschutzgesichtspunkten richtig, dass die SPD die gewerbliche Nutzung des Hollerlandes weitgehend verhindert hat.

Unerwartet schnell fanden sich erste Investitionsinteressenten für die Überseestadt. Ein solches privates Investitionsprojekt ist der Speicher I, der zu einem attraktiven Gebäude mit Geschäfts- und Wohnnutzung umgestaltet wird. Die im Bau befindliche Verkehrsanbindung an die City dürfte der ehemaligen Hafenfläche im Bremer Westen weitere Entwicklungsimpulse geben, aber auch auf das Stephanieviertel, das Radio Bremen als neuen Standort gewählt hat, belebend wirken. Als gewerblich-technisch orientierte Gewerbefläche hat sich das ehemalige Vulkan-Gelände so positiv entwickelt, dass eine Erweiterung um frühere BWK-Flächen erforderlich wurde. An den geplanten Science Park knüpft sich in Bremen Nord die Hoffnung, zu einem Standort mit dem Schwerpunkt wissens- und technologiebasierter Dienstleistungen zu werden. In Bremerhaven gehörte neben dem Ausbau der Häfen die Entwicklung des Gewerbegebiets Fischereihafens zu den Schwerpunkten.

Der besondere Fokus auf Modernisierung und Erweiterung kleinerer Gewerbegebiete und Brachflächen steht für die nochmals verstärkte Ausrichtung der bremischen Wirtschaftspolitik auf den Mittelstand. Entbürokratisierungsinitiative, vielfältige Kontakte und ein breites Angebot an Wirtschaftsförderungsinstrumenten zielten auf die Stabilisierung dieses für Strukturwandel, Berufsausbildung und Arbeitsplätze überproportional wichtigen Bereichs. Das im Gesetzgebungsprozess befindliche Mittelstandsförderungsgesetz ist Ausdruck einer besonderen Verpflichtung gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen. Es ist ein Verdienst der SPD-Fraktion, dass hier nicht nur die Förderung mittelständischer Betriebe durch den Staat festgeschrieben, sondern auch die Eigenverantwortung der Wirtschaft z.B. für Ausbildung und Qualifizierung verankert ist. Vornehmlich auf den Mittelstand richten sich die Angebote der BIG-Gruppe und ihrer Förderbank BAB. Die von der SPD angestoßene Straffung der operativen Gesellschaften entspricht der Zielsetzung „one face to the customer“ und lässt zugleich Effizienzgewinne erwarten. Die Optimierung von Instrumenteneinsatz und Trägerstruktur der Wirtschaftsförderung ist damit jedoch nicht abgeschlossen, sondern bleibt fortlaufende Verpflichtung. Eine Anforderung der kommenden Jahre wird es sein, für die Nutzung von EU-Fördergeldern möglichst viele Komplementärmittel bereitzustellen und zugleich zu versuchen, die Wirtschaftsförderung durch die Entwicklung neuer Instrumente unabhängiger zu machen von den knapper werdenden Haushaltsmitteln.

Die prekäre Haushaltlage stellt auch eine besondere Herausforderung für die Verbraucherpolitik im Lande Bremen dar. Im CDU-geführten Wirtschaftsressort fristet die Verbraucherpolitik aber eher ein Schattendasein. Die SPD hat sich in den vergangenen Jahren trotz der knapper werdenden finanziellen Mittel immer wieder dafür stark gemacht, dass die Verbraucherzentrale aufgabenadäquat ausgestattet wird. Nicht zuletzt die Verunsicherungen durch die jüngsten Fleischskandale in Deutschland, die steigenden Energiepreise und die stark nachgefragte Beratung zur privaten Altersvorsorge machen deutlich, dass ein funktionierender Verbrauchschutz im Lande Bremen für die Menschen von großer Bedeutung ist. Die finanzielle Absicherung der Verbraucherzentrale bleibt deshalb auch in Zukunft ein wichtiges Anliegen der SPD-Fraktion.

Medienpolitik

Das von der SPD-Bürgerschaftsfraktion initiierte Landessonderprogramm "T.I.M.E." befand sich in den vergangenen beiden Jahren in der Umsetzung und bildete einen Arbeitsschwerpunkt unserer strukturpolitisch ausgerichteten Medienpolitik. Seit 2000 ist die Freie Hansestadt Bremen an der „nordmedia" – Die Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH - beteiligt. Die von Bremen über die „nordmedia" eingesetzten Mittel, die aus den diversen Filmprojekten nach Bremen fließen, übersteigen auch in diesem Berichtszeitraum wieder deutlich die Erwartungen. Mit dem durch die Bürgerschaft verabschiedeten Bremischen Landesmediengesetz wurde ein Gesetz geändert, dass seit 1993 bestand hatte. Eine der wesentlichen inhaltlichen Änderungen betraf die Umstrukturierung der bisherigen „Offenen Kanäle" hin zu einem „Bürgerrundfunk". Nach wie vor ist besonders die Aktivität der Landesmedienanstalt im Zusammenhang mit der Übertragung der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft Landtag zu begrüßen. Die Einführung des digitalen terrestrischen Fernsehens (DVB-t) wurde in Bremen und Bremerhaven forciert, so dass es einen reibungslosen Umstieg gab. Der Bremischen Bürgerschaft Landtag liegt darüber hinaus nun ein von der Koalition eingebrachtes Informationsfreiheitsgesetz vor, welches noch vor dem Sommer in Kraft treten soll. Wir setzen mit diesem Gesetz einen wichtigen Schritt zur Stärkung der demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürger.

Arbeitsmarktpolitik

Industriell-gewerbliche Arbeitsplätze bilden im Land Bremen trotz massiver Veränderungen der Wirtschaftsstruktur noch immer das Rückgrat des Arbeitsmarktes. Den hier durch Stellenabbau u.a. bei den Stahlwerken, BWK, DaimlerChrysler und anderen bedeutenden Unternehmen eingetretenen Arbeitsplatzverlust abzufedern, ist eine große Herausforderung. Hier soll das Regionale Sonderprogramm Stahlwerke (ReSoSta) ansetzen, das aus den unerwartet hohen Erlösen des Verkaufs der bremischen Stahlwerke-Beteiligung finanziert werden soll. Gegen erheblichen Widerstand des Koalitionspartners hat der Senat beschlossen, ein 20 Mio. €-Programm für gewerblich-technische Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung zu reservieren. Während der Wirtschaftsförderungsanteil bereits weitgehend eingesetzt wurde, sollen die auf den Arbeitsmarkt gerichteten 10 Mio. € nun im Haushalt 2006/07 verankert werden.

Die fachpolitische Arbeit von Fraktion und Parlament im Land Bremen war in den vergangenen zwei Jahren im übrigen geprägt von der trotz leichter Konjunkturbelebung schlechten Arbeitsmarktverfassung, fehlenden Ausbildungsplätzen und der vollständigen Umstrukturierung der Arbeitsmarktpolitik (Hartz IV). Mit der Einrichtung der operativ tätigen Gesellschaften Bremer Arbeit (gab) und Bremerhavener Arbeit (brag) hatte sich die Hansestadt sehr frühzeitig auf die veränderten Anforderungen der Arbeitsmarktpolitik eingestellt. So gab es mit dem Fallmanagement-Modell, das auf umfassende Beratung aus einer Hand zielt, sowie dem Konzept „Fördern und Fordern" in Bremen und Bremerhaven erste Erfahrungen noch bevor, orientiert an diesen Grundsätzen, die Bundesagentur für Arbeit (BA) umstrukturiert wurde und neue, von BA und Kommunen getragene Arbeitsgemeinschaften gebildet wurden. Daneben wurden auf Betreiben der SPD-Fraktion die bewährten unabhängigen Arbeitslosen-Beratungsstellen abgesichert: Bis zur Übernahme der Finanzierung durch die BAgIS stellte das Land die notwendigen Gelder aus dem Haushalt zur Verfügung. Auch die Beratungsstelle Frau und Beruf konnte ihre Arbeit bislang fortsetzen. Die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAgIS) konnte daher in Kooperation mit der bag trotz erheblicher, von der BA zu verantwortender Probleme und Pannen ihre Aufgaben von Anfang an besser erfüllen als dies in anderen Regionen geschah. Unter anderem soll die Zahl der Integrationsjobs 2006 auf 5.000 steigen. Es wird

strikt darauf geachtet, dass diese Arbeitsmöglichkeiten zusätzlich sind und keine regulären Arbeitsplätze gefährden. Sie umfassen neben der Beschäftigung immer Qualifizierung. Stelleninhaber werden zudem intensiv bei der Bewerbung um reguläre Anstellungen unterstützt. Bremerhaven richtete ebenfalls eine Arge ein, die als kommunale Aufgabe allerdings nicht der unmittelbaren Verantwortung von Senat und Bürgerschaft, sondern von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat unterliegt.

Die SPD-Fraktion hat sich nachdrücklich dafür eingesetzt, dass öffentlich geförderte Beschäftigung erhalten bleibt und diese vorrangig benachteiligten Stadtteilen und sozialpolitisch wünschenswerten Projekten zugute kommt. Aktive Arbeitsmarktpolitik hat im Land Bremen einen unverändert hohen Stellenwert. Zwar stehen landeseigene Mittel kaum noch zur Verfügung, der Anteil Bremens und Bremerhavens an EU-Fördermitteln ist jedoch überdurchschnittlich hoch. Mehrfach erweiterte das Land seinen für Arbeitsmarktpolitik verfügbaren Mittelrahmen dadurch, dass es im Bund oder von anderen Bundesländern nicht verwendete Mittel akquirierte. Eine solche Übernahme bildete beispielsweise die finanzielle Basis für das Qualifizierungsprogramm für Kita-Kräfte. Qualifizierung ist das zentrale Stichwort nicht nur hinsichtlich der Integration in den Arbeitsmarkt und der Sicherung von Arbeitsplätzen, sie ist zugleich Bedingung dafür, dass für den wirtschaftlichen Strukturwandel ausreichend qualifizierte Beschäftigte zur Verfügung stehen. Die SPD-Fraktion hat sich daher dafür eingesetzt, dass in Bremen und Bremerhaven die bereits in der Vergangenheit erfolgreiche Qualifizierungs- und Ausbildungsoffensive fortgesetzt wurde. Durch Wettbewerbsaufrufe wurde sichergestellt, dass nur wirklich geeignete Träger mit Qualifizierungsmaßnahmen beauftragt wurden.

Das bei der Handelskammer angesiedelte, vom sozialdemokratisch geführten Arbeitsressort mitfinanzierte Ausbildungsbüro „Exam“ setzte seine Arbeit mit weit über den Erwartungen liegenden Ergebnissen fort. Soeben hat die Deputation für Arbeit und Gesundheit beschlossen, dass bei der Ausbildungsplatzakquisition künftig gezielt auch Unternehmer ausländischer Herkunft angesprochen werden sollen. Mit der Ausbildungsgesellschaft Bremen (AbiG) hat die bremische Verwaltung unter Federführung des Finanzressorts in Kooperation u.a. mit Handwerkern über die herkömmliche duale Ausbildung im öffentlichen Dienst hinaus betriebliche Verbund-Ausbildungsplätze geschaffen. Eine Vielzahl vollschulischer Ausbildungen und berufsvorbereitender Maßnahmen zielten darauf, der großen Nachfrage nach beruflicher Ausbildung ein zumindest einigermaßen hinlängliches Angebot gegenüber zu stellen. Dieses Engagement darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass für die duale Berufsausbildung vorrangig die Wirtschaft selbst verantwortlich ist. Jugendliche, die (noch) keinen betrieblichen Ausbildungsplatz anstreben oder erhalten oder die nach einer erfolgreichen Ausbildung Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden, bedürfen bei der Integration in den Arbeitsmarkt besonderer Unterstützung. Aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion durchgesetzt, dass die Jugendberatungsprojekte in den Stadtteilen so lange über den Haushalt finanziert wurden, bis die JobCenter deren Aufgaben zufriedenstellend übernehmen konnten. Inzwischen ist in Bremen das Ziel erreicht, dass ein Fallmanager nur 75 Jugendliche betreut und so individuell fördern und fordern kann. Vorrangiges Ziel ist es, alle jungen Menschen unter 25 Jahren kurzfristig in Arbeit oder Qualifizierung zu vermitteln.

Hafenpolitik

Die Seehafenwirtschaft hat für die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt unseres Landes eine zentrale Bedeutung. Über 85.000 Arbeitsplätze in unserem Bundesland sind direkt oder

indirekt von der wirtschaftlichen Tätigkeit der bremischen Häfen anhängig. Die wirtschaftliche Entwicklung in unseren Häfen und deren Wirkungen auf den Arbeitsmarkt verläuft seit vielen Jahren positiv. Aufgrund dieser herausragenden Bedeutung der Häfen für den bremischen Arbeitsmarkt hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion die Ablehnung der Richtlinie „Port Package II“ durch das Europaparlament ausdrücklich in der Bremischen Bürgerschaft begrüßt. Statt Wettbewerb zu fördern, hätte Port Package II Arbeitsplätze gefährdet und zu mehr Bürokratie geführt.

Die zentrale ökonomische Bedeutung der Hafenwirtschaft hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion in den zurückliegenden Jahren mit Entscheidungen zum bedarfsgerechten Ausbau der Hafeninfrastruktur, der Schaffung leistungsfähiger Hinterlandanbindungen sowie der Gewährleistung der Schnelligkeit und Sicherheit der Häfen Rechnung getragen. Hafenstrukturinvestitionen sind nachhaltige Investitionen zur Beschäftigungssicherung und zur Arbeitsplatzschaffung. Sie sind wesentlicher Bestandteil der investiven Sanierungsstrategie Bremens, insbesondere für den Standort Bremerhaven. Herausragende Beispiele für einen bedarfsgerechten Ausbau der Hafeninfrastruktur sind die Entscheidungen für den Neubau Containerterminal CT 4, Erneuerung und Ausbau der Kaiserschleuse sowie Neuschaffung von Hafenflächen im Osthafen. Mit diesen Entscheidungen werden die Hauptumschlagsschwerpunkte Container und Automobil weiter gestärkt. Die bremische Seehafenverkehrswirtschaft macht aber nicht Halt an Landesgrenzen. Die Bremischen Häfen sind angebunden über Schiene, Straße und Wasserstraße an nationale und internationale Wirtschaftszentren. Die Häfen stellen die Schnittstelle zwischen Land- und Seeverkehr dar und fungieren dabei als weltweit agierende Verteilzentren. Vor diesem Hintergrund begrüßt die SPD-Bürgerschaftsfraktion ausdrücklich die Entscheidung der Bundesregierung vom Herbst 2004 zum Startschuss für die detaillierten Planungen und Untersuchungen der Fahrrinnenanpassung der Außenweser nach Bremerhaven sowie der Unterweser zwischen Nordenham und Bremen sowie dem Ausbau der Schleusen Dörverden und Minden.

Mit der Finanzierung von Hafeninfrastrukturmaßnahmen erzielt das Land Bremen nicht nur positive regionalwirtschaftliche Effekte für die bremische Gebietskörperschaften, sondern erbringt in erheblichem Maße Vorleistungen zum Vorteil des Bundes und der übrigen Länder. Vor diesem Hintergrund, hält die SPD-Fraktion die derzeit geltenden Hafenlastenabgeltungen für die von Bremen im nationalen Interesse vorgehaltenen Hafen-Infrastrukturen in keiner Weise für ausreichend. Die SPD-Fraktion wird den Senat dabei unterstützen, geeignete Schritte vorzubereiten, um den Bund und die Solidargemeinschaft der Länder zu überzeugen, die Mitfinanzierung der nicht kostendeckend aufrechtzuerhaltenden Seehäfen anzugehen.

Bundes- und Europaangelegenheiten, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Kontakte

Besondere Schwerpunkte der Fraktionsarbeit im Bereich Bundes- und Europaangelegenheiten, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Kontakte waren die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten und die Neuordnung der gemeinschaftlichen Strukturpolitik. Die Sicherung der spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Landes bei der zukünftigen Strukturpolitik ist für Bremen von hoher Bedeutung. Zur Steigerung der Inanspruchnahme europäischer Förderprogramme ist gemeinsam mit der Bremer Vertretung in Brüssel und der Ressorts, unter Beteiligung der Handelskammer das Informationsangebot über die Förderprogramme insbesondere für die bremischen mittleren und

kleinen Unternehmen verbessert worden. Auch bleibt es eine weiterhin wichtige Aufgabe, durch Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit den Kenntnisstand und die Akzeptanz der Bremer Bürger hinsichtlich der Bedeutung der EU zu verbessern.

Wissenschaftspolitik

Im Bereich der Wissenschaftspolitik tragen die Umsteuerung der Hochschulen und die Investitionen in Wissenschaft und Forschung Früchte. Die Bremer Wissenschaftslandschaft hat sich nicht nur zum regionalen Impulsgeber entwickelt, sondern hat sich auch eine hohe Reputation in der Forschung erworben. Dies belegen die hohen Drittmittelerfolge, ebenso wie die steigenden Studierendenzahlen. Eindrücklich wird dies belegt durch den Erfolg bei der gemeinsamen Wahl Bremens und Bremerhavens zur „Stadt der Wissenschaft 2005".

Im Oktober wurde von der Bürgerschaft das Studienkontengesetz verabschiedet. Damit haben wir die Gebührenfreiheit für das Erststudium von Studierenden mit Wohnsitz in Bremen und Bremerhaven abgesichert. Mit der Änderung des Bremischen Hochschulzulassungsrechts wurde unter Berücksichtigung der Maßgaben des Hochschulrahmengesetzes in der Fassung der 7. Novelle der Hochschulzugang im Sinne einer deutlichen Stärkung des Selbstauswahlrechts der Hochschulen nach eigenen, auf die Hochschule zugeschnittenen Auswahlkriterien grundsätzlich neu geregelt. Mit dem WS 2005/2006 wurde die Lehrerausbildung an der Universität auf eine Bachelor-/Masterstudienstruktur umgestellt mit dem Ziel, die Qualität der Ausbildung insbesondere im Zusammenhang mit den internationalen Vergleichsstudien PISA und IGLU zu verbessern, die Ausbildungswege zu straffen und sie zum europäischen Hochschulraum zu öffnen. Mit der Änderung des Bremischen Ausbildungsgesetzes erhält die veränderte Lehrerausbildung ihre gesetzlich notwendige Grundlage. Zwischen dem Senator für Bildung und Wissenschaft und den Hochschulen, der Staats- und Universitätsbibliothek sowie dem Studentenwerk wurden für 2004/2005 Kontrakte abgeschlossen, in denen das Erreichen bestimmter Zielsetzungen in der Hochschulentwicklung für einen Zeitraum von zwei Jahren verbindlich festgelegt werden. Der Bologna-Prozess schreitet erfolgreich voran, an allen bremischen Hochschulen wurden Bachelor- und Masterstudiengänge eingeführt und das Akkreditierungsverfahren eingeleitet und in vielen Studiengängen bereits erfolgreich abgeschlossen.

Die Förderung von Bildung und Wissenschaft genießt weiterhin höchste Priorität für die SPD-Fraktion. Trotz des Spardrucks wollen wir an den im HGP IV definierten Zielen im Grundsatz festhalten. Hierzu wird es unter anderem erforderlich sein, die inneren Strukturen der Hochschulen zu überprüfen und Doppelangebote und -strukturen abzubauen, Studiengänge hochschulübergreifend zu integrieren und stärker mit Niedersachsen zu kooperieren.

Bildungspolitik

Seit PISA 2000 wissen wir, dass Bremen im Bildungsbereich enorme Defizite hat. Besonders schmerzlich ist es dass die soziale Kopplung bei uns besonders ausgeprägt ist. Zentrales Anliegen unserer Bildungspolitik ist es deshalb, die Bildungschancen der sozial Schwachen deutlich zu verbessern. Die jüngsten PISA - Ergebnisse zeigen, dass sich die Werte bspw. bei der Lesekompetenz gegenüber PISA 2000 erkennbar verbessert haben und wir insgesamt auf dem richtigen Weg sind. Unser Ziel muss es sein, Bremen und Bremerhaven als Bildungsstandorte weiterzuentwickeln und nachhaltig zu verbessern.

In der Bildungspolitik sind in den vergangenen beiden Jahren darüber hinaus wichtige Maßnahmen und Weichenstellungen vorgenommen worden, allen voran der weitere Ausbau der Ganztagsschulen. Im Schuljahr 04/05 sind sechs neue Ganztagsschulen in Bremen und zwei in Bremerhaven eingerichtet worden. Im Schuljahr 05/06 kamen fünf weitere in Bremen und eine in Bremerhaven hinzu. Auch im kommenden Schuljahr 06/07 wird dieser Weg weiter beschritten werden. In Bremen werden drei, in Bremerhaven zwei neue Ganztagsschulen eingerichtet werden. Dann wird es 31 Ganztagsschulen in Bremen und 6 in Bremerhaven geben. Im Grundschulbereich wurden Fördermaßnahmen wie z.B. Sommercamps zur Sprachförderung ausgebaut und die sukzessive Einführung jahrgangsübergreifender Lerngruppen wurde angegangen. Auch im Sekundarstufenbereich I und II sind die Fördermaßnahmen verstärkt worden, so z.B. Ostercamps für versetzungsgefährdete Schülerinnen und Schüler. Darüber hinaus standen der weitere Ausbau von Gesamtschulen und die Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges auf der Agenda.

Die letzten Ergebnisse der VERA-Studie, aber auch die PISA-Ergebnisse zeigen, dass die eingeleiteten Maßnahmen greifen und sich die Schulleistungen der Schülerinnen und Schüler merkbar verbessert haben. Diese Erfolge sind eng verknüpft mit der Verbesserung des Qualitätsmanagements an den Schulen. Angefangen bei der Jahresplanung, in deren Zentrum die Steigerung der Unterrichtsqualität steht, hat auch die Selbstevaluation, d.h. die Überprüfung der eigenen Arbeit und die externe Evaluation an jeweils 30 Schulen in 2004 und 2005 ihren Teil dazu beigetragen. Durch die Änderung des Schulgesetzes zur Erweiterung von Verantwortung und Kompetenz der Schulleitungen wurden diese gestärkt und die Eigenständigkeit der Schulen gefördert. Ebenso wurde der Ausbau von Fortbildung, Kooperation und Teamarbeit durch verbindliche Kooperationszeiten für Lehrkräfte und Fortbildungsverpflichtung unterstützt.

Innenpolitik

In der Innenpolitik konnten in den beiden ersten Legislaturperioden der großen Koalition dramatische Einschnitte vermieden werden, weil sowohl die Polizei als auch die Feuerwehr durch die Festlegung einer Personalzielzahl und die Herausnahme aus der PEP-Kürzung zumindest personelle Planungssicherheit hatten. Da diese besondere Stellung in dieser Legislaturperiode nicht beibehalten werden konnte, musste auch bei der Polizei nach einem Weg gesucht werden, das vorhandene Personal noch effektiver einzusetzen, um den – insbesondere vor dem Hintergrund der gestiegenen Bedrohung durch den internationalen Terrorismus – wachsenden Anforderungen an die innere Sicherheit gerecht zu werden. Das Instrument ist die von der Polizeiführung eigenständig entwickelte Polizeistrukturreform, die von der SPD-Bürgerschaftsfraktion unterstützt wurde und sich in der Umsetzung immer noch im Anfangsstadium befindet. Insbesondere die Nachtschließungen einiger Reviere werden in einigen Stadtteilen in Frage gestellt. Wir nehmen die Beunruhigung der Bevölkerung ernst, sehen aber in der Reform einen richtigen und alternativlosen Ansatz. In der Ausstattung der Polizei mit Arbeitsräumen und Einsatzmitteln, etwa Fahrzeugen, konnten weitere Verbesserungen erzielt werden. Nach ausgesprochen zähem Ringen mit der CDU konnte die von uns seit Jahren geforderte Härtefallkommission durchgesetzt werden. Leider setzt sich die Erkenntnis fort, dass das CDU-geführte Innenressort sich durch eine sehr restriktive Linie in der Migrationspolitik zu profilieren sucht. Das zeigt sich sowohl im Umgang mit stark traumatisierten Geduldeten, wir auch mit jungen libanesisch-türkisch-kurdischen Mädchen, für die wir uns parlamentarisch eingesetzt haben. Heftige Auseinandersetzungen mussten wir uns immer wieder mit dem Res-

sort liefern, wenn es um die Rechte der Beiräte ging. Der Innensenator versucht immer wieder, unangemessen in die Rechte der Beiräte einzugreifen.

Justizpolitik

Die Entscheidung, den Jugendvollzug (etwa 60 Gefangene) in das Haus IV der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen zu verlegen und damit zunächst den Standort Blockland aufzugeben, wurde von der Fraktion mit vorbereitet und unterstützt. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich intensiv mit der umstrittenen Frage der Verlagerung des Jugendvollzuges nach Hameln beschäftigt. Vor dem Hintergrund der finanziellen Möglichkeiten des Landes hat die Fraktion schließlich dafür votiert, sowohl die Pläne für die Verlagerung des Jugendvollzuges nach Niedersachsen als auch für den Neubau einer JVA aufzugeben. Für die Jugendlichen und Heranwachsenden bleibt es somit bei der wohnortnahen Unterbringung. Zwischenzeitlich ist auch ein Konzept für die Sanierung der vorhandenen Anstalten in Oslebshausen und in Bremerhaven auf den Weg gebracht worden. Die JVA am Standort Bremerhaven ist damit ebenfalls gesichert. Die im Koalitionsvertrag noch vorgesehene Verlagerung des Frauenvollzuges in ein anderes Bundesland konnte vermieden werden, der Frauenvollzug ist vom Standort Blockland in die Anstalt Am Fuchsberg verlagert worden.

Gegenstand einer parlamentarischen Initiative der Fraktion waren Vorschläge zur Verbesserung rechtstaatlich abgesicherter Möglichkeiten des Einsatzes der DNA-Analyse im Strafverfahren, um die Aufklärungsmöglichkeiten bei besonders schweren Straftaten wie Sexualdelikten zu verbessern. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat ihre Überlegungen auch in die Justizpolitik des Bundes eingebracht. Zwischenzeitlich erfolgte Änderungen der Strafprozessordnung decken sich mit den Vorschlägen der Bürgerschaftsfraktion. Auch mit den Regelungen zur nachträglichen Anordnung der Sicherungsverwahrung bei besonders gefährlichen Gewalttätern hat sich die Fraktion beschäftigt. Eine große Anfrage der SPD-Bürgerschaftsfraktion beschäftigte sich mit den Ermittlungsverfahren gegen Rechtsextremisten und der Frage, welche Verbesserungen die in den letzten Jahren beschlossenen Veränderungen des Strafrechts gebracht haben.

In der Diskussion um die zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln an mutmaßliche Drogendealer durch die Polizei hat die SPD-Fraktion die Auffassung vertreten, dass eine solche Vorgehensweise nach dem Tod eines von der Polizei vorläufig Festgenommenen nicht mehr zu vertreten sei. Brechmittel werden in Bremen zwangsweise nicht mehr verabreicht. Es wurde stattdessen in Abstimmung zwischen dem Innen- und Justizsenator ein rechtstaatlich vertretbares Verfahren entwickelt (Stichwort: „Drogenklo“).

Parlamentarische Anfragen wurden u.a. zu folgenden Themen gestellt: „Stalking“, „Kinder als Opfer“ (Ziel: Beschleunigung von Strafverfahren), Absicherung der Projekte zur Beratung und zum Schutz von Zwangsprostituierten. Die SPD-Fraktion setzt sich für eine finanzielle Absicherung der Projekte „Schlichten in Nachbarschaften“ ein und hat auch die erfolgreiche Arbeit des „Täter-Opfer-Ausgleichs“ zum Gegenstand einer Parlamentsdebatte gemacht. Auch der Datenschutz bleibt ein Schwerpunkt der Arbeit der Fraktion mit dem Ziel, das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung in allen Politikbereichen zu schützen und die erfolgreiche Arbeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu unterstützen. Zudem engagiert sich die Fraktion weiter für die Einführung eines Verbandsklagerechts im Tierschutzrecht.

Stadtentwicklungspolitik

Ein wesentliches Ziel sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik ist die Einwohnergewinnung und –bindung in Bremen und Bremerhaven. Durch Stadtmodernisierung und Quartiersaufwertung, ein differenziertes bedarfsorientiertes Wohnungsangebot und eine gute soziale Infrastruktur sowie vielfältige Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote soll die Attraktivität unserer beiden Städte gesteigert werden. Dabei müssen die Stadtteile fit gemacht werden für die Zukunft, für veränderte demografische Verhältnisse, für Zuwanderung und Integration sowie für die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen. Zur Unterstützung dieser Zielsetzung wurde 2004 das Programm Innenstadt- und Stadtteilentwicklung – Aktionsprogramm 2010 aufgelegt, das auf der Grundlage des SPD-Projektes ‚Vitale Stadtviertel' aus dem Jahr 2003 entwickelt wurde. In das Programm werden nur Maßnahmen aufgenommen, die von den Beiräten unterstützt werden. Da das Programmvolumen aufgrund der Gesamthaushaltslage reduziert werden muss, hat die SPD Kriterien für eine Prioritätensetzung erarbeitet. Ein wesentlicher Aspekt unter Finanz- und Effizienzgesichtspunkten ist die Vernetzung mit anderen Stadtteilaufwertungsprogrammen auf der Grundlage von integrierten Handlungskonzepten.

Die Bürgerschaft hat das bremische Gesetz zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren in erster Lesung verabschiedet. Ziel des Gesetzes ist die Selbstorganisation lokaler Händler und Dienstleister zur Verbesserung der Versorgung in den Stadtteilzentren. Auf Initiative der SPD-Bürgerschaftsfraktion beschloss die Bürgerschaft die Einrichtung einer Neubürgeragentur, die im Jahr 2002 ihre Arbeit im City-Service-Center aufgenommen hat. Inzwischen ist die Neubürgeragentur so etabliert, dass die Stadtbürgerschaft ihre Weiterführung beschlossen hat. Das Stephaniviertel wird zu einem Medienstandort aufgewertet. Die Ansiedlung von Radio Bremen und anderen Firmen der Medienbranche sowie die damit verbundene räumliche Umstrukturierung ist beschlossen und hat bereits begonnen. Das Bamberger Haus wird der neue Standort der Volkshochschule. Die Entwicklung des Stadtteils Überseestadt ist ein Schwerpunktprojekt der nächsten Legislaturperioden. Die SPD-Fraktion wird sich - wie bisher – dafür einsetzen, dass hier ein Stadtteil für Gewerbe, Dienstleistung und Wohnen von hoher städtebaulicher Qualität entsteht. Ein entsprechender Beschluss wurde von der Bürgerschaft im April 2005 gefasst. Die Verkehrserschließung der Überseestadt ist stadtverträglich gestaltet. Mit der Verkehrsverbindung City – Überseestadt durch die Verlängerung der Straße Am Wall wurde bereits begonnen. Diese Verkehrsverbindung für den Individualverkehr und für den Nahverkehr soll 2006 fertig gestellt sein.

Wohnungspolitik

Nach langen und harten Auseinandersetzungen mit der CDU hat die SPD durchgesetzt, dass die Mehrheitsanteile der GEWOBA in kommunalem Besitz bleiben. Die Bürgerschaft hat im Dezember 2005 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Damit wurde erstmals auch einem Bürgerantrag entsprochen. Mit dem Stadtumbau Tenever wurde inzwischen begonnen. Die Projektgruppe Tenever ist in die Planungen eingebunden. Es ist sichergestellt, dass die sozialen Einrichtungen bedarfsgerecht ausgestattet werden. Weitere Projekte zur Umgestaltung von Großwohnanlagen gibt es in Lüssum und Bremerhaven. Ein Segment dieser Stadtumbauprojekte ist der Rückbau nicht mehr vermietbarer Wohnungen. Eine zunehmend wichtige Rolle spielt Nachfrage nach kostengünstigem Wohnraum. Wir werden uns dafür einsetzen, Förderprogramme entsprechend zu gestalten. Für den zunehmenden Anteil älterer Menschen arbeiten wir daran, Wohnungsangebote zu schaffen, die ihren Bedürfnissen und ihrer Lebenssituation gerecht werden. Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst lange selbständig in ihrer

eigenen Wohnung leben können. Deshalb regen wir Kooperationen zwischen Wohnungsunternehmen und sozialen Dienstleistern an.

Die Bremische Bürgerschaft hat 2003 auf Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion ein Landesvergabegesetz verabschiedet. Mit dem Gesetz wurde der Schutz vor Lohndumping, vor illegaler Beschäftigung und eine erhöhte Transparenz der öffentlichen Auftragsvergabe erreicht. Die Bürgerschaft hat darüber hinaus auf Initiative der SPD-Fraktion einen Beschluss zu Einsparungen durch Senkung von Ausbaustandards im Hoch- und Tiefbau gefasst. Ziel ist es, Bauprojekte kostengünstiger zu gestalten und damit die Belastung der bremischen Haushalte zu verringern.

Nach Abschluss der Evaluation beschloss die Stadtbürgerschaft, das Programm WiN bis 2010 fortzuführen und entsprechend auszustatten. Sowohl WIN als auch das Programm Soziale Stadt sind als Querschnittsaufgabe für alle Ressorts angelegt. Es geht u. a. um Wohnungsmodernisierung, Verbesserung des Wohnumfeldes, neue Arbeitsplätze durch lokale Wirtschaftsentwicklung, Bildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote, Förderung von Integrations- und Präventionsprojekten, Initiierung sozialer und kultureller Netzwerke, Unterstützung von Einwohner-/Mieterinitiativen. Auf Initiative der SPD wurden die Programme in der Koalitionsvereinbarung bis 2010 festgeschrieben.

Ende 2004 fasste die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion einen Beschluss über „Bauherrenwettbewerbe für Qualität und Innovation im Wohnungsbau“. Der Wettbewerb wurde erstmalig 2005 ausgelobt. Ausgezeichnet werden sollen Projekte, die dazu beitragen, das Image Bremens und Bremerhavens als Wohnstandort zu fördern. Mit dem „Interkommunalen Raumstrukturkonzept Region Bremen“ (INTRA) wird die Grundlage für eine verbindliche Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften in der Region Bremen für die Aufgabenbereiche Siedlungs-, Freiraum- und Verkehrsentwicklung gelegt. Bremen und die Umlandgemeinden bekennen sich damit zu einem Leitbild konzentrierter Siedlungsentwicklung, das durch die Stärken der regionalen Qualitäten den Anforderungen der Nachhaltigkeit, der demographischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit gerecht wird.

Verkehrsinfrastruktur

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist Garant für Mobilität und die Weiterentwicklung Bremens als Wirtschafts- und Wohnstandort. Nahverkehr bzw. die Verkehrsinfrastruktur des Umweltverbundes und der motorisierte Individualverkehr haben für die SPD einen gleichrangigen Stellenwert. Das LKW-Führungsnetz wurde überarbeitet, damit Wohngebiete noch besser von Durchgangsverkehren entlastet werden. Gewerbegebiete wurden und werden direkt an das überregionale Straßennetz angebunden. Der Senat ist aufgefordert Maßnahmen zur ergreifen, die verhindern, dass LKW auf innerstädtische Straßen und Landstraßen ausweichen, um Maut zu sparen. Der Hemelinger Tunnel ist fertig gestellt, der Bau der BAB 281 macht gute Fortschritte. Die mautfinanzierte Weserquerung ist beschlossen, zur bürgernahen Entscheidungsfindung über den Verlauf des Wesertunnels wurde ein „runder Tisch“ eingerichtet. Der sechsspurige Ausbau der BAB 27 ist abgeschlossen und das Planfeststellungsverfahren für den Weiterbau der B 74 steht kurz vor dem Abschluss. Die Beschlussfassung über den Ausbau des Knotenpunktes Osterholzer Heerstraße/Hans-Bredow-Straße/Julius-Faucher-Straße sowie über die Verlängerung der Linie 1 bis Mahndorf ist ebenfalls erfolgt. Die Baumaßnahme soll bis 2008 (Knotenpunkt) und 2009 (Linie 1) abgeschlossen sein.

Der Nahverkehrsplan 2003-2007 für das Gebiet des Verkehrsverbundes Bremen / Niedersachsen ist beschlossen. Die Linie 4 bis Borgfeld ist in Betrieb. Die Verlängerung der Straßenbahnlinien 1, 2, 8 und 10 werden geplant. Die Einführung von Regio-S-Bahnlinien ist ebenso beschlossen wie die Wiederaufnahme des Schienenverkehrs auf der Farge-Vegesacker-Eisenbahn. Die SPD-Fraktion hat sich in einem Bürgerschaftsantrag dafür eingesetzt, dass die bis Ende 2007 per Gesetz festgeschriebenen sogenannten Regionalisierungsmittel des Bundes nicht vorzeitig gekürzt werden. Diese Bundesmittel fließen an die Länder zur Finanzierung von Nahverkehrsprojekten. Das Projekt Schwachhauser Heerstraße – Concordia Tunnel ist Bestandteil des Großprojektes Linie 4 und soll mit einem hohen Anteil an Bundesmitteln finanziert werden. Die Stadtbürgerschaft hat die Planungen für den Umbau der Schwachhauser Heerstraße gebilligt. Außerdem soll zur Reduzierung des LKW-Verkehrs die Wegweisung geändert und der Straßenzug nach dem Umbau aus dem LKW-Führungsnetz genommen werden. Im Zuge der noch zu beschließenden Umsetzung der Baumaßnahme wird auch die Eisenbahnüberquerung erneuert. Für eine bedarfsorientierte Straßensanierung wurde der Zustand aller Straßen erhoben und in einer Straßendatenbank erfasst. Das Pavement-Management-System wurde eingeführt, um Straßen bedarfsgerecht und kostengünstiger sanieren zu können.

Sozialpolitik

Ein zentrales Handlungsfeld unserer Sozialpolitik stellt die frühkindliche Bildung dar. Kindertageseinrichtungen sind die erste Stufe unseres Bildungssystems. Sie sind dem gesetzlichen Auftrag verpflichtet, die optimale Entwicklung der emotionalen, wahrnehmungsmäßigen, motorischen, geistigen, sprachlichen und sozialen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder anzustreben. Ein Ziel ist ein gemeinsames Curriculum für frühkindliche Bildung in Kindertageseinrichtungen und im Primarbereich der Schule zur besseren Verknüpfung der Entwicklungs- und Bildungsprozesse sowie zur Förderung des Übergangs in die Schule. Bereits realisiert wurde die Sprachstandserhebung bei den Fünfjährigen, das Angebot von Sprach-Fördergruppen, Elternunterstützung wie Hippy, Mama lernt Deutsch etc. sowie die Qualifizierung von Fachkräften. Die Qualitätssicherung bzw. -verbesserung und die Einführung von Zweitkräften ist finanziell gesichert. Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind Gründe für die steigende Nachfrage nach Kindertagesbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten für Kinder von 0 bis 6 Jahren. Die Fraktion setzt sich in diesem Zusammenhang für die Gründung von Betriebskindergärten ein. Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren soll bis 2010 auf 20 Prozent angehoben werden.

Eine Neuordnung der Kinder- und Jugendförderung erfolgt durch das „Anpassungskonzept". Durch gezielten Umbau und Konzentration der Ressourcen soll eine leistungsfähige Angebots-Infrastruktur erhalten werden. In den Haushalten 2004/05 konnten die notwendigen Mittel gesichert werden. Für die Haushalte 2006/07 wird ebenfalls eine bedarfsgerechte Mittelausstattung angestrebt.

Die SPD-Fraktion hat eine deutliche Verbesserung der ursprünglichen Vorgaben hinsichtlich der Kosten der Unterkunft für EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II erreicht, u. a. die Erweiterung der Ausnahmetatbestände, die zeitliche Staffelung der Umzugsaufforderung, die Aussetzung der Umzugsaufforderung bei Überschreitung der Angemessenheitsgrenze von bis zu 10 % sowie die Erhöhung der Heizkostenpauschale. Im Jahr 2002 forderte die Bremische Bürgerschaft den Senat auf, ein Bremisches Behindertengleichstellungsgesetz zu erarbeiten. Das

bremische Gesetz ist inzwischen verabschiedet. Der Behindertenbeauftragte ist seit 2005 im Amt. Dieses Gesetz ist Ausdruck neuen Denkens. Es rückt den bürgerrechtlichen Anspruch behinderter Menschen auf selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in den Mittelpunkt. Es schreibt u. a. die Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und Freiräumen sowie bei elektronischen Medien vor. Blinden Menschen wurde auf Beschluss der Bürgerschaft durch die Einführung von Schablonen in Brailleschrift ermöglicht, den Wahlakt ohne fremde Hilfe zu vollziehen.

Gleichstellungspolitik

Die finanzielle Absicherung der Zentralestelle für die Gleichberechtigung der Frau (ZGF) gehört zu den wesentlichen Erfolgen der Gleichstellungspolitik der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Die gerade erfolgte Ausschreibung der Stelle der Landesgleichstellungsbeauftragten für weitere zwölf Jahre ist das zukunftsweisende Resultat unseres Engagements. Ebenfalls auf Betreiben der SPD ist es gelungen, die Beratungsstelle Frau und Beruf – wenn auch in veränderter Form und finanziert durch die BAgIS – zu erhalten. Der Berufsorientierungstag für Mädchen, Girl's Day, fand im Land Bremen vor allem durch das Engagement der ZGF und des sozialdemokratischen Bildungssenators eine bundesweit herausragende Resonanz.

Der Schutz von Frauen gegen Gewalt gehört zu den langfristigen Arbeitsschwerpunkten der Gleichstellungspolitik. In den vergangenen zwei Jahren erwies sich die Wirksamkeit des Gewaltschutzgesetzes und des zum Schutz vor häuslicher Gewalt frühzeitig im bremischen Polizeigesetz verankerten Wegweisungsrechts gegen Gewalttäter aus einer gemeinsamen Wohnung mit dem Opfer. Parlamentarische Initiativen richteten sich zuletzt auf einen besseren Schutz von – meist weiblichen - Stalking-Opfern sowie auf die Verhinderung und Ächtung von Zwangverheiratungen. Eine Beratungsstelle für Opfer von Zwangsprostitution und Menschenhandel wurde auf Drängen der SPD weiterhin finanziert. Die finanzielle Förderung des Frauengesundheitszentrums musste zwar aufgrund der Haushaltszwänge eingestellt werden, das Selbsthilfe- und Beratungsangebot, zu dem unter anderem die Mütterzentren gehören, blieb im Land Bremen aber weiterhin überdurchschnittlich vielfältig. Mit dem erneut vorgelegten, abermals überregional beachteten Frauengesundheitsbericht festigte das Land Bremen seine Vorreiterrolle auf diesem Gebiet. Gleiches gilt für die geschlechterdifferenzierte Darstellung des Personalcontrollings der bremischen Verwaltung. Die für „gesche.online", das Internetportal für Frauen, erforderlichen Mittel wurden bereitgestellt. Die auf Geschlechtergerechtigkeit gerichtete Strategie des Gender Mainstreaming wurde zum zusätzlichen Thema der Gleichstellungspolitik.

Mit der von ihr initiierten Parlamentsdebatte über Gender-Budgeting trug die SPD dazu bei, dass die Geschlechterrelevanz von Haushaltsentscheidungen inzwischen in ausgewählten Bereichen untersucht wird. Der im Juni vom Senat vorgelegte Zwischenbericht zum Gender Mainstreaming in der bremischen Verwaltung dokumentiert, dass mit Hilfe des bremischen Konzeptes der praktische Umsetzungsprozess der Gender-Mainstreaming-Strategie erfolgreich auf den Weg gebracht wurde. Zu den Pilotprojekten gehören u.a. Arbeitszeiten in Krankenhäusern und die Förderung von Existenzgründungen.

Seniorenpolitik

Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt kontinuierlich zu. Ein Viertel der Bevölkerung Bremens ist über 60 Jahre alt, Tendenz zunehmend. Ein wesentliches Ziel

und kontinuierlicher Arbeitsschwerpunkt unserer Seniorenpolitik ist der Erhalt von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. In unserem Fraktionspapier „Bündnis 2020 – Zukunftsaufgabe Sicher Wohnen – Leben lang“, haben wir dargelegt, dass ältere Menschen auch bei zunehmender altersbedingter Mobilitätseinschränkung in ihrer eigenen Wohnung leben sollen. Dafür wollen wir Wohnformen initiieren, die dies ermöglichen. Ergänzend dazu sollen Netzwerke wohnungsunterabhängiger Dienstleistungen aufgebaut werden, die allen Altersgruppen zur Verfügung stehen. Ein wesentlicher Aspekt unserer Vorstellung von Quartiersaufwertung ist es, Voraussetzungen für eine gute Mischung von Jung und Alt zu schaffen. Die Informationsdatenbank über Beratungsangebote und barrierefreie Wohnungen, Weiterentwicklung der Gesundheitsförderung, Ausbau wohnbegleitender Dienste und vieles mehr ist über das Internet abzufragen. Informationen über Wohnungsanpassung und alltägliche Gebrauchsgegenstände für mobilitätsbehinderte Menschen gibt es in einer barrierefreie Musterwohnung mit Wohnberatung in der Landwehrstraße, die auf Initiative der SPD-Bürgerschaftsfraktion eingerichtet wurde. Mit Blick auf die Investitionszuschüsse für Pflegeeinrichtungen arbeiten wir mittelfristig an einer weitgehenden Umsteuerung von Vollpflegeeinrichtungen zu neuen Wohnformen mit entsprechenden Dienstleistungsangeboten. Dieser Ansatz ist für alle Beteiligten kostengünstiger und trägt zu einer Steigerung der Lebensqualität bei.

Gesundheitspolitik

Gesundheitliche Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, Zugang aller BürgerInnen zu qualitativ hochwertiger medizinischer Versorgung und gesundheitlicher Prävention sowie die Optimierung und Vernetzung der Gesundheitsdienstleistungen bilden die Koordinaten sozialdemokratischer Gesundheitspolitik im Land Bremen. Eine besondere Rolle spielt dabei die wettbewerbsfähige Neuausrichtung der rechtlich zu gemeinnützigen gGmbHs gewandelten und unter dem Holdingdach GesundheitNord zusammengeführten kommunalen Krankenhäuser. Die SPD wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft bleiben. Die veränderte Rechtsform definiert dabei lediglich den Ausgangspunkt eines längerfristigen Veränderungsprozesses, der von der Politik eng begleitet wird und der darauf abzielt, die Krankenhäuser zukunftssicher zu machen. Es geht darum, unter veränderten Finanzierungsbedingungen für die stationäre Versorgung durch fachorientierte Konzentration hochleistungsmedizinischer Abteilungen im Land Bremen in allen medizinischen Disziplinen Zentren der Maximalversorgung zu sichern.

Die Beibehaltung des Niveaus der Krankenhausinvestitionen hat zur Realisierung dieses Ziels beigetragen, das auch auf die Akquisition von Patienten aus dem Umland zielt. Neben den Hochleistungszentren sollen in Bremen und Bremerhaven flächendeckend klinische Angebote für Grund- und Notfallversorgung erhalten bleiben. Die Dezentralisierung der Psychiatrie wurde weiterentwickelt. Die Bündelung von Dienstleistungen zielt ebenso auf Kostenoptimierung wie Fortschritte bei der Vernetzung ambulanter und stationärer Leistungen zur integrierten Versorgung. Die Zertifizierung aller bremischen Krankenhäuser nach KTQ beweist, dass Kostenminimierung und Qualität kein Widerspruch sind. Obwohl die Personalentwicklung aller Krankenhäuser unter dem Diktat knapper Mittel steht, müssen unvertretbare Belastungen der Beschäftigten verhindert werden. Die Übernahme des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) durch die kommunalen Bremer Kliniken ist in diesem Sinne ein Erfolg. Mit der Einführung innovativer Arbeitszeitmodelle für Ärzte in verschiedenen Krankenhäusern gehört das Land Bremen bei der Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie bundesweit zu den Vorreitern.

Sehr erfolgreich agierte das Land Bremen in den vergangenen Jahren hinsichtlich Innovation und Qualitätssicherung im Gesundheitswesen: Ende 2005 wurde Bremen als eine von insgesamt acht Modellregionen für die Erprobung einer elektronischen Gesundheitscard ausgewählt und hat damit eine gute Ausgangsposition im gesundheitswirtschaftlichen Wettbewerb erworben. Nachdem das Land zunächst Modellregion für das Mamographiescreening war, konnte die Hansestadt ihre Rolle als Oberzentrum inzwischen mit dem Zuschlag für ein Mammasreening-Referenzzentrum festigen. Innovation und Qualitätssicherung in Medizin und Pflege werden begünstigt durch die gesundheitswissenschaftlichen Studiengänge und Institute der Universität und der Hochschule Bremen. Einen besonderen Beitrag zur überregionalen Reputation des Landes leistet seit langem das Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS). Hervorzuheben ist das ungewöhnlich breite Spektrum an Selbsthilfe- und Beratungseinrichtungen, das trotz unvermeidbarer Einsparungen erhalten werden konnte, auch wenn Zuschüsse in Einzelfällen (z.B. für das Frauengesundheitszentrum) eingestellt werden mussten. Mit der unabhängigen Patientenberatung konnte zugleich ein für die gesundheitliche Selbstbestimmung aller BürgerInnen wichtiges Angebot abgesichert werden. Die Zusammenarbeit des Landes Bremen mit Niedersachsen verhinderte die Privatisierung der Lebensmittelüberwachung. Die SPD-Fraktion wertet dies vor dem Hintergrund wiederholter Lebensmittelskandale als Beitrag zu Verbrauchersicherheit und –gesundheit.

Umweltpolitik

Der Koalitionsvertrag sieht im Bereich Umweltpolitik die Ausweisung eines neuen Naturschutzgebietes vor. Der Senat ist nun endlich der SPD gefolgt und hat die noch ausstehenden FFH-Gebiete, das Mündungsgebiet bei Bremerhaven und den Flusslauf zwischen Ochtummündung und Rekum, nachgemeldet. Die umstrittene novellierte Baumschutzverordnung wurde dahingehend korrigiert, so dass dem prägenden und ökologischen Wert besonders alter Bäume besser Rechnung getragen wird. Sie dürfen nun erst nach einer Einzelfallprüfung gefällt werden. Dass 2005 verabschiedete Waldgesetz zielt insbesondere darauf ab, dass auf Hiebmaßnahmen (insbesondere Kahlschlag) weitestgehend verzichtet und der Wald nachhaltig bewirtschaftet wird und verhindert so zukünftig Abholzungsaktionen wie die der Wohnungsbaugenossenschaft in Bremen-Nord im Jahre 2003. Die Umweltbildung wurde verstetigt und intensiviert.

Sport

Sportvereine übernehmen seit Jahren wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben, die kommunale Einrichtungen kaum noch erbringen können. Für die Zukunft wichtig sind vertraglich vereinbarte Kooperationen zwischen Sportvereinen einerseits und Kindergärten, Ganztagsschulen sowie Stadtteilentwicklungsprojekten andererseits. Zusammenarbeit dieser Art erleichtert Umstrukturierungsprozesse und bietet neue Betätigungs- und Geschäftsfelder für Sportvereine. Das Sportförderungsgesetz bietet hierfür verlässliche Rahmenbedingungen. Es ist ein unverzichtbarer Eckpfeiler für die Sportentwicklung in Bremen und Bremerhaven sowie für die Existenz der Sportvereine und –verbände. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird deshalb nicht zulassen, dass das Sportförderungsgesetz geändert wird. Allerdings muss es – wie auch schon in den vergangenen Jahren – weiterhin mit Augenmaß gehandhabt werden. Das heißt, nicht jede aufgegebene Sportfläche wird künftig eins zu eins ersetzt werden können.

Wir werden auf der Grundlage der finanziellen Möglichkeiten Bremens gemeinsam mit dem Sport den Bedarf prüfen und dann eine einvernehmliche Lösung entwickeln. Der Sportentwick-

lungsplan bietet die zukunftsorientierte Chance für die Neustrukturierung der Vereine und ihrer Sportangebote, denn die Angebotsnachfrage verändert sich ebenso wie die Altersstruktur der Sporttreibenden. Um darauf zeitnah reagieren zu können, braucht es Kooperationen und professionelles Management. Auf der Grundlage dieser umfangreichen Datenerhebung ist eine nachhaltige Optimierung der Sportstätten und die Einrichtung eines Sportanlagen-Managements möglich. Die Sanierung von Sportanlagen hat hohe Priorität. Durch die Neuordnung des Liegenschaftswesens, dessen Ziel der Werterhalt bremischer Immobilien durch entsprechende Sanierungsprogramme ist, werden dafür bessere finanzielle Voraussetzungen geschaffen.

Das Wettmittelgesetz ist novelliert worden. Wir haben durchgesetzt, dass es für den Sport keine strukturelle Veränderung gibt. Die Wettmittel die nach dem Gesetz dem Sport zur Verfügung stehen, werden auch weiterhin von der Sportdeputation nach den bekannten Kriterien verteilt. Zuschüsse für die Sanierung von Sportanlagen werden in Bremen seit Jahren davon abhängig gemacht, dass die Bedürfnisse Behinderter berücksichtigt werden, d. h. die Anlagen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben barrierefrei gestaltet werden. Ein Beispiel für behindertengerechte Sportanlagen ist die Laufbahn mit Blindenleitsystem im Burgwallstation, dessen Umkleideanlagen inzwischen auch behindertengerecht ausgebaut wurden. Die Entwicklung der Sport- und Freizeitflächen in der Pauliner Marsch wurde im Rahmen eines Moderationsverfahrens erarbeitet. Das Ergebnis dieser beispielhaften Bürgerbeteiligung an Stadtentwicklungsprozessen ist ein Kontrakt zwischen Anwohnern, den Vereinen in der Pauliner Marsch, Werder Bremen und dem Senat der Freien Hansestadt Bremen.

Bäder haben in der Freizeitinfrastruktur einen hohen Stellenwert. Sie sind nicht nur ein anerkannter Standortfaktor, sondern sie erfüllen als Angebot zur Erhaltung der Gesundheit, zur sportlichen Betätigung sowie für den Schulsport auch gesellschaftspolitische Aufgaben. Die SPD-Fraktion hat beschlossen den Schwerpunkt der Bädersanierungen und –aufwertungen auf die Einrichtung von Kombibädern zu legen. Die Bremer Bäder Gesellschaft betreibt insgesamt 16 Bäder mit einem umfangreichen Sport-, Fitness- und Wellnessangebot. In den vergangenen Jahren wurden viele Bäder saniert und aufgewertet. Das Stadionbad wurde im Rahmen eines Moderationsverfahrens mit breiter Bürger- und Vereinsbeteiligung zu einem Naturbad entwickelt. Mit dem Umbau wurde begonnen. Als neues Angebot in Bremen-Nord wurde der Sportparksee Grambke eröffnet.

Kulturpolitik

Aufgrund der Diskontinuitäten der Ressort- und Sprecherverantwortlichkeiten auf CDU-Seite sind die Arbeitsgänge im Bereich Kultur äußerst schwergängig und die bereits in der vergangenen Legislaturperiode angegangenen Aufgaben nach wie vor nicht zufriedenstellend gelöst. Die SPD-Fraktion hat aufgrund dieser schwierigen Rahmenbedingungen in den vergangenen beiden Jahren ihre Anstrengungen der vergangenen Legislaturperiode verstetigt und intensiviert. Sie hat sich kontinuierlich dafür eingesetzt, den Bremer Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen eine klare Perspektive zu bieten sowie für eine starke Verlässlichkeit und Transparenz in der Förderung und klare Schwerpunktsetzungen zu sorgen. Das besondere Augenmerk liegt im Sinne unserer programmatischen Beschlüsse in der Förderung der Künste und der Ermöglichung kultureller Bildung.

Die SPD hat eine Kulturrunde mit regelmäßig, im Abstand von vier bis sechs Wochen statt findenden Veranstaltungen initiiert, zu denen häufig externe Gäste eingeladen werden und die sehr gut angenommen wird. Im Dialog mit den Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen wurden hier ein Positionspapier zur Kulturförderung und Kulturfinanzierung entwickelt sowie ein Eckpunktepapier zum Masterplan erarbeitet; beide Papiere wurden in die Arbeit der Deputation eingespeist. Die sehr erfolgreiche Kulturrunde wird auch zukünftig fortgesetzt werden und durch den neuen Arbeitskreis „Kultur muss aus der Defensive" ergänzt, dem Kulturschaffende und Vertreterinnen und Vertreter der Kultureinrichtungen sowie SPD-Politikerinnen angehören. In einer dichteren Arbeitsatmosphäre soll hier der Dialog fortgesetzt und gemeinsame kulturpolitische Positionen im Lichte der öffentlichen Finanzkrise entwickeln werden. Auch bei konkreten Alltagsproblemen der Kultureinrichtungen stand die SPD wie stets zur Seite und hat unbürokratisch in Absprache mit allen Beteiligten Lösungen finden können.

Ausblick

Bremens Selbständigkeit, Bremens finanzielle Überlebensfähigkeit ist bedroht. Zum Erhalt der Selbständigkeit Bremens gibt es für die SPD-Fraktion keine Alternative. Die Bewahrung der Selbständigkeit wird die zentrale Aufgabe und das entscheidende Leitmotiv zukünftiger Arbeit sein. Hierfür werden wir die begonnenen Eigenanstrengungen zur Konsolidierung unserer Haushalte fortsetzen. Dabei werden wir Ehrgeiz und Realismus zusammenbringen müssen. Das bedeutet, dass wir Sozialdemokraten auch eigene Projekte auf den Prüfstand stellen und diese vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltslage neu bewerten müssen. Trotz knapper Mittel und trotz der unabweisbaren Notwendigkeit zum weiteren Sparen steht die SPD-Bürgerschaftsfraktion in ihrer politischen Arbeit auch weiterhin für einen Stadtstaat, der seiner sozialen Verantwortung gegenüber den Menschen gerecht wird. Wir werden keinen Kahlschlag im Sozial- oder Bildungsbereich zulassen, sondern uns dafür einsetzen, die Zukunftschancen der Menschen in unserem Land zu verbessern und Perspektiven zu eröffnen. Unsere zentrale Aufgabe wird es deshalb auch in Zukunft sein, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voranzutreiben, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue, zukunftsfähige zu schaffen.

Carsten Sieling
Fraktionsvorsitzender

Bericht des Präsidenten des Senats

Liebe Genossinnen und Genossen,

als Henning Scherf als Bürgermeister auf dem Landesparteitag in Bremen–Nord am 28. September letzten Jahres, für die meisten von uns überraschend, seinen baldigen Rücktritt verkündete, da haben wohl alle gespürt: Das ist ein Einschnitt. Hier geschieht etwas Bedeutendes. 27 Jahre war Henning Scherf Mitglied des Senats, zehn davon Bürgermeister und Präsident des Senats. An der Spitze der großen Koalition hat er den Strukturwandel in unserem Land wesentlich mitgestaltet und geprägt.

Und mit seiner großen Integrationskraft war er - auch in schwierigen Zeiten - Garant des gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in unserem Land. Mit seiner Fähigkeit, Brücken zu bauen, Vertrauen zu stiften, Optimismus auszustrahlen und Menschen gemeinsam für die Sache zu gewinnen, hat er sich, aber auch Bremen hohes Ansehen erarbeitet. Und er hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich unsere Partei aus einer sehr schwierigen Lage wieder gefangen hat und heute mit Abstand die bestimmende Kraft in unserem Lande ist.

In den zehn Jahren der Präsidentschaft von Henning haben wir viel erreicht für unser Land und seine beiden Städte - vom Technologiepark über die Häfen bis zur Airport-City und zur Stadt der Wissenschaft. Dafür danke ich Henning Scherf. Ich bekenne gern: Ich bin stolz darauf, seine Arbeit im Bremer Rathaus weiterführen zu dürfen. Ich freue mich insbesondere auch, das sich Henning mit seinem Rücktritt als Bürgermeister gleichzeitig als interessierter und engagierter Bremer Bürger und Sozialdemokrat zurückgemeldet hat – wir alle werden hoffentlich noch für viele, viele Jahre von seiner Tatkraft zehren können.

Ich will hier keine von der Liebe zum Detail geprägte Übersicht über sämtliche Aktivitäten des Senats und der einzelnen Ressorts für die hinter uns liegenden Jahre geben. Alle wissen, dass in den Politikfeldern von Karin Röpke, Willi Lemke und Ullrich Nussbaum unverzichtbare Beiträge für die Zukunft unserer beiden Städte vorbereitet und geleistet wurden. Dafür sei ihnen auch an dieser Stelle ganz herzlich gedankt.

Ich will an dieser Stelle die großen Herausforderungen benennen, vor denen Bremen und damit auch die Sozialdemokratische Partei als die führende Kraft unseres Stadtstaates stehen und welche Schritte wir unternommen haben, um diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen.

Bremen befindet sich trotz aller Anstrengungen und der Hilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft nach wie vor in einer extremen Haushaltsnotlage. Ursache sind nicht mangelnde Eigenanstrengungen: Bremen hat alle Auflagen bei der Durchführung des Sanierungsprogramms erfüllt. Eine finanzielle Stabilisierung ist vielmehr deshalb nicht gelungen, weil sich die Einnahmen dramatisch schlechter entwickelt haben als zu Beginn und während des Sanierungsprozesses erwartet.

Nunmehr ist eine neue Kraftanstrengung erforderlich, um die Bremer Haushalte nachhaltig zu sanieren und die staatliche Selbständigkeit des Stadtstaates Bremen langfristig zu sichern. Dabei müssen gerade wir Sozialdemokraten deutlich sagen: Selbständigkeit ist kein abstraktes

Ziel der politischen Klasse, das sich allein auf Tradition stützt. Die Selbständigkeit wird erhalten bleiben, wenn und weil sie kein Selbstzweck ist, sondern auch aktuell einen Beitrag zur Gestaltung der Bremer Gegenwart und zur Sicherung der Zukunft leistet.

Bremens Selbständigkeit ist ein Gewinn für die Bremer Bürger, für den Nordwesten und für die gesamte Bundesrepublik; sie gewährleistet

- Gestaltungsmöglichkeit und Selbstverantwortung vor Ort ohne Abhängigkeit von einer entfernten Ministerialbürokratie,
- die Sicherung eines wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kraftzentrums für den gesamten Nordwesten,
- die Erhaltung der föderalen Vielfalt und die Einbringung unterschiedlicher und speziell großstädtischer Probleme, Sichtweisen und Lösungsansätze in die Diskussion auf Bundesebene.

Trotz aller Schwierigkeiten haben sich wichtige Rahmenbedingungen für eine Sanierungsstrategie verbessert. Bremen hat seine wirtschaftlichen Strukturen gestärkt. Als Land mit der zweithöchsten Wirtschaftskraft ist es lebensfähig und könnte grundsätzlich aus dem im Land erwirtschafteten Steueraufkommen seine Aufgaben erfüllen. Mit den Beschlüssen der Regierungskoalition auf Bundesebene ist die Aushöhlung des Steueraufkommens gestoppt. Für die nächsten Jahre kann von einer stabileren Entwicklung der Steuereinnahmen ausgegangen werden. Eine bundesweit positivere wirtschaftliche Entwicklung kann diesen Prozess verstärken.

Unverzichtbar ist aber, dass Bremen von seiner hohen Verschuldung entlastet wird und Änderungen im bundesstaatlichen Finanzsystem erfolgen, die zukunftsgerichtet eine aufgabenadäquate Finanzausstattung gewährleisten. Wir setzen dabei auf eine Kombination von Eigenanstrengungen, Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und weiteren Verhandlungen im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform.

Voraussetzungen für die Gewährung von Hilfen des Bundes und der Länder ist, dass Bremen alle zumutbaren Eigenanstrengungen erbringt. Deshalb muss Bremen seine Eigenanstrengungen fortsetzen und an manchen Punkten sogar verstärken.

Der vom Senat im Dezember letzten Jahres beschlossene Entwurf des Doppelhaushaltes löst mehrere politische Zielsetzungen von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein: Er ist ein deutliches Signal, dass Bremen auch in Zukunft seine Sparanstrengungen fortsetzen und einen Eigenbeitrag zur Sanierung der öffentlichen Haushalte leisten wird. Wir haben uns weitere ehrgeizige Sparanstrengungen gesetzt, kürzen z.B. bei den Investitionen. Er setzt gleichzeitig politische Schwerpunkte bei Bildung sowohl in der weiteren Bewältigung der PISA-Ergebnisse als auch beim Ausbau von schulischen Ganztagsangeboten und bei der Betreuung der ganz kleinen Bremerinnen und Bremer zwischen null und drei Jahren, für die wir in Bremen und Bremerhaven in den kommenden Jahren zusätzliche Angebote schaffen wollen. Und nicht zuletzt haben wir Teile der Veräußerungserlöse unserer Anteile an den Stahlwerken dazu genutzt, dringend notwendige Spielräume im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu schaffen.

Der Doppelhaushalt verzichtet schließlich bei Einnahmen und Ausgaben im Sinne der Transparenz auf Ansätze, die sich in der Vergangenheit als offenkundig unrealistisch erwiesen und Nachtragshaushalte nötig gemacht haben. Sparvorgaben, die sich auch beim besten Willen nicht einlösen lassen, bringen naturgemäß kein Geld, sondern kosten Glaubwürdigkeit. Bei einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht wie in den bevorstehenden Verhandlungen mit Bund und Ländern wollen wir mit ehrgeizigen, aber realistischen Zahlen bestehen. Der Doppelhaushalt ist eine realistische Grundlage für die weitere Arbeit der Ressorts.

Notwendig ist es aber auch, unsere mittelfristige Finanzplanung sowie die längerfristige Investitionsplanung einem neuen Kurs anzupassen, mit dem wir in Berlin und vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestehen können. Wir brauchen eine klare Orientierung über unsere Ziele, Chancen und Wege. Und wir brauchen eine in sich stimmige, nach innen und außen überzeugende Gesamtstrategie, um erfolgreich die vor uns liegenden Herausforderungen zu bestehen. Dafür müssen drei entscheidende Handlungsfelder durchdacht und in einem schlüssigen Gesamtkonzept aufeinander bezogen werden: unsere Eigenanstrengungen, unsere Klage vor dem Bundesverfassungsgericht und unsere Argumente und Positionen in den bevorstehenden Verhandlungen mit Bund und Ländern über die Neuordnung der Finanzbeziehungen.

Ich habe mich deshalb entschieden, unter der Überschrift „Mit Entschlossenheit und Augenmaß die finanzielle Zukunft und die Selbständigkeit für den Stadtstaat Bremen sichern“ Anfang diesen Jahres Eckpunkte einer Strategie für eine nachhaltige Sanierung des bremischen Haushalts und den langfristigen Erhalt der Bremer Selbständigkeit vorzustellen. Ich habe diese Aufgabe in der Verantwortung als Präsident des Senats übernommen, wohlwissend, dass ich nicht nur auf wohlwollende Zustimmung zählen durfte.

Der Weg, den ich dem Senat, der Bremischen Bürgerschaft und den Bremerinnen und Bremern vorgeschlagen habe, ist ehrgeizig aber realistisch. Um diesen Weg beschreiten zu können, brauchen wir eine intensive Zusammenarbeit mit allen konstruktiven politischen Kräften und Institutionen in Bremen. Darauf setze ich.

Dabei ist es von der Sache her notwendig, zwischen den konsumtiven und den investiven Ausgaben zu unterscheiden. Im Bereich der konsumtiven Ausgaben hat Bremen in den zurückliegenden 10 Jahren gewaltige Sparanstrengungen unternommen. Hier sind wir in vielen Bereichen an einem Niveau angekommen, wo es sozial nicht mehr zu verantworten ist, weiter den Rotstift anzusetzen. Zudem liegt Bremen bereits jetzt unter dem Niveau der anderen Stadtstaaten. Gleichwohl wird die Politik der strikten Ausgabenbegrenzung fortgesetzt, soweit es sozial verantwortbar ist.

Im Bereich der investiven Ausgaben hat Bremen in den vergangenen Jahren deutlich mehr ausgegeben als der Durchschnitt der Länder oder die Stadtstaaten. Dies war ein von Bund und Ländern akzeptierter Teil des Sanierungsprogramms. Nach dem Auslaufen der Sanierungshilfen stellt sich nunmehr die Frage, auf welchem Niveau die Investitionstätigkeit fortgeführt werden kann.

Dazu ist festzustellen, dass die öffentlichen Investitionen in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung und Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Stärkung des Wirtschaftswachstums geleistet haben. Daraus ist auch zusätzliches Steuerauf-

kommen entstanden, das vor dem Hintergrund der bundesstaatlichen Finanzverteilung allerdings nur zum kleinen Teil in Bremen verblieben ist.

Die strukturellen Defizite, die es in Bremen zu Beginn der Sanierungsphase gegeben hat, konnten an vielen Stellen beseitigt werden. Unsere Wissenschaftslandschaft ist heute exzellent, viele Probleme unsere Verkehrsinfrastruktur sind behoben, unsere Innenstadt ist ein Schmuckstück, die Schlachte ist ein Magnet für Bremer und Touristen, unsere Häfen sind zukunftsfähig aufgestellt und wir haben quantitativ und qualitativ ein sehenswertes Angebot an Gewerbeflächen für ausbau- und ansiedlungswillige Unternehmen. Diese Aufholjagd, die uns durch die Sanierungszahlungen ermöglicht wurde, war erfolgreich und richtig, trotz einiger Rückschläge.

Trotz der beachtlichen wirtschaftsstrukturellen Erfolge ist die Arbeitslosigkeit in Bremen und insbesondere in Bremerhaven aber immer noch unakzeptabel hoch. Deshalb ist es auch zukünftig notwendig, an die besonderen Anstrengungen zur Modernisierung der Wirtschaftsstruktur und zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen anzuknüpfen, die in den vergangenen Jahren durch die Sanierungszahlungen des Bundes ermöglicht wurden.

Angesichts der Haushaltslage können solche zusätzlichen Investitionen aber nur realisiert werden, wenn zusätzliche Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen. Bremen wird daher die Forderung erheben, zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen z. B. auf der Basis von Art. 104a Abs. 4 GG zu schaffen.

Ein unverändertes Festhalten an den bisherigen Investitionsplanungen, ohne dass zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen, muss demgegenüber bei einer sorgfältigen Abwägung der bremischen Interessen und der Chancen vor dem Bundesverfassungsgericht sowie den notwendigen Verhandlungen mit Bund und Ländern als hochriskant betrachtet werden.

Vor diesem Hintergrund geht es darum, einen Maßstab für die Höhe der Investitionen zu finden, der

- den Erfordernissen der Bremer Wirtschafts- und Strukturentwicklung gerecht wird,
- in der Diskussion mit dem Bund und den anderen Ländern nicht angreifbar ist,
- die Voraussetzung für eine dauerhafte Stabilisierung der Bremer Finanzsituation im Anschluss an eine einmalige Entschuldungshilfe schafft.

Nach Prüfung aller Alternativen habe ich als geeigneten Maßstab das Investitionsniveau des Stadtstaates Hamburg vorgeschlagen. Auf der einen Seite wäre schwer zu vermitteln, dass Bremen ein höheres Investitionsniveau als Hamburg anstrebt, das als steuerstärkstes Land seit Jahren die höchste Pro-Kopf-Belastung als Zahler im Finanzausgleich trägt. Andererseits sprechen aber vergleichbare Strukturen (z.B. hinsichtlich der Bedeutung des Hafens) dafür, das dortige Niveau auch nicht zu unterschreiten.

Trotz der Notwendigkeit zur Reduzierung unserer Investitionen ist unzweifelhaft: Die Ursache für die nach wie vor bestehende extreme Haushaltsnotlage liegt nicht in einem „großzügigen“ Ausgabeverhalten oder einer Abweichung Bremens vom Sanierungskonzept. Ursächlich sind vielmehr die Entwicklungen auf der Einnahmenseite:

- Vom Bundesfinanzministerium wurden im Jahr 1998, vor Beginn der zweiten Sanierungsperiode, die Einnahmen für das Jahr 2005 auf 3,8 Mrd. € geschätzt.

- Die tatsächlichen Einnahmen des Jahres 2005 lagen als Folge der ungünstigeren konjunkturellen Entwicklung, aber v.a. auch wegen einer zunehmenden Aushöhlung des Steueraufkommens durch gesetzliche Änderungen, dann jedoch nur bei 3,1 Mrd. €.

Hätten sich die Einnahmen, insbesondere die Steuereinnahmen, so entwickelt, wie dies im Jahre 1999 zugrunde gelegt wurde, wäre die Haushaltssanierung jetzt erfolgreich abgeschlossen. Bremen hätte ein Finanzierungsdefizit von rund 200 Mio. €, Überschüsse im konsumtiven und im Primärhaushalt, eine Zinssteuerquote von deutlich unter 15% und hätte die Haushaltsnotlage damit überwunden.

Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass die Bremer Haushaltsnotlage nicht selbstverschuldet ist.

Wesentliche Voraussetzung für die Anerkennung einer Haushaltsnotlage ist, dass diese nicht durch Eigenanstrengungen behoben werden kann. Durch Modellrechnungen lässt sich nachweisen, dass Bremen auch bei Ausschöpfung aller eigenen Handlungsmöglichkeiten, insbesondere einer äußerst restriktiven Ausgabenpolitik, durch eigene Anstrengungen keine stabile Finanzsituation erreichen kann. Um einen nachhaltigen Haushalt zu erreichen, bei dem der Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt nach 10 Jahren nicht höher ist als heute, müsste das Ausgabenniveau auf rund 80 % der Flächenländer heruntergefahren werden, obwohl Stadtstaaten unbestritten einen höheren Finanzbedarf haben als Flächenländer. Die Zinssteuerquote würde auf weit über 30 % ansteigen.

Deshalb wird Bremen nunmehr einen Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht stellen mit der Zielrichtung, einmalige oder über mehrere Jahre verteilte Entschuldungshilfen zu erhalten, mit denen die Bremer Zinssteuerquote näher an das Niveau der anderen Länder herangeführt wird. Und unsere Modellrechnungen zeigen: Durch die Kombination einer derartigen Schuldenentlastung mit den dargestellten Eigenanstrengungen kann eine langfristige Stabilisierung der Zinssteuerquote auf dem neuen, abgesenkten Niveau herbeigeführt werden. Zusätzliche Bundeshilfen würden also nicht in ein „Fass ohne Boden“ fließen, sondern die Basis für eine nachhaltige Sanierung des Stadtstaates Bremen darstellen.

Zudem wird Bremen die Themen einer aufgabenadäquaten Finanzausstattung für Stadtstaaten, der bundesstaatlichen Lastenverteilung angesichts überdurchschnittlicher strukturpolitischer Belastungen einzelner Länder und der besonderen Aufgaben der Länder mit Seehäfen in die vereinbarten Verhandlungen über die zweite Stufe der Föderalismusreform einbringen. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen als zweite Stufe der Föderalismusreform Verhandlungen über eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen aufgenommen werden. Sie sollen dazu beitragen, diese an die in- und außerhalb Deutschlands veränderten Rahmenbedingungen für Wachstums- und Beschäftigungspolitik anzupassen. Die Regierungschefs der Länder haben sich im Dezember 2005 mit der Bundeskanzlerin darauf verständigt. Dabei sollen auch „länderspezifische Sondersituationen“ Berücksichtigung finden. Bremen hält dies auch deshalb für geboten, weil die dargestellten Eigenanstrengungen zu einem Ausgabeniveau im Verhältnis zu den Flächenländern führen, das seinen Belastungen und besonderen Aufgabenstrukturen nicht gerecht wird und daher auch Verbesserungen auf der Einnahmeseite erforderlich sind.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir befinden uns in Bremen im elften Jahr einer großen Koalition. Voraussetzung für ein solches Bündnis ist sein Erfolg, und das ist mit jedem Tag eine Herausforderung. Daran werden wir gemessen. Seichte Kompromisse sind ebenso wenig ein Rezept für eine erfolgreiche Politik wie die Suche nach billiger Profilierung. Dabei sind die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger mit der Dauer des Bündnisses nicht geringer geworden. Auch der hohe Senatorenverbrauch auf Seiten der CDU - und das, was dahinter steht - hat die Arbeit nicht einfacher gemacht. Ich sehe es nicht zuletzt auch als meine Aufgabe an, diesen Weg zwischen Kooperation, Kompromiss und gemeinsam verantworteter Entscheidung so zugestalten, dass das sozialdemokratische Profil in dieser Regierung sichtbar bleibt. Dabei bitte ich um Eure Unterstutzung!

Jens Böhrnsen
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Notizen

Berichte der Arbeitsgemeinschaften, Foren und Projektgruppen

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos) ..... **Seite 59**

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) ..... **Seite 61**

Arbeitsgemeinschaft 60plus (AG 60plus) ..... **Seite 63**

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) ..... **Seite 65**

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) ..... **Seite 68**

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) ..... **Seite 69**

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) ..... **Seite 71**

Sportforum/Landesarbeitsgemeinschaft Sport ..... **Seite 73**

Forum Eine Welt/Internationaler Ausschuss ..... **Seite 77**

Medienkommission ..... **Seite 79**

Landesschiedskommission ..... **Seite 80**

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie im Land Bremen und der Nordwest-Region ..... **Seite 81**

Wirtschaftsforum Bremen/Nordwest e. V. (WBN) ..... **Seite 82**

Forum für Arbeit e. V. ..... **Seite 85**

Notizen

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)

Europawahl
Die erste Aufgabe der Jusos in der Amtszeit 2004/2005 war natürlich der Europawahlkampf. Wie auch in den vorhergegangenen Wahlkämpfen haben die Jusos in den Europawahlkampf mit eigenen Materialien und einem Jungen Team zur Unterstützung unserer Kandidatin Karin Jöns und der Partei vor Ort eingegriffen. Die Ergebnisse der Europawahl waren insgesamt schwierig für die SPD. Allein im Land Bremen ist es uns gelungen, uns als stärkste politische Kraft zu behaupten.

Inhaltliche Themen
Der thematische Schwerpunkt der Arbeit der Juso-Landesorganisation lag in den letzten zwei Jahren im Bereich der Sanierungspolitik. Auf unseren Landeskonferenzen 2004 und 2005 haben wir in inhaltlichen Anträgen eine Kurskorrektur der bisherigen Sanierungspolitik eingefordert. Weiterhin haben wir uns für ein gebührenfreies Studium, den Erhalt der Lehr- und Lernmittelfreiheit, einen Ausbau der Kinderbetreuung und gegen Kürzungen bei den Kinder- und Jugendverbänden eingesetzt.

Gliederungen
An der Hochschule Bremen hat sich eine neue Juso-Hochschulgruppe gebildet, an der Universität halten wir an der Mitarbeit in der linken Bündnisliste „Asta für alle“ fest. Außerdem hat die bei den Jusos wieder ein Frauennetzwerk organisiert. Die Arbeit der Jusos ist insgesamt breiter aufgestellt worden und es konnten mehr junge Menschen für die Mitarbeit gewonnen werden.

Bundesverband
Mit dem Bundeskongress 2005 hat sich Bremen wieder auf der bundespolitischen Bühne des Verbandes zurückgemeldet. Die Bremer Genossin Claudia Bogedan wurde als stellvertretende Vorsitzende ins den achtköpfigen Bundesvorstand gewählt. Seit längerer Zeit ist Bremen auch wieder in allen Bundeskommissionen vertreten.
Im März 2004 haben wir für den Juso-Bundesverband eine Regionalkonferenz in Bremen durchgeführt und im April 2005 die Abschlussveranstaltung der bundesweiten Kampagne zum Thema Steuergerechtigkeit organisiert.

Bildungsmaßnahmen
Die Juso-Landesorganisation organisiert ein regelmäßiges Bildungsangebot für die Jusos im Land Bremen. Im Berichtszeitraum fanden Seminare zu den Themen Bürgerversicherung, Ideologie und Medien, europäischer Faschismus sowie einige Grundlagenseminare zu politischer Arbeit statt. Ein Höhepunkt war die Bildungsreise nach Brüssel im November 2005, auf der ca. 30 Jusos das Europäische Parlament erkundeten.

Bundestagswahl
Eigentlich hatten wir Jusos uns für das Jahr 2005 ja auf ein wahlkampffreies Jahr mit viel Zeit zur inhaltlichen Arbeit eingestellt. Auf einer Klausurtagung Anfang des Jahres hatten wir uns einen umfangreichen Themenkatalog erarbeitet und uns zahlreiche Zielgruppengespräche vorgenommen. Doch dann kam bekanntermaßen alles anders. Ab dem 22. Mai war Bundes-

tagswahlkampf. Wir haben diese Herausforderung in Bremen schnell und engagiert angenommen. Gemeinsam mit vielen jungen Genossinnen und Genossen haben wir mit eigenem Material, eigenen Veranstaltungen, der Teilnahme an diversen Podiumsdiskussionen, vor allem in Schulen, und erstmals auch mit mehreren jungen Teams den Wahlkampf mit bestritten. Wie auch schon in den vergangenen Wahlkämpfen konnten wir wieder viele neue junge Menschen für die Mitarbeit gewinnen. Ganz besonders gut hat in diesem Wahlkampf die Zusammenarbeit zwischen der Landesorganisation und den drei Unterbezirken funktioniert. Der Landesvorsitzende der Jusos war erneut Kandidat auf der Landesliste der Bremer SPD. Ein Team unter der Leitung von Mustafa Güngör hat alle Aktivitäten dokumentiert und den Online-Wahlkampf betreut. Wir bei der letzten Bundestagswahl erreichte die SPD bei den 18 bis 25jährigen das beste Ergebnis in allen Altersgruppen. Ein schönes Zeichen, dass die Arbeit sich gelohnt hat und noch einmal ein herzlicher Dank an alle Genossinnen und Genossen die diese Arbeit mitgetragen haben!

Thomas Ehmke
Landesvorsitzender

Tim Cordßen
Landesgeschäftsführer

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Die politische Arbeit der ASF auf Landesebene war bestimmt durch die Auseinandersetzung mit der Einführung von Hartz IV und durch den Bundestagswahlkampf im Oktober 2005. Zu Hartz IV gab es in den Landesvorstandssitzungen mehrere Infoveranstaltungen mit unterschiedlichen Referentinnen. Sehr deutlich ist dabei die besondere Benachteiligung von Frauen in vielen Lebensbereichen geworden.

Davon ausgehend hat es am 15. März 2005 eine Veranstaltung mit dem Thema „Ein Euro Job, Chance oder Risiko für Frauen", mit Katja Barloschky von der Bremer Arbeit GmbH und Regine Geraedts von der Fraueninitiative Quirl e.V. sowie Brigitte Melinkat von der ZGF als Referentinnen gegeben.

Der von der Veranstaltung ausgehende Antrag der ASF auf dem Landesparteitag am 19. März 2005 hat politisch entscheidend dazu beigetragen, dass der Standard in der Kinderbetreuung in Bremen nicht gesenkt wird, sondern sich an den oberen Standards vergleichbarer Großstädte orientiert. Auf Wunsch aller Beteiligten Frauen, die an der Veranstaltung teilgenommen haben, gab es im Oktober 2005 eine Folgeveranstaltung mit dem Titel „Wie geht es weiter mit den Ein Euro Jobs?". Im Sommer 2006 soll ebenfalls auf Wunsch der Beteiligten die nächste Veranstaltung zum Thema stattfinden.

Die ASF ist Mitglied im Bremer Frauenausschuss- Landesfrauenrat. Bei der Vorstandswahl 2005 auf der Delegiertenversammlung wurde Gisela Hülsbergen als 1. Vorsitzende gewählt und Barbara Wulff als ihre Stellvertreterin. Beide Frauen engagieren sich seit vielen Jahren in der SPD und wir freuen uns mit Ihnen über diesen Erfolg.

Der Bundestagswahlkampf hat der ganzen Partei und natürlich auch der ASF viel persönliches Engagement, besonders in der heißen Phase nach den Sommerferien, abverlangt. Da es der CDU im Wahlkampf unter der Führung von Angela Merkel kaum gelungen ist, frauenpolitische Themen zu besetzen, war es für uns nicht schwer, das Thema auch entsprechend unserem Wahlmanifest zu besetzen und die Wählerinnen gezielt anzusprechen.

Wir haben im Wahlkampf ein Flugblatt mit dem Titel „ Schröder find ich KanzlerIn, oder: Warum Gerhard Schröder Kanzler bleiben sollte", entwickelt und dieses hat sich dann im weiteren Verlauf des Wahlkampfes in einigen Bereichen Norddeutschlands erfolgreich verbreitet. Leider hat es im Ergebnis bei der Wahl am 18. September 2005 nicht ganz gereicht, gleichwohl konnte eine Vielzahl der frauenpolitischen Aspekte aus unserem Wahlmanifest in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt werden.

Unser traditionelles Schafferinnenmahl hat sowohl im November 2004 als auch im November 2005 mit großem Erfolg in der Bremischen Bürgerschaft stattgefunden. Als Referentin ist es uns 2004 gelungen, Frau Ruth Becker, Professorin für Frauenforschung und Wohnungswesen an der Universität Dortmund, zum Thema „Stadtentwicklung und Gender Mainstreaming", zu

gewinnen. Organisiert wurde das Mahl von Ingrid Reichert als erster Schafferin und Nada Brkic als zweiter Schafferin. Im November 2005 haben wir uns sehr über die Zusage von Frau Bärbel Diekmann, Oberbürgermeisterin in Bonn und gerade auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe zur stellvertretenden SPD-Vorsitzenden gewählt worden, gefreut. Sie hat das Gastreferat zum Thema „ Demografischer Wandel, Herausforderung für die Politik in den Kommunen“, gehalten. Für eine gute Organisation des Abends haben unsere erste Schafferin Nada Brkic und die zweite Schafferin Insa Peters-Rehwinkel gesorgt. Beide Veranstaltungen haben bei den jeweils eingeladenen Fachfrauen für einen lebendigen Abend, angeregte Gespräche und viele neu gewonnene Kontakte gesorgt.

Innerhalb der ASF hat es eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Landesvorstand und den Unterbezirksvorständen Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven gegeben, die ihrerseits in Ihren Regionen viele unterschiedliche Aktivitäten organisiert haben.

Ursula Arnold-Cramer wurde im Mai 2004 erneut in den ASF Bundesvorstand gewählt. Die Arbeitschwerpunkte auf Bundesebene lagen unter anderem im Themenbereich demografischer Wandel. Hier wurde sie als Vertreterin der ASF in die vom Bundesvorstand eingesetzte Arbeitsgruppe entsandt. Des Weiteren wurde ihr die Leitung der Arbeitsgruppe Frauen in der Pflege vom ASF-Bundesvorstand übertragen.

Karin Garling arbeitet für die ASF Bremen im Bundesausschuss der ASF mit und ist in Bremen 2004 zur Landesvorsitzenden der ASF gewählt worden. Stellvertretende Vorsitzende sind Antje Grotheer und Ulrike Schlüter.

Karin Garling
Landesvorsitzende

AG 60plus

Auf der Jahreshauptversammlung am 15. April 2004 im Konsul-Hackfeld-Haus wurde ein neuer Vorstand gewählt:

1.Vorsitzende:	Lena Rohdenburg
Stellvertretende Vorsitzende:	Iselin von Ehrenstein, Karl Otto Harms
Schriftführer:	Bernd Grottke
Schatzmeisterin:	Marianne Silber
12 Beisitzer	

Folgende Veranstaltungen der AG 60plus fanden im Berichtszeitraum statt:

23. April 2004, Arbeiterkammer Bremen, Thema: Gesundheitsreform, mit Volker Kröning.

9. September 2004, Strandlust Vegesack: Tag der Senioren mit Podiumsdiskussion.

2. November 2004, DGB-Haus Bremen, Thema: Die Älteren sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft, mit Hans Koschnick.

Europa-Wahlkampf, Strandlust Vegesack, Thema: Europa für alle Lebensalter, mit Karin Jöns.

3. Juni 2004: Seniorenfahrt auf der MS Oceana, Infostand mit den drei Bürgermeistern Hans Koschnick, Henning Scherf, Klaus Wedemeier.

An den Seniorentagen im April haben wir mit Infoständen mit Erfolg auf unsere Arbeit hingewiesen.

Seit Februar 2004 haben wir endlich einen Platz im Vorwärts in den Bremer Seiten.

Wir haben die Verbindung zur 60plus-Gruppe in Neuhaus im Harz ausgebaut und am 12. Mai 2005 einen sehr gelungenen Gegenbesuch gemacht.

Am 28. September 2004 haben wir für eine 60plus-Gruppe aus Paderborn ein umfangreiches Besuchsprogramm organisiert.

Es ist nicht möglich, alle Veranstaltungen, die wir im Bundestagswahlkampf 2005 gemacht haben, zu erwähnen. Hauptsächlich haben wir bei Straßenaktionen im direkten Dialog mit den Bürgern Erfolg gehabt. Es ist unbestritten, dass der Stimmenzuwachs bei der Älteren Generation darauf zurückzuführen ist.

Umso bedauerlicher ist, dass es Erika Drekoll, die einstimmig auf dem Bundeskongress nominiert worden ist, nicht gelingen konnte, einen Sitz im Parteivorstand zu erreichen. Wir weisen

mit Nachdruck darauf hin, dass die AG 60plus 30 Prozent der Parteimitglieder über 60 Jahre vertritt, und uns ein Mitspracherecht, wenn es um Belange der Älteren Generation geht, zusteht.

Am 15. September 2005 wurde Otto Gräber auf dem Bundeskongress in Hannover zum Bundesvorsitzenden gewählt.

Lena Rohdenburg
Landesvorsitzende

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA)

In den letzten zwei Jahren hat es eine große Anzahl von Aktivitäten der AfA Bremen gegeben. Wenn nicht alle benannt werden, hat es nichts damit zu tun, dass der Berichterstatter die Aktivitäten wertet. Alles aufzuführen, stößt an Platzkapazitätsgrenzen des Berichts und an Gedächtniskapazitätsgrenzen des Berichterstatters.

Lage

Die Partei befindet sich in einer schwierigen Lage: Eine große Anzahl verlorener Wahlen (außer der Bürgerschaftswahl in Bremen und das wegen großer, positiv wirkender Beteiligung der AfA), Vertrauensverlust der SPD, gerade in arbeitnehmernahen und gewerkschaftsnahen Kreisen und steigende Arbeitslosenzahlen sind die Kennzeichen.

Der Ergebnis der Diskussion, um insbesondere die Arbeitsmarktreformen, haben bisher nicht zu neuen Arbeitsplätzen im regulären Arbeitsmarkt geführt - aber viel Vertrauen in die arbeitnehmernahe Politik der SPD zerstört. Gegen den Namensgeber unseres zentralen Reformprojekts, wird staatsanwaltschaftlich ermittelt. Die AfA bekam den Vertrauensverlust, als arbeitnehmernaheste Parteiorganisation, naturgemäß am meisten zu spüren. Uns ist aber gelungen, das Schlimmste zu verhindern. Wir haben an den Wahlkampfständen, im Betrieb und in privaten Gesprächen oft zu hören bekommen: „Wenn es euch in der SPD nicht gäbe, wäre ich längst in das Lager der Linkspartei bzw. ins Lager der Nichtwähler gewechselt!“. Die Bindungskräfte der AfA zu unterschätzen, ist fahrlässig.

Manch ein glühende/r Verfechter/in der Arbeitsmarktreformen will heute möglichst nichts mehr davon wissen. Die Verantwortung hat aber nicht, wer ruft: „Haltet den Dieb!“, sondern der Dieb selbst.

In den Gremien, wie UB-Vorständen, Landesvorstand, Bundesvorstand und Bundesausschuss waren wir stets präsent. Wir haben dort mitgeredet und mitgestaltet so gut wir konnten und soweit wir unsere Position durchsetzen konnten. Wir haben diverse Anträge eingebracht.
Mit dem neuen, im November 2005 beschlossenen, Parteistatut wird die AfA weiter geschwächt. Mit Zustimmung unserer Parteispitze ist beschlossen worden, dass die Betriebsgruppenmandate (für UB Parteitage, Landesparteitage) z. Zt. ersatzlos gestrichen wurden. Damit wird ein Stück Basisnähe zu den Betrieben zerstört. Die Sachkompetenz der Delegierten aus den Betrieben auf den Parteitagen wird uns fehlen. Die Neuverteilung der, nicht in den örtlichen Parteigliederungen gewählten, Delegiertenmandate, geht ausschließlich zu Lasten der Arbeitnehmerorganisationen der Partei.

Natürlich ist uns nicht entgangen, dass die Einnahmen wegen Mitgliederverlusten zurückgegangen sind. Aber nur bei der AfA wurde der Etat halbiert. Das gefährdet unsere Arbeit.
Trotz allem: Wir werden nicht aufgeben, arbeitnehmernahe Politik in unserer Partei einzufordern.

Auf einige beispielhafte Veranstaltungen und Ereignisse soll hingewiesen werden:
Die AfA Bundeskonferenz vom 12.-14.03.2004, schuf eine Grundlage für unsere Arbeit in den folgenden 2 Jahren (siehe Beschlusspapier). Das Motto war (und ist) „Den Wandel sozial gestalten, solidarisch und gerecht!“
Die Parteiprominenz, die Genossen Müntefering und Clement, waren da, um unsere Vorschläge mit uns zu diskutieren.

Fast 50 Wortmeldungen von Delegierten wurden von Müntefering mit der Aussage: “Was wollt ihr eigentlich? Ihr habt eben nicht die Mehrheit!“ vom Tisch gewischt. Aber trotzdem ist unser Beschlusspapier gut und richtig gewesen, wie es sich jetzt zeigt. Wir haben an dem Beschluss mitgearbeitet. Der Teil Steuergerechtigkeit ist in der Bürgerschaftsfraktion als Arbeitsgrundlage für den Ausschuss „Einnahmeverbesserung“ genommen worden. An dieser Ausschussarbeit sind die AfA-Leute und uns nahe stehende Genossen maßgeblich beteiligt.

An den Wahlkämpfen haben wir uns inhaltlich und mit Arbeitskraft beteiligt. Betriebsbesuche und Torverteilungen sind ohne AfA-Beteiligung so nicht denkbar.

Der 1. Mai ist für uns ein wichtiger Tag. In Bremen und Bremerhaven beteiligen wir uns an den Aktivitäten, um den engen Kontakt zu den Gewerkschaften zu halten.
Unsere Gesprächsrunde AfA-Betriebsräte und Fraktionsvorstand, wird sehr gut angenommen. Die Probleme und Anfragen an die SPD Fraktionsspitze (und umgekehrt), werden aufgearbeitet und zielführend behandelt. Es gibt eine große Verlässlichkeit.

Die Gremiensitzungen der AfA werden, den Regularien entsprechend, durchgeführt. Ergebnis sind oft Anträge an die jeweiligen Stellen der Partei.

Eine Klausurtagung zur Vorbereitung der Bundestagswahlen, fand am 11.06.2005 in Bremen statt. Ergebnis war ein Positionspapier der AfA-Landesorganisation Bremen.

Seit 3 Jahren, führen die jeweiligen AfA-Bundesvorstandsmitglieder AfA-Regionalkonferenzen durch. Beteiligt sind AfA-Leute aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Wesermarsch, Oldenburg, Hannover und Braunschweig. Unter anderem hatten wir in Hamburg eine spannende Konferenz mit dem Genossen Dr. Stegner, Finanzminister in Schleswig-Holstein, zum Thema „Steuergerechtigkeit“. In Bremen war das Thema „Soziale Gerechtigkeit“. Bei beiden Veranstaltungen lag die Teilnehmerzahl bei über 50 Leuten.

Über alle Berichte aus den Betrieben zu schreiben, würde fast alle größeren Betriebe nennen. Aber auch mit den Vertretern des Handwerks, sind wir seit zwei Jahren in noch engerem Kontakt.

Die AfA hat Bündnispartner in der Kirche (KdA = Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) und der Arbeitnehmerkammer. Mit diesen Organisationen arbeiten wir zusammen.

Ausblick
Mit dem Wegfall der Betriebsgruppendelegierten, verlieren wir wichtige, basisorientierte Kontakte in den Parteitagen. Wir müssen überlegen, wie wir eine Struktur aufbauen können, die dem entgegen wirkt.

Inhaltlichen Diskussionsbedarf, um die SPD halbwegs arbeitnehmernah zu halten, gibt es mehr als genug. Abbau von Pendlerpauschale, trifft nicht stationär Beschäftigte. Sparrunden zu Lasten der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, Einnahmeprobleme des Staates durch Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit, Personalabbau trotz Gewinnexplosion in Großbetrieben, Bildung und Ausbildung, Hartz IV, ALG II, Illegale Beschäftigung, Sozialabbau, Erbschaftssteuer, Reichsteuer, Eigenheimzulage etc.. Die Themenliste ließe sich locker über mehrere Seiten fortsetzen!

Zur Lösung dieser und der anderen Probleme, braucht unsere Partei eine Arbeitnehmernahe Organisation. Hat sie diese nicht, geht der negative Trend weiter.
Das wollen wir nicht!

Wolfgang Jägers
AfA-Landesvorsitzender

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) hat in ihrer Jahreshauptversammlung am 11. Mai 2004 neben den Wahlen zum Vorstand die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte festgelegt.

Der Vorstand hat sich mit dem Leitantrag des Landesvorstandes zur Bürgerversicherung für den Landesparteitag am 4. September 2004 beschäftigt und eine Stellungnahme hierzu erarbeitet.

Das Jahr 2005 war gekennzeichnet durch eine Reihe von Arbeitstreffen parallel zur Debatte um die weitere Entwicklung der GesundheitNord. Die vier kommunalen Krankenhäuser Bremens stehen vor großen Herausforderungen und Strukturveränderungen: private Investoren drängen in den Markt, neue Abrechnungssysteme (DRG) verstärken den Wettbewerb um Kostenreduzierung und die Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte hat zu einem Investitionsstau geführt. Die ASG hat in verschiedenen Sitzungen diesen Diskussionsprozess begleitet und am 25. 11 2005 eine öffentliche Podiumsdiskussion mit u.a. Staatssekretär Dr. Schulte-Sasse aus Berlin und Dr. Gerber vom Institut für Gesundheitsökonomie und klinische Epidemiologie in Köln sowie verschiedenen Teilnehmern aus der Bremer Gesundheitspolitik veranstaltet. Die Veranstaltung fand eine beachtliche fachliche Resonanz.

Die ASG wird sich in ihrer zukünftigen Arbeit neben der Befassung mit Sachthemen um vermehrte Aktivierung von Mitgliedern zu gesundheitspolitischen Themen kümmern. Für 2006 erwarten wir eine verstärkte bundespolitische Diskussion um Gesundheitsfragen im Rahmen der Reformbemühungen der neuen Bundesregierung. Wir werden die Bemühungen um eine Einführung der Bürgerversicherung auch weiter unterstützen.

Dr. Wolfram Seibert
1. Vorsitzender

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Der Bericht über die Arbeit der AfB im Zeitraum 2004/2005 bezieht sich schwerpunktmäßig auf die letzten 14 Monate, da die ordnungsgemäßen Neuwahlen erst im Oktober 2004 stattfanden und hier inhaltliche und personelle Veränderungen vorgenommen wurden. Orientierte sich zuvor die Arbeit der AfB in starkem Maße an der Linie des Hauses Senator für Bildung und wurde der eindeutige Schwerpunkt auf die innere Qualitätsdebatte im Bildungssystem gelegt, so definierte der neu gewählte, breit zusammengesetzte Vorstand sein Arbeitsvorhaben wie folgt:

- Verbreiterung der aktiven Basis im Bereich Bildungspolitik der Partei,
- Ansprechpartner zu sein für die Fragen und Probleme von Gruppen und Einrichtungen im Bildungssektor zur Diskussion und Erläuterung sozialdemokratischer Bildungspolitik,
- Ein weiterer kompetenter Ansprechpartner in Sachen Bildung für die Ortsvereine, Unterbezirke und den Landesvorstand zu sein,
- Die Bildungspolitik der Grossen Koalition kritisch zu begleiten mit dem Anspruch sozialdemokratische Konzepte anzubieten, diese in ständiger Diskussion weiterzuentwickeln und ihre Umsetzung im politischen Alltag zu verfolgen.

Spätestens seit PISA 1 und den Folgestudien ist die Notwendigkeit verstärkter Ressourceneinbringung und Verbesserung der Qualität auf allen Ebenen offensichtlich geworden. Nur die Schlüsse, die aus den jeweiligen Studien gezogen werden, sind unterschiedlich und oft durch die verbands- oder parteipolitische Brille gespiegelt. Gerade wir in Bremen mussten und müssen bei den PISA-Ergebnissen kräftig schlucken. Doch wie heißt es in einem Kommentar der FAZ: „Das auf Ranglisten fixierte Interesse der Öffentlichkeit führt zu einer fatalen Reduktion des Bildungsbegriffs“.

Unbestritten und durch neuere Studien untermauert ist, dass die Aufwendungen für Bildung in Deutschland im OECD-Vergleich unterdurchschnittlich sind, dass Selektionsmechanismen im deutschen Bildungswesen (bei aller Unterschiedlichkeit in den Bundesländern) zu einer Verfestigung der Chancenungleichheit hinsichtlich der Teilhabe an Bildung führen und dass vor allem Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund häufiger einen deutlich geringeren Schulabschluss erreichen (wenn überhaupt).

Für die AFB folgert daraus das Eintreten für eine möglichst lange gemeinsame Schulzeit der Kinder, in der gefördert und gefordert wird, auf die eine eher berufspraktische oder schulisch weiterqualifizierende Phase folgt, als auch das Eintreten für eine Qualitätsoffensive zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Schulen. Eine solche Orientierung ist angesichts der Realitäten und der zurzeit zur Verfügung gestellten materiellen Ressourcen nicht einfach und vielleicht mit Umwegen verbunden. Aber weil es um unsere Kinder geht, dürfen als richtig erkannte Ziele nicht aus dem Blickfeld geraten. Und vor allem muss es darum gehen, alle am Bildungsprozess beteiligten Gruppen in die Weiterentwicklungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit in 2005 waren:

- die Debatte um das neue Schul- und Schulverwaltungsgesetz,
- Auseinandersetzung mit den Beschlüssen des Koalitionsausschusses zum Bereich Bildung im Februar/März 2005,
- mögliche Angebotsstreichungen bzw. –kürzungen im Bereich des Zweiten Bildungsweges, bei Bildungsangeboten für benachteiligte Jugendliche und im Bereich der Weiterbildung,
- die Entwicklung im Bereich der Grundschulen.

Die Arbeit der AfB war so organisiert, dass der Vorstand mit Gästen parteiöffentlich monatlich (außer in den Schulferienmonaten) tagte, außerdem wurden zwei Mitgliederversammlungen durchgeführt, eine im April mit Willi Lemke und den Schwerpunkten Schulgesetze und Beschlüsse des Koalitionsausschusses, eine im November zu den Veränderungsprozessen im Grundschulbereich. Hierzu waren auch Sculleiter/-innen, Lehrer/-innen und Eltern aus den Grundschulen, was aufgrund der aktuellen Auseinandersetzung um die Notengebung zu einer Beteiligung von mehr als 80 Personen führte.

Die AfB hat an Beratungen des Landesvorstandes, des UB-Vorstandes, der Bürgerschaftsfraktion und der SPD-Bildungsdeputierten Teil genommen, vor allem in der Debatte um die Schulgesetze.

Die AfB war und ist bemüht in allen relevanten bildungspolitischen Foren innerhalb der Partei, aber gerade auch außerhalb als Ansprech- und Diskussionspartner angesehen zu werden, Forderungen aus diesem Bereich in die eigene Diskussion aufzunehmen und andererseits Zwänge der SPD angesichts der Haushaltslage und der bildungspolitischen Kompromisse gegenüber der CDU in der Großen Koalition zu transportieren.

Auf Bundesebene waren wir auf einer von zwei Bundesausschusssitzungen der AfB durch den Vorsitzenden vertreten.

Zu erwähnen ist, dass aufgrund der Entfernung und besonderer Problemlagen in Bremerhaven eine AfB arbeitet. Die Abstimmung und Zusammenarbeit läuft, kann und soll aber noch verbessert werden.

Hermann Tietke
Vorsitzender

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)

Auf der Jahreshauptversammlung am 14. April 2004 wurde der Vorstand neu gewählt. Er besteht seither aus folgenden Genossinnen und Genossen:

Vorsitzender:	Dr. Klaus-Dieter Schromek	
Beisitzer:	Dr. Jochen Bachmann	Lutz Bäckermann
	Wolfgang Grotheer	Dr. Andreas Mackeben
	Brigitte Melinkat	Dr. Alexander Pallas
	Anneke Schmidt-Wenkebach	Björn Tschöpe

Einen Schwerpunkt unseres Interesses im Sommer 2004 bildete die so genannte „Kopftuchdebatte“, mithin die Frage, ob es Frauen muslimischen Glaubens erlaubt sein soll, als Lehrerin oder sonstige Angehörige des öffentlichen Dienstes bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben Kopftücher zu tragen oder nicht. Als Beitrag zu dieser Diskussion mit ihren rechtlichen Implikationen haben wir am 19.08.2004 eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt. Das Podium war besetzt mit Dr. Dagmar Lill, Ausländerbeauftragte des Landes Bremen, Prof. Günter Pottschmidt, Präsident des Oberverwaltungsgerichtes a.D. und Brigitte Melinkat, Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau. Das starke Interesse an der Veranstaltung und die lebhafte Diskussion mit den TeilnehmerInnen unterstrich die erhebliche Bedeutung und starke emotionale Verwurzelung des Themas.

Am 27. Dezember 2004 wurde einem 35jährigen Mann aus Sierra Leone im Bremer Polizeipräsidium mittels einer Magensonde gewaltsam Brechmittel verabreicht. Er stand unter dem Verdacht, Drogen verschluckt zu haben. Am 07. Januar 2005 verstarb er an den Folgen des Brechmitteleinsatzes. Senator Röwekamp verteidigte und rechtfertige diese Maßnahme. Die ASJ hat in einer Presseerklärung am 10. Januar 2005 auf die medizinischen und die rechtlichen Bedenken gegen die Brechmittelvergabe unter Zwang hingewiesen und eine Beendigung dieser Praxis in Bremen und Bremerhaven eingefordert. Inzwischen finden derartige Maßnahmen in unserem Bundesland nicht mehr statt.

Im Rahmen unserer monatlich stattfindenden erweiterten Vorstandssitzungen haben wir uns mit zahlreichen weiteren Themen befasst. Zu nennen sind etwa die Fragen der Finanzverfassung und die Grundlagen und Aussichten einer neuen Klage Bremens vor dem Bundesverfassungsgericht. Prof. Matthias Stauch, Präsident des Oberverwaltungsgerichts Bremen, hat uns als intimer Kenner der Materie einen ausgezeichneten Überblick verschafft.

Die 76. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister am 29./30. Juni 2005 widmete sich der Großen Justizreform. Ihre Themen erstrecken sich von einer Vereinheitlichung der Gerichtsverfassung und Prozessordnungen, über Elemente der Förderung konsensualer Streitbeilegung bis hin zum Outsourcing von Aufgaben der Justiz. Der Vorstand hat sich von einem Vertreter des Senators für Justiz und Verfassung in den Sachstand einführen lassen und die The-

matik eingehend behandelt. Das Thema werden wir weiter begleiten, denn nach dem Koalitionsvertrag vom 11.11.2005 soll die Reform weiter betrieben werden.

Nach dem Koalitionsvertrag und dem Beschluss der Ministerpräsidenten aus dem Dezember 2005 steht die Reform unseres föderalen Systems ganz oben auf der politischen Agenda. Sie wird auch die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu ordnen und damit die Frage der Selbständigkeit Bremens im Kern berühren. Dem wollen wir uns im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung mit Volker Kröning am 31. Januar 2006 widmen.

Dr. Klaus-Dieter Schromek
Landesvorsitzender der ASJ

Landesarbeitsgemeinschaft Sport

Sport und Schulsport gut behauptet
„Das wichtige tun“, dieses Motto der Landesparteikonferenz vom 19.01.04 hat sich auch die LAG Sport zu Eigen gemacht und wichtige Reformen im Bremer Sport und Schulsport aktiv begleitet und mit auf den Weg gebracht.

Die Bedeutung des Sports und Schulsports für das Gemeinwohl ist in der SPD unstrittig. Die SPD in Bremen und Bremerhaven setzt sich für die Förderung und Absicherung des Breiten-, Freizeit- und Spitzensports ein und fördert die Rahmenbedingungen, um den Sportvereinen auch zukünftig gesicherte Perspektiven bieten zu können. Die Grundvoraussetzung für eine moderne Vereinsentwicklung sind verlässliche politische Rahmenbedingungen. Die Erhaltung der Übungsleiterpauschale konnte durch die SPD erneut abgesichert werden. Der Behindertensport wird durch den barrierefreien Bau von Sportstätten ebenfalls unterstützt.

Mit dem Sportförderungsgesetz und der Aufnahme des Sports als Staatsziel in der Bremer Landesverfassung ist die besondere Aufgabe des Sports nach wie vor dokumentiert. Auch der Bedeutung des Schulsports als staatlicher Auftrag wird in Bremen und Bremerhaven durch seine feste Verankerung im Rahmen der Stundentafeln Rechnung getragen.

Allerdings haben die letzten beiden Jahre auch gezeigt, dass es im Kampf um die knappen Ressourcen nicht genügt, lediglich auf die wichtigen Aufgaben von Vereins- und Schulsport zu verweisen, wenn nicht gleichsam die Qualität der Angebote ausgewiesen wird. Der Sport und Schulsport standen und stehen damit auf dem Prüfstand und vor neuen Anforderungen. Sowohl in der öffentlichen als auch politischen wie auch in der fachlichen Diskussion rückte die Frage der Qualitätsentwicklung im Sport und Schulsport immer mehr in den Mittelpunkt und bestimmte neben dem Sportentwicklungsplan entsprechend die Themenschwerpunkte der LAG Sport.

Die LAG Sport hat Fragen des derzeitigen Qualitätsniveaus und Möglichkeiten der Qualitätsentwicklung des Vereins- und Schulsports aufgegriffen und das 30. Sportforum zum Thema „Qualitätsmerkmale des Vereins- und Schulsports“ sehr erfolgreich am 5. Februar 2004 im KonferenzCentrum der Sparkasse in Bremen durchgeführt. Mehr als 180 TeilnehmerInnen aus den Sportvereinen und – verbänden, den Schulen, dem Landesinstitut für Schule, der Bremer Universität und der Politik nahmen an dieser Veranstaltung teil.

Nach der Eröffnung durch den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Jens Böhrnsen und dem Eröffnungsvortrag von Prof. Dr. Herbert Hartmann (Vizepräsident des DTB), diskutierten unter der Regie von Henry Vogt (Radio Bremen) Ingelore Rosenkötter (Präsidentin des LSB), Willi Lemke (Senator für Bildung und Wissenschaft), Tina Brinkmann (Vorsitzende der Bremer Sportjugend), Jürgen Pohlmann (Sprecher der Sportdeputation) und Fred Brauweiler (Vorsitzender der LAG Sport) mit den TeilnehmerInnen über Möglichkeiten und Grenzen der Qualitätsentwicklung im Vereins- und Schulsport.

In diese Richtung ging auch der Workshop des Landessportbundes Bremen zum Thema „Sport und Ökonomie im Bundesland Bremen – zum Wertschöpfungsbeitrag durch den Vereinssport“ in dem Prof. Dr. Rudolf Hickel vom IAW in einer fundierten wissenschaftlichen Untersuchung

die ökonomische Bedeutung der Sportvereine belegte, die im Landes Bremen jährliche Ausgaben in Höhe von ca. 112 Mio. € generieren. An dieser Fortbildungsveranstaltung nahmen die Mitglieder der LAG Sport ebenso aktiv teil, wie am Landessporttag des LSB am 30. Oktober 2004 in Vegesack und an der Zukunftswerkstatt des DSB „Sport gestaltet Zukunft mit den Menschen vor Ort“ am 2. und 3. Dezember 2004 im Congress Centrum Bremen.

Die LAG Sport begrüßte die Initiative der Europäische Union das Jahr 2004 zum „Jahr der Erziehung durch Sport“ zu erklären. Zu diesem Thema veranstaltete Karin Jöns eine Auftaktveranstaltung, an der sich die Mitglieder der LAG Sport ebenso beteiligten wie am Aufbau des Netzwerkes Sportpolitik des SPD Bundesvorstandes.

Reduziert man an dieser Stelle die Diskussionen aller o.g. Veranstaltungen auf das Grundsätzliche so lässt sich zusammenfassend sagen, dass nicht allein die Politik gefordert ist, den Sport entsprechend zu unterstützen, sondern auch der Sport selbst in der Pflicht ist, seine Stellung kritisch zu reflektieren und sich dem Sportbedarf entsprechend aufzustellen. Dafür müssen, so die LAG Sport, die VereinsvertreterInnen bereit sein, die eigenen Strukturen und Traditionen zu überdenken und Kooperationen und Synergieeffekte zu nutzen.

Entsprechend aufmerksam wurde von der LAG Sport die Diskussion um den neuen „Leitfaden für die Sportstättenentwicklungsplanung“ in Bremen begleitet , der u.a Grunddaten zum Sporttreiben der Bremer Bevölkerung aufweist und den damit verbundenen Sportstättenbedarf ermittelt hat.

Auf Einladung des Bremer Fußballverbandes diskutierte die LAG Sport mit Vertretern des BFV „Zur Situation des Fußballsports und Auswirkungen der Verringerung der Fußballfelder im Rahmen des Sportstätteleitplans“. Christian Hannig erläuterte als Mitglied der Kommission zunächst den Arbeitsauftrag zur Erstellung des Gesamtplans. Die gute Jugendarbeit in den Fußballvereinen wurde hervorgehoben und die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass während der Fußball WM 2006 in Deutschland, so Dieter Jerzewski (Präsident des Bremer Fußballverbandes), mehr Jugendliche einem Fußballverein beitreten. Inzwischen konnte in der Frage der Reduzierung der Spielfelder von Politik und Fußballverband Konsens erzielt werden. Die LAG Sport begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die entsprechenden Flächen zum größten Teil dem Sport erhalten bleiben und multifunktionale Kleinspielfelder (tlw. Kunstrasen) angelegt werden sollen. Damit konnte dem Sportförderungsgesetz entsprochen werden. Die LAG Sport unterstützt das Engagement, mehr Mädchen und Frauen für Fußball zu motivieren.

Vor ähnlichen Problemen wie der Fußball steht auch der Tennissport in Bremen. In einer gemeinsamen Sitzung mit Klaus Wedemeier (Vorsitzender des TV Werder) wurde deutlich herausgestellt, dass der Tennissport in Bremen einen drastischen Einbruch erlitten hat. Am Beispiel des Sportparks Schwachhausen mit dem Großverein Bremen 1860 wurde verdeutlicht, welches Potenzial die Kooperation verschiedener Sportvereine unter „einem Dach“ und damit auch für den TV Werder u.a. hat.

Dieses Potenzial hat auch der Sportpark Grambke. Die Mitglieder der LAG Sport haben sich auch hier „vor Ort“ informiert und unterstützen den unverzüglichen Weiterbau, der durch den Ortsamtleiter in Burglesum, Klaus Dieter Kück (SPD), bisher erfolgreich eingeleitet wurde. Diesbezüglich wurde der Sportsenator, Thomas Röwekamp (CDU), in einer Pressemitteilung

des WK vom 16. Juni „Sportpark fertigstellen“ von der LAG Sport aufgefordert, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. Die LAG Sport ist sich sicher, dass die Realisierung dieser Sportstätte mit Ruderregattastrecke einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Region leistet und als Ersatz für Bäderschließungen dienlich sein kann.

Die LAG Sport unterstützt die Initiative des Kreissportbundes Nord, auf dem Grundstück der ehemaligen Wilhelm-Kaisen-Kaserne die Halle mit Kleinspielfeld zu erhalten und zu sanieren.

Der Bremer Eishockey-Club (BEC) informierte die LAG Sport in einer Sitzung im „Paradise“ über die Situation des Eishockeysports in Bremen und würde gern die Bandenwerbung selbst regeln, um mit den Einnahmen mehr für den Nachwuchs tun zu können. Als ungünstig wurden auch die Hallenzeiten für Punktspiele angesehen, die meistens am Sonntag Abend durchgeführt werden müssen. Mit der Bremer Bäder GmbH soll darüber gesprochen werden.

Im Zusammenhang mit der Sportstättenentwicklung fordert die LAG Sport unverzüglich die Einrichtung eines zentralen Hallenmanagements, das die Vielfalt an „Unzuständigkeiten“ (GmbH’s) ablöst. Die LAG Sport erwartet unverzügliches Handeln damit Turnhallen, die von Schulschließungen bedroht sind, im Interesse des Sports und Schulsports weiter betrieben werden können. Die LAG Sport fordert hier eine schnelle Lösung durch den Senat.

Mehrere Sitzungen der LAG Sport beim Sportverein „Allgemeiner Sport-Club Bremer Firebirds von 1992 e.V.“ haben mit dazu beigetragen, dass die Spielfläche, die auch dem Schulsport im Bremer Osten zugute kommt, gesichert werden konnte und gratuliert zu den neuen Umkleidekabinen, die z.T. in Eigenarbeit gebaut wurden.

Bedauert hatte es die LAG Sport, dass das zunächst für 2006 geplante Deutsche Turnfest trotz guter Voraussetzungen abgesagt wurde und dann für 2009 keine finanziell darstellbare Grundlage vom Sportsenator geschaffen werden konnte. Leider blieb Bremen als Austragungsort für Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland unberücksichtigt.

Selbstverständlich haben wir Werder Bremen zum Double gratuliert.

Im Bereich des Schulsports informierte uns der Schulsportreferent Harald Wolf (S.f.B.u.W.) über die Situation des Schulsports und über Kooperationsformen von Schule und Verein.. Die LAG Sport verdeutlichte die Notwendigkeit von 3 Sportstunden im Grundschulbereich, die Berücksichtigung des Sports im Rahmen der Ganztagsschulen, eine entsprechende Koordinierung der Hallenzeiten und auch die Notwendigkeit des Berufsschulsports. Die LAG Sport unterstützt den Aufruf des DSB „Schulsport ist staatlicher Auftrag“ und nahm durch VertreterInnen auch am Runden Tisch Schulsport teil.

Leider blieb die Berliner Koalitionsvereinbarung vom 11.11.2005 weit hinter den Erwartungen auch im Bereich von Bewegung, Spiel und Sport zurück. Die LAG Sport beklagt, dass die neue Regierung die Chance vertan hat, im KOA Vertrag auf Bundesebene Impulse zu setzen. So beschränkte sich die Aussage im Bereich des Sports auf den „Goldenen Plan Ost“ für den Sportstättenbau. An anderer Stelle unter Kapitel VII. Lebenswertes Deutschland wird auf S.112 unter 1.3 „Gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ auf ernährungs- und bewegungsmangelbedingte Erkrankungen als gesamtgesellschaftliches Problem hingewiesen, die daraus resultierenden

Behandlungskosten beklagt und damit volkswirtschaftliches Problem dargestellt. Dieses Problem allein mit einer Verbesserung der Schulmilchversorgung aufzufangen, wie es die neue Bundesregierung formuliert hat, macht einmal mehr deutlich, dass Möglichkeiten der Prävention und sozialen Integration durch Sport und Schulsport durch die Koalitionäre nicht erkannt worden sind. Das führte zum heftigen Protest der Delegierten zumal auch eindeutige Positionen zum Doping und Behindertensport u.a. fehlen.

Last not least möchten wir die konstruktive Zusammenarbeit zwischen der LAG Sport und den Sportdeputierten der SPD hervorheben. Zusammen mit den Delegierten der Sport-AGs im UB Stadt und im UB Nord konnten aktuelle sportpolitische Themen in zahlreichen Vorstandssitzungen kompetent beraten und zu Empfehlungen ausgearbeitet werden. Einige weitere Aktivitäten sind den Berichten der AGs zu entnehmen.

Das 31. Sportforum ist in Vorbereitung und wird mit der Landesorganisation abgestimmt.
Der organisierte Sport stärkt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die SPD in Bremen berücksichtigt dessen Autonomie und das Prinzip der Subsidarität öffentlicher Sportförderung.

Fred Brauweiler
Vorsitzender der LAG Sport

Forum Eine Welt (Internationaler Ausschuss)

Das Forum Eine Welt Bremen (Internationaler Ausschuss) kann nicht ohne einen gewissen Stolz auf eine mehr als 30jährige Geschichte in der Bremer SPD zurückblicken. Parteiintern arbeiten wir seit jeher als Ausschuss für Internationale Angelegenheiten beim Landesvorstand der Bremer SPD oder – kurz und wenig präzise – „Auswärtiger Ausschuss". Wir haben uns zum Ziel gesetzt, internationale und entwicklungspolitische Fragen mit Vertretern der verschiedensten Gruppen der Zivilgesellschaft zu diskutieren, Handlungsfelder aufzuzeigen, Impulse und Anträge in die Gremien der Partei zu bringen, den Landesvorstand zu beraten und unsre Mandatsträger im Bundestag, im Senat und in der Bürgerschaft in den wichtigen Aufgaben und Fragestellungen einer nachhaltigen und sozialen Gestaltung des Globalisierungsprozesses in Bremen und darüber hinaus zu unterstützen.

Aber unser Forum soll auch ein Schaufenster internationaler Politik und Diskussion in Bremen sein. Dabei ist es Teil einer Reihe von Länderforen der SPD, die inzwischen zahlreich entstanden sind und deren Vertreter sich zweimal jährlich treffen, um die Arbeit und die Themen zu koordinieren. In Bremen wollen wir die anderen Foren der Landesorganisation über unsere Arbeit informieren, unsere Tätigkeiten abstimmen und zukünftig auch stärker zusammenarbeiten.

Wir möchten ein Diskussionsforum sein für interessierte Einzelpersonen und Initiativen des gesamten demokratischen Spektrums der Zivilgesellschaft, für alle, die gemeinsam mit uns unterwegs sind für mehr Frieden für Mensch und Natur, für Schutz vor Gewalt und Terror, für Beseitigung des Hungers und der weltweiten Armut und ihrer Ursachen, für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an bestmöglicher Bildung und am Zugang zur Informationsgesellschaft, für die Förderung der Gleichheit der Geschlechter, der Stärkung der Rolle der Frauen, der Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit und die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Seuchen und Krankheiten.

Diese Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) sollen zu einem wesentlichen Teil bis 2015 für die ärmsten Länder erreicht werden. Die ehemalige Rot/Grüne Regierung hat sich national und international stark engagiert, um dies zu voran zu bringen. Und es ist der SPD gelungen, die Zielvorgaben in die Koalitionsvereinbarungen der neuen Großen Koalition in Berlin einzubringen.

Dabei geht nicht nur um Geld. Entwicklungspolitik ist heute ein Gestaltungselement internationaler, globaler Politik. Es geht um faire internationale Handelsbedingungen, den Abbau von Subventionen, um die staatliche Kontrolle und den allgemeinen und gleich berechtigten Zugang zu öffentlichen Gütern der Daseinsvorsorge wie Wasser, Energie und Bildung und nicht zuletzt um faire Arbeitsmarktbedingungen und soziale Standards. Alles ist mit allem verbunden in einer Welt, die immer mehr von einander abhängig ist. Die Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel. Und wir wissen es – nur wenn wir im eigenen Land diese Ideale vertreten und ihnen auch vor der eigenen Haustür zur Geltung verhelfen, sind wir glaubwürdig.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Internationale Ausschuss im Berichtszeitraum mit folgenden Themen beschäftigt:

- Selbstverständnis und Organisationsweise des Forum Eine Welt Bremen
- „Nachdenken über Europa und die Sozialdemokratie“ mit Detlev Albers
- Zusatzprotokoll zur UN-Anti-Folter-Konvention und Bremer Umsetzung mit Jens Böhrnsen
- „Weltweit umkämpfter Rohstoff Wasser“ (Referent: Klaus von Freyhold)
- Härtefallkommission (wiederholte Anträge und Beschlussfassung des Landesparteitages auf unsere Initiative)
- Auswirkungen des neuen Zuwanderungsgesetzes auf die Situation von Migrantinnen und Migranten in Bremen mit Staatsrat Dr. Arnold Knigge und Britta Ratsch-Menke vom Ökumenischen Verein Ausländerarbeit e.V.
- Forum Eine Welt Bremen : Wahlkampfveranstaltung zur Entwicklungspolitik mit Walter Riester, Volker Kröning und Dr. Kerstin Kießler
- „Armenien – zum Umgang mit der Vergangenheit“ aus Sicht unserer türkischstämmigen Genossen – Referat von Mehmet Güven und Servet Olgun mit anschließender Diskussion
- Bericht der Izmir Delegation (Ali Hergüsen u.a.) über einen Besuch in der Partnerstadt Bremens und Diskussion über den Stand und die Möglichkeiten der Bremer Städtepartnerschaften mit Dr. Henning Scherf
- „Sicherheit versus Freiheit ?“ Deutsche und Europäische Sicherheitspolitik im Kreuzfeuer der Kritik (Veranstaltungen mit Reinhard Egge (Bundeswehr) und Manfred Mayer-Schwinkendorf)
- Diskussion über das BMZ-Strategiepapier „Ankerländer“
- hinzu kamen Berichte von den Bundesforen in Mainz und Berlin und aktuelle politische Diskussionen nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen und nach der Bundestagswahl sowie die Teilnahme am „Europapolitischen Stammtisch“ von Karin Jöns (MdEP).

Jan Holthuis,
Forum Eine Welt

Medienkommission - Medienpolitische Ratschlagrunde der Landesorganisation

Die Medienkommission setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- den sozialdemokratischen Mitgliedern des Parlamentsausschusses Informations-Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten,
- den sozialdemokratischen Mitgliedern des Rundfunk- und Verwaltungsrates von Radio Bremen,
- den sozialdemokratischen Mitgliedern der Landesmedienanstalt,
- und medienpolitisch Interessierten.

Ziel der Medienkommission war und ist es, die Gremienmitglieder über die jeweilige Vorbereitungen der Gremiensitzungen hinaus über medienpolitische Themen zu informieren.

So wurden in den zwei zurückliegenden Jahren folgende große Themen besprochen:

- die Zukunft des öffentlich rechtlichen Rundfunks,
- das neue Landesmediengesetz.

Zu diesen Themen standen den Mitgliedern neben Prof. Dr. Heinz Glässgen, Intendant von Radio Bremen, Reinhard Grätz, Rundfunkratsvorsitzender des WDR und Aufsichtsratvorsitzender der BAVARIA, auch Wolfgang Schneider Direktor der Landesmedienanstalt zur Verfügung.

Aktuell befasst sich die Medienkommission mit dem Entwurf des Arbeitspapiers der Medienkommission der Bundes „Zukunft der Dualen Medienordnung“.

Zusätzlich zu den Sitzungen der Medienkommission fanden vor den Sitzungen des Rundfunkrates Vorbesprechungen der sozialdemokratischen Mitglieder statt.

Frank Schildt
Medienpolitischer Sprecher
der SPD Bürgerschaftsfraktion

Uwe Parpart
stellv. Landesvorsitzender

Landesschiedskommission

Die Landeschiedskommission 2004/2005 setzte sich zusammen aus:

Dr. Hans-Christoph Hoppensack, Vorsitzender
Klaus Becké, stellvertretender Vorsitzender
Marcus Weber, stellvertretender Vorsitzender
Bernd Schlemmermeyer, Beisitzer
Carl Heinz Schmurr, Beisitzer
Brigitte Wilkens, Beisitzerin
Maurizio Agro, Beisitzer

Auch in der Wahlperiode 2004/2005 musste die Landesschiedskommission nicht in den ihr im Organisationsstatut und in der Schiedsordnung vorgegebenen Formen tätig werden. Das sagt noch nichts darüber aus, dass es keine Konflikte in der Partei gibt. Sie werden nur anders gelöst. Wie in den Vorjahren wurde der Vorsitzende dabei konsultiert und konnte Ratschläge geben, wie besonders einvernehmliche Lösungen möglich sein könnten.

Bei der Mitgliederbefragung vor der Wahl eines neuen Präsidenten des Senats haben Mitglieder der Landesschiedskommission die Wahlveranstaltungen, die Stimmabgabe und die Auszählung der Stimmen begleitet. Es gab keine Beanstandungen.

Dr. Hans-Christoph Hoppensack
Vorsitzender

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie im Land Bremen und der Nordwest-Region.

Das Wissenschaftsforum hat in den vergangenen zwei Jahren seine erfolgreiche Arbeit seit der Gründung 2002 fortgesetzt und dabei seine Strukturen (Vorstand und Projektgruppen) konsolidiert, die Zusammenarbeit mit den anderen regionalen Foren und dem Bundes-WF intensiviert und den Internet-Auftritt ausgeweitet.

Zum 1. Vorsitzenden wurde erneut Mario Domann-Käse gewählt. Inzwischen sind rund 90 an der Arbeit des WF Interessierte aus Bremen und Niedersachsen in den Verteiler aufgenommen worden.

Die wichtigsten in 2004 und 2005 diskutierten Themen waren die Fragen der Kooperation der Wissenschaftseinrichtungen, insbesondere der Universitäten in unserer Region sowie die Einführung von Studiengebühren in Niedersachsen und Studienkonten bzw. Langzeit-Studiengebühren und die sog. „Landeskinderregelung“ in Bremen.

Es wurde eine gut besuchte öffentliche Diskussionsveranstaltungen zum Thema „Perspektiven für den wissenschaftlichen Mittelbau“ durchgeführt. Zum Thema „Regionale Kooperation von Wissenschaftsinstitutionen und regional abgestimmte Wissenschaftspolitik“ hat der Vorstand des WF ein Positionspapier vorgelegt, das bereits intensiv mit VetreterInnen des SPD-Landesvorstands Bremen, mit GenossInnen aus der Wissenschaftsdeputation und dem Bremer Technologie-Beauftragten Prof. Jürgen Timm diskutiert wurde.

Dr. Mario Domann-Käse
1. Vorsitzender

Wirtschaftsforum Bremen / Nordwest e.V.

1. Der Vorstand:

Vorsitzender:	Klaus Wedemeier, Bürgermeister a. D.
Stellvertreter:	Levka Muratidis Andreas Kottisch, MdBB
Schriftführer:	Thomas Morgenstern
Schatzmeisterin:	Dagmar Geffken
Beisitzerinnen Beisitzer:	Wiebke Hamm Hansjörg Tröbner Dirk Schwampe Bülent Uzuner

2. Das Kuratorium:

Vorsitzender:	Prof. Dr. Rudolf Hickel
Beisitzer:	Detthold Aden Klaus Stapmans Prof. Dr. Detlev Albers

3. Veranstaltungen im Jahr 2004

11. März 2004,
Thema: Hafenpolitik in Nordwest - Deutschland

Hintergrundgespräch mit
Jürgen Holtermann, Geschäftsführer der bremenports GmbH & Co.KG
Helmut Werner, Geschäftsführer der JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft mbH, Wilhelmshaven

13. April 2004,
Thema: Agenda 2010

Hintergrundgespräch mit
Sigmar Gabriel, MdL, Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen,
Mitglied des SPD Parteivorstandes

27. Oktober 2004,
Thema: Hinterlandanbindung Deutscher Seehäfen- Straße Wasser Schiene-

öffentliche Veranstaltung gemeinsam mit dem Managerkreis Niedersachsen / Bremen der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. und dem Wirtschaftsverband Weser e.V.

Referenten:

Bürgermeister Dr. Henning Scherf	Präsident des Senats der Hansestadt Bremen
Kurt Bodewig, MdB	Bundesminister a. D. Vorsitzender Forum „Nachhaltigkeit und Mobilität“, SPD-Parteivorstand
Detthold Aden	Präsident Zentralverband der Deutschen Seehafenbetriebe – ZDS
Dr Karl F. Harms	Präsident der Oldenburgischen Industrie und Handelskammer
Prof. Dr. Heiner Hautau	Universität Hamburg
Christian Balke	Gesellschaft für angewandten Umweltschutz und Sicherheit im Seeverkehr (GAUSS)

4. November 2004,
Thema: Chancen eines Medienstandortes aus Sicht Radio Bremens

Hintergrundgespräch mit Dr Heinz Glässgen, Intendant von Radio Bremen

4. Veranstaltungen im Jahr 2005

21 . April 2005,
Thema: Uni Bremen – zwischen regionaler Verantwortung und internationalen Annforderungen

Hintergrundgespräch mit Prof. Dr. Wilfried Müller, Rektor der Universität Bremen

26. Mai 2005,
Firmenbesuch bei der Lloyd-Werft Bremerhaven

Gastgeber: Werner Lüken, Geschäftsführer der Lloyd-Werft GmbH

12. Juli 2005,
Thema: „Zukunft der sozialen Marktwirtschaft“

öffentliche Veranstaltung mit Franz Müntefering, MdB
Bundesminister a. D.
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

21. November 2005,
Firmenbesuch bei der Flughafen Bremen GmbH

Gastgeber: Prof. Manfred Ernst, Geschäftsführer der Flughafen Bremen GmbH

An den Hintergrundgesprächen und Firmenbesuchen nahmen stets mindestens 25, zum Teil auch mehr als 30 Personen teil. Die Grenze der Teilnehmerzahl von ca. 30 wurde fast immer ausgeschöpft.

Die öffentliche Veranstaltung zum Thema „ Hinterlandanbindung Deutscher Seehäfen-Straße Wasser Schiene-“ fand sehr großen Anklang in der Hafenverkehrswirtschaft der Länder Niedersachsen und Bremen, es konnten nahezu 200 Teilnehmerin und Teilnehmer begrüßt werden.

Die Veranstaltung mit Franz Müntefering am 12.Juli 2005 wurde noch zu einer Zeit geplant und abgesprochen, als von einer Neuwahl zum Deutschen Bundestag noch nicht die Rede war. Die circa 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung erlebten einen sehr authentischen Vorsitzenden Müntefering und nutzten nach der Veranstaltung noch in großer Zahl die Gelegenheit, mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages, der Bremischen Bürgerschaft und Mitgliedern der Parteivorstände im Lande Bremen diskutieren zu können. Franz Müntefering, der ebenfalls noch sehr lange nach der Veranstaltung zur Verfügung stand, war mit der Durchführung und dem Ablauf der Veranstaltung und den anschließenden Gesprächen äußerst zufrieden.

Klaus Wedemeier
Vorsitzender

Forum für Arbeit e.V.

Nach der Gründung im Jahr 2004 hat der Verein „Forum für Arbeit für das Land Bremen und die Nordwest-Region“e.V., wie wir uns vollständig nennen damit begonnen, die Vereinsarbeit zu aktivieren.

Dazu gehört insbesondere die Programmarbeit, für die nach der Vorstellung der Mitglieder der Beirat die Grundlagen erarbeiten soll. Dem Beirat gehören hochkarätige Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und gesellschaftlich relevanten Organisation an, die alle eins eint: Der Wunsch, dass die Schaffung von Arbeit und Arbeitsplätzen wieder in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion gerückt wird, und nicht mehr der soziale Rückschritt als einzig selig machender „Fortschritt“ dargestellt wird.

Unter Führung von Heinz Brandt, Mitglied der Gruppengeschäftsführung der EUROGATE GmbH, hat dieses Gremium mit der Arbeit begonnen. Dabei wurde zuerst in einer intensiven Diskussion am Selbstverständnis des Beirats gefeilt und danach mit der inhaltlichen Arbeit begonnen.

Als wichtige Eckpunkte wurden die soziale Verantwortung der Unternehmen und das zentrale Thema „Qualifizierung“ für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort mit neuen Arbeitsplätzen identifiziert. Dazu wurde das Gespräch mit dem regionalen Geschäftsführer der Bundesagentur für Arbeit, Herrn Stern, geführt. Als nächstes steht das gleiche Thema im Gespräch mit dem Präses der Handelskammer an.

Der Vorstand wird im kommenden Jahr vor allem die Probleme mit den Behörden anpacken und es stehen mindestens zwei öffentliche Veranstaltungen auf der Agenda. Danach wird man sehen, ob es gelungen ist, sich in der politischen Landschaft zu etablieren.

Ein erster wichtiger Schritt ist bereits vollzogen. Es ist dem Vorstand nämlich gelungen, mit der Europäischen Akademie für umweltorientierten Verkehr (EVA GmbH) aus Berlin eine Kooperation einzugehen. Daraufhin hat die EVA ein Regionalbüro in Bremen eröffnet und im nächsten Jahr wird gemeinsam mit dem Forum ein Modellprojekt für eine Qualifizierung von Arbeitnehmern starten, an deren Ende ein „Zertifikat für Europakompetenz“ stehen soll. Diese Qualifizierung ist gerade für den Logistikstandort Bremen/Bremerhaven und die Region von enormer Bedeutung, wenn es darum geht im harten Wettbewerb der europäischen Häfen zu bestehen.

Organe des Vereins:

Vorstand:	Vorsitzender:	Peter Nowack
	Stellvertreter:	Prof. Dr. Detlev Albers
		Hubert Resch
	Kassierer:	Hartmut Krenzer

	Schriftführer:	Uwe Besing
	Beisitzer:	Angelo Caragiuli
		Ekkehard Grimm
Beirat:	Sprecher:	Heinz Brandt, Arbeitsdirektor EUROGATE
	Mitglieder:	Holger Wohlleben, Arbeitsdirektor BLG Logistics Group
		Lothar Zweiniger, Arbeitsdirektor Bremer Straßenbahn AG
		Uwe Schmidt, Arbeitsdirektor arcelor Stahlwerke Bremen
		Dr. Katja Barloschky, Geschäftsführerin BAgIS
		Dr. Hans-L. Endl, Geschäftsführer Arbeitnehmerkammer
		Hannes Driemel, Präsident der Arbeitnehmerkammer
		Helga Ziegert, Vorsitzende DGB – Region
		Dieter Reinken, Bevollmächtigter IG Metall Bremen
		Wolfgang Schäfer, Bezirksgeschäftsführer ver.di
		Michael Breidbach, BR-Vorsitzender Stahlwerke
		Uwe Werner, stv. BR-Vorsitzender DaimlerChrysler AG
		Hartmut Mekelburg, Vorstandsmitglied BLG
		Stefan Janssen, BR IG BAU
		Dr. Arnold Knigge, Staatsrat
		Prof. Dr. Wolfgang Däubler
		Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Universität Hamburg
		Prof. Dr. Eva Senghaas-Knobloch, Universität Bremen
		Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Akademie für Arbeit
		Dr. Carsten Sieling, SPD-Landesvorsitzender

Peter Nowack
Vorsitzender

Anhang

Übersicht der Beschlüsse der Landesparteitage 2004-2005 sowie wichtiger Beschlüsse des Landesvorstandes ..... **Seite 89**

Wahlergebnisse ..... **Seite 101**

Statistik und Grafiken zur Mitgliederentwicklung ..... **Seite 107**

Notizen

Beschlüsse des Landesparteitags und wichtige Beschlüsse des Landesvorstandes

Landesparteitag, 20. März 2004		
Beschluss	Antragsteller	Titel
001	UB Bremen-Stadt	Grundwerte der SPD Erledigungsvermerk: An Bundes-Programmkommission überwiesen.
002	Landesvorstand	Organisationsreform Erledigungsvermerk: Schwerpunktsetzung auf Mitgliedergewinnung und –betreuung, Anpassung der Organisationsstruktur muss weiter diskutiert und bearbeitet werden.
003	UB Bremen-Stadt, AfA	Ausbildungsplatzabgabe Erledigungsvermerk: An PV und Bundestagsfraktion weitergeleitet. Berufsausbildungssicherungsgesetz v. 7. Mai 2004, Ausbildungspakt.
005	UB Bremen-Stadt	Einführung einer Besteuerung von Flugbenzin Erledigungsvermerk: SPD-Bundestagsfraktion setzt sich auf europäischer Ebene für Kerosinbesteuerung ein.
006	UB Bremen-Stadt	Steuerrecht Erledigungsvermerk: Anerkennung von Betreuungskosten steht auf der Agenda von Bundestagsfraktion und Bundesregierung.

007	UB Bremen-Stadt	Tankersicherheit verbessern durch Doppelhüllentanker Erledigungsvermerk: Bis 2008 Einführung einer generellen Doppelhüllenpflicht bei Schweröltransport für alle Schiffsgrößen.
008	UB Bremen-Stadt	Für Kleinlaster Geschwindigkeitsbegrenzung Erledigungsvermerk: Tempolimit konnte auf Verkehrsministerkonferenz nicht durchgesetzt werden, stattdessen verstärkte Überwachung streckenbezogener Geschwindigkeitsbegrenzungen in Baustellenbereichen und Unfallschwerpunkten. Aufforderung an die Automobilindustrie, technische Sicherheitsstandards zu erweitern.
010	Jusos	Keine Eliteuniversitäten Erledigungsvermerk: An PV und Bundestagsfraktion weitergeleitet. Exzellenzinitiative mit 1,9 Mrd. Euro für Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und universitäre Spitzenforschung in BLK vereinbart.
011	UB Bremen-Stadt, AfA	Innovationszone – Bürokratieabbau Erledigungsvermerk: Zahl der Betriebsprüfungen soll laut Koalitionsbeschluss erhöht werden; parlamentarische Initiative der Fraktionsarbeitsgruppe Einnahmeverbesserung derzeit in Abstimmung; Bremen ist Testregion für Einführung der elektr. Gesundheitskarte.
012	UB Bremen-Stadt, AfA	Resolution zum Bremischen Vergabegesetz Erledigungsvermerk: Bisher keine Einigung mit CDU über Novellierung des Vergabegesetzes; Einführung eines „Unzuverlässigkeitsregisters“, Tarifregister, Verpflichtung von Bietern zur Tariftreue, Erhöhung der Zahl von Baustellenkontrollen.

013	UB Bremen-Stadt	Absolute Mehrheit muss absolute Mehrheit bleiben! Erledigungsvermerk: Kleine Anfrage hat ergeben, dass auch mit Rückumstellung auf Hare/Niemeyer absolute Gleichheit des Erfolgswertes der Stimmen nicht erreicht werden kann. Darüber hinaus keine Bereitschaft bei der CDU, Wahlgesetz und Beiratsrechte zu novellieren.
014	UB Bremen-Stadt	Kein weiterer Stellenabbau bei den Ortsämtern Erledigungsvermerk: Bis 2004 Herausnahme aus PEP-Quote, danach Sicherstellung der Einsparungen durch Effizienzsteigerung und Haushaltsbeschlüsse.
015	UB Bremen-Stadt	Baumschutz verbessern – Baumschutzverordnung ändern Erledigungsvermerk: Novellierung der Baumschutzverordnung beschlossen am 30.09.2004
016	UB Bremen-Stadt	Waldschutzgesetz Erledigungsvermerk: Beschluss Waldschutzgesetz im Mai 2005.
019	UB Bremen-Nord	Verbrennung von Sondermüll Erledigungsvermerk: Umsetzung des Beschlusses durch Einsetzung eines runden Tisches („Emmissionskommission“) durch den Senator für Umwelt und Energie.

020	UB Bremen-Nord	Kulturlandschaft in Bremen-Nord Erledigungsvermerk: Befassung eines Kulturkonzeptes für Bremen-Nord steht regelmäßig auf der Tagesordnung der Kulturdeputation und wird immer wieder ausgesetzt.
021	UB Bremen-Stadt, AG 60plus	Umwidmung ... leer stehender Bürokomplexe ... Erledigungsvermerk: Erstellung eines Gutachtens im Rahmen des Programms „Wohnen an Wall und Weser“. Gute Rahmenbedingen für Umwidmung von Büroflächen in Wohnraum, bestimmend ist die Bereitschaft der privaten Eigentümer und die entsprechende Nachfrage.
022	UB Bremen-Stadt, AG 60plus	Verlegung des Busbahnhofs am Breitenweg ... Erledigungsvermerk: Suche nach alternativem Standort durch SPD-Fraktionsmitglieder bisher ohne Ergebnis. Bauverwaltung hat den Auftrag zur Überprüfung der Aufwertung des Standortes Breitenweg. Keine Bereitschaft der Busunternehmen zu finanzieller Beteiligung an Maßnahmen.
023	OV Schwachhausen Süd-Ost	(Partei-)politische Bildungsarbeit Erledigungsvermerk: Bildungsarbeit der Landespartei wurde neu strukturiert. Es findet eine breite Kommunikation an die jeweiligen Zielgruppen statt.
025	Landesvorstand, Forum Internationale Politik	Sofortige Freilassung von John Agbolete Erledigungsvermerk: Herr Agbolete ist seit dem 14.04.2004 durch Heirat mit deutscher Staatsbürgerin nicht mehr von Abschiebung bedroht. Einigung mit CDU über Einsetzung einer Härtefallkommission Ende 2005.

Landesparteitag, 4. September 2004		
Beschluss	Antragsteller	Titel
018	UB Bremen-Nord	Keine Kopftücher und andere religiöse Symbole in bremischen Schulen Erledigungsvermerk: Gesetzesbeschluss durch Bremische Bürgerschaft erfolgt.
027	Landesvorstand, AK Agenda 2010	Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung Erledigungsvermerk: Vorhaben der Bürgerversicherung wurde in das Wahlmanifest der SPD zur Bundestagswahl 2005 aufgenommen. Gesundheitsreform wurde im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU ausgeklammert. Zukunft der Kranken- und Pflegeversicherung steht auf der Agenda von Bundestagsfraktion und Bundesregierung.
029	ASF	Arbeitsmarktpolitische Programme für Frauen Erledigungsvermerk: Erledigungsvermerk bei Fraktion angefordert.
030	OV Peterswerder-Steintor	Für politische Korrekturen bei den Reformen des Arbeitsmarktes und der Sozialhilfe Erledigungsvermerk: An PV, Bundestagsfraktion, sozialdemokratische Senatsmitglieder und Bürgerschaftsfraktion weitergeleitet.
031	OV Peterswerder-Steintor	Sozialen Frieden in der Stadt erhalten Erledigungsvermerk: An sozialdemokratische Mitglieder des Senats und Bürgerschaftsfraktion weitergeleitet.

033	OV Garten-stadt-Vahr	Gemeinnützige Beschäftigungsprogramme Erledigungsvermerk: EV bei Fraktion angefordert (2x)
034	OV Garten-stadt-Vahr	Erarbeitung eines Regelwerkes für Härtefälle Erledigungsvermerk: An PV, Bundestagsfraktion, sozialdemokratische Senatsmitglieder und Bürgerschaftsfraktion weitergeleitet. In die Diskussion zum Wahlmaifest und zum Koalitionsvertrag eingebracht.
036	AfA	Subventionen Erledigungsvermerk: Ist Gesetzeslage.
I-038	AfA	Beibehaltung der paritätischen Finanzierung des Zahnersatzes Erledigungsvermerk: An PV und Bundestagsfraktion weitergeleitet. Zum 1. Januar 2005 Inkrafttreten der veränderten paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Senkung der Beitragssätze um 0,9 Prozent, Sonderbeitrag für Versicherte von 0,9 Prozent des Einkommens. Umstellung der Leistungen für Zahnersatz auf Festzuschüsse.
R-001	Landesvorstand	Solidarpakt Erledigungsvermerk: Verhandlungen zum Solidarpakt und zur Übernahme des neuen Tarifvertrages sind noch nicht abgeschlossen. Fraktion hat sich für Übernahme ausgesprochen. Präsident des Senats strebt einheitlichen Tarifvertrag für alle Länder an und will über mögliche Öffnungsklauseln für Notlageländer mit Gewerkschaften verhandeln.

Landesvorstand, 1. Oktober 2004		
		Titel
		Folter bekämpfen - Zusatzprotokoll zur UN-Anti-Folter-Konvention ratifizieren Erledigungsvermerk: Große Anfrage, Mai 2005: Bremen und die Mehrheit der Länder wollen gemäß Vorschlag des BMJ eine gemeinsame Kommission einsetzen. Da Zustimmung von Sachsen und Sachsen-Anhalt fehlt, hat der Bund die UN-Anti-Folter-Konvention noch nicht unterzeichnet. Eine Möglichkeit, die Einrichtung des Gremiums voranzubringen, ist für den Bremer Senat derzeit nicht ersichtlich. Erfüllung der Kontrollaufgaben bis auf weiteres durch bestehende Instrumente.
		Bildungsinfrastrukturgesellschaft muss Bildung weiterhin als öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten Erledigungsvermerk: Berücksichtigung des Beschlusses. Zukunft der Gesellschaft fraglich.
Landesvorstand, 28./29. Januar 2005		
		Titel
		Reform des Schulgesetzes und des Schulverwaltungsgesetzes Erledigungsvermerk: Beschluss durch Bürgerschaft im Juni 2005.
		Konsolidieren – Schwerpunkte setzen – Landespolitik neu bestimmen Erledigungsvermerk: Ist Politik von Partei, Bürgerschaftsfraktion und sozialdemokratischen Mitgliedern des Senats.

Landesvorstand, 11. Februar 2005		
		Titel
		Bremische Gesellschaften Erledigungsvermerk: Verschmelzung von BIG und Tochtergesellschaften zu einer Gesellschaft ab 1.1.2006; Koalitionsbeschluss zur Neustrukturierung des Liegenschaftswesens; Einrichtung eines Parlamentsausschusses „Beteiligungsmanagement“ zur Verbesserung der Kontrolle der bremischen Gesellschaften.
Landesparteitag, 16. März 2005		
Beschluss	Antragsteller	Titel
A 1	Landesvorstand	Landespolitik neu bestimmen – soziale Verantwortung wahrnehmen Erledigungsvermerk: Wichtigste Punkte: Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige bis 2010 auf 20 Prozent; GEWOBA-Anteile bleiben mehrheitlich im öffentlichen Besitz.
A4	Jusos	Lehr- und Lernmittelfreiheit erhalten! Erledigungsvermerk: Prüfauftrag des Koalitionsausschusses noch nicht abgeschlossen.
A 5	Jusos	Keine weiteren Kürzungen bei Kinder- und Jugendverbänden! Erledigungsvermerk: Sicherung der Mittel für Haushalt 2004/2005, für 2006/2007 wird ebenfalls eine bedarfsgerechte Mittelausstattung angestrebt.

A 6	Jusos	Qualität im Kita-Bereich erhalten Erledigungsvermerk: Beschluss des Senats vom 12.04.2005 soll gegenwärtige Qualitäts- und Versorgungsstandards sicherstellen.
A 7	ASF	Wir schaffen Platz für Kinder - Kinderbetreuung bedarfsorientiert weiterentwickeln Erledigungsvermerk: Siehe A 1.
A 8	AfA	Tarifvertrag im öffentlichen Dienst Erledigungsvermerk: Siehe Solidarpakt (R-001, LPT 04.09.2004)
A 9	Landesvorstand	Initiative für kulturelle Bildung starten Erledigungsvermerk: Noch keine vollständige Umsetzung des Beschlusses; wird weiter verfolgt. Im Bereich Kultur wurden 500.000 € aus Kulturhauptstadtmitteln nicht verfügt, eine neue Disposition müsste gemäß der Beschlusslage zur Überführung an Schulbibliotheken getroffen werden.
A 10	LAG Sport, Forum Eine Welt	Aufenthaltsstatus und Bildungsanspruch Erledigungsvermerk: Die Situation von jugendlichen Migrantinnen und Migranten, die ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, wird von der Fraktion stets mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Neben öffentlichkeitswirksamen (und –schaffenden) parlamentarischen Initiativen etwa zur Lage junger Mädchen mit türkisch/libanesischem Hintergrund sind immer wieder Bemühungen im Einzelfall zu ergreifen – und mit Erfolg ergriffen worden. Oftmals muss die Öffentlichkeit im Einzelfall aber auch gemieden werden, um den Verhandlungserfolg mit den Behörden nicht zu gefährden. Ab-

		schiebegewahrsam wird an jugendlichen Migrantinnen und Migranten nicht vollstreckt. Die Einsetzung einer Härtefallkommission wurde mittlerweile beschlossen, beider Zusammensetzung wurde mit der CDU ein Kompromiss erzielt.
Landesvorstand, 27. Mai 2005		
		Titel
		Profil schärfen: Sozialdemokratische Politik für mehr Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit Erledigungsvermerk: Wahlmanifest wurde am 4. Juli 2005 beschlossen. Die SPD wurde bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 mit 34,2 Prozent stärkste Partei.
Landesparteitag, 28. September 2005		
Beschluss	Antragsteller	Titel
A 12	Jusos	Koalitionsverhandlungen – Der Mut ist links Erledigungsvermerk: Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU wurde am 14. November 2005 vom Bundesparteitag beschlossen.
A 13		Koalitionsverhandlungen – Für einen starken sozialen Staat streiten. Erledigungsvermerk: Siehe A 12.
A 14		Umzüge für ALGII-Empfänger/innen mit Augenmaß durchführen Erledigungsvermerk: Beschluss der Deputationen für Soziales (...) sowie Bau und Verkehr sowie Verwaltungsanweisung zu § 22 SGB II erfüllt den Parteitagsbeschluss.

Landesvorstand, 30. September 2005		
		Titel
		Durchführung einer Mitgliederbefragung zur Nachfolge von Bürgermeister Henning Scherf Erledigungsvermerk: Mitgliederbefragung hat im Oktober 2005 stattgefunden, die Hälfte der Mitglieder hat sich beteiligt und mit großer Mehrheit (72 Prozent) für Jens Böhrnsen gestimmt, der am 19. Oktober vom Landesparteitag nominiert und am 8. November 2005 von der Bremischen Bürgerschaft zum Nachfolger Henning Scherfs im Amt des Bürgermeisters gewählt wurde.

Stand: 24. Januar 2006

Notizen

Europawahl 2004 - Land Bremen

Land Bremen	Europawahl 2004		Europawahl 1999		Veränderungen 2004 zu 1999	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	181.108	37,31	215.407	43,80	-34.299	-6,49
SPD	54.395	30,47	93.567	43,71	-39.172	-13,24
CDU	49.915	27,96	74.433	34,77	-24.518	-6,81
Grüne	39.814	22,30	26.172	12,23	13.642	10,07
FDP	11.260	6,31	6.166	2,88	5.094	3,43
PDS	6.627	3,71	5.576	2,60	1.051	1,11
REP	1.562	0,87	1.710	0,80	-148	0,07

Europawahl 2004 - Stadt Bremen

Stadt Bremen	Europawahl 2004		Europawahl 1999		Veränderungen 2004 zu 1999	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	152.371	38,17	179.288	44,65	-26.917	-6,48
SPD	44.810	29,81	76.275	42,80	-31.465	-12,99
CDU	41.300	27,47	61.786	34,67	-20.486	-7,20
Grüne	36.105	24,02	23.538	13,21	12.567	10,81
FDP	9.292	6,18	5.044	2,83	4.248	3,35
PDS	5.816	3,87	4.954	2,78	862	1,09
REP	1.251	0,83	1.307	0,73	-56	0,10

Europawahl 2004 - Stadt Bremerhaven

Stadt Bremerhaven	Europawahl 2004		Europawahl 1999		Veränderungen 2004 zu 1999	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	28.737	33,31	36.119	40,00	-7.382	-6,69
SPD	9.585	33,99	17.292	48,22	-7.707	-14,23
CDU	8.615	30,55	12.647	35,27	-4.032	-4,72
Grüne	3.709	13,15	2.634	7,35	1.075	5,80
FDP	1.968	6,98	1.122	3,13	846	3,85
PDS	811	2,88	622	1,73	189	1,15
REP	311	1,10	403	1,12	-92	-0,02

Bundestagswahl 2005 - Erststimmen: Land Bremen

Land Bremen	Bundestagswahl 2005		Bundestagswahl 2002		Veränderungen 2005 zu 2002	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	367.282	75,5	382.009	78,85	-14.727	-3,35
SPD	184.817	51,13	205.852	54,51	-21.035	-3,38
CDU	96.120	26,59	97.455	25,81	-1.335	0,78
Grüne	35.147	9,72	38.638	10,23	-3.491	-0,51
FDP	13.514	3,74	18.073	4,79	-4.559	-1,05
PDS	25.658	7,10	7.062	1,87	18.596	5,23
NPD	5.513	1,53	1.279	0,34	4.234	1,19
Einzelbewerber	681	0,19	x	x	x	x

Bundestagswahl 2005 - Erststimmen: Stadt Bremen

Stadt Bremen	Bundestagswahl 2005		Bundestagswahl 2002		Veränderungen 2005 zu 2002	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	305.260	76,21	316.290	79,61	-11.030	-3,40
SPD	151.852	50,51	168.782	53,96	-16.930	-3,45
CDU	79.498	26,44	80.075	25,60	-577	0,84
Grüne	32.140	10,69	34.763	11,11	-2.623	-0,42
FDP	11.077	3,68	14.997	4,79	-3.920	-1,11
PDS	21.398	7,12	6.237	1,99	15.161	5,13
NPD	4.240	1,41	800	0,26	3.440	1,15
Einzelbewerber	451	0,42	6.017	1,92	x	x

Bundestagswahl 2005 - Erststimmen: Stadt Bremerhaven

Stadt Bremerhaven	Bundestagswahl 2005		Bundestagswahl 2002		Veränderungen 2005 zu 2002	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	62.022	72,18	65.719	75,36	-3.697	-3,18
SPD	32.965	54,22	37.070	57,18	-4.105	-2,96
CDU	16.622	27,34	17.380	26,81	-758	0,53
Grüne	3.007	4,95	3.875	5,98	-868	-1,03
FDP	2.437	4,01	3.076	4,74	-639	-0,73
PDS	4.260	7,01	825	1,27	3.435	5,74
NPD	1.273	2,09	479	0,74	794	1,35
Einzelbewerber	230	0,38	x	x	x	x

Bundestagswahl 2005 - Zweitstimmen: Land Bremen

Land Bremen	Bundestagswahl 2005		Bundestagswahl 2002		Veränderungen 2005 zu 2002	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	367.282	75,5	382.009	78,85	-14.727	-3,35
SPD	155.366	42,93	183.368	48,56	-28.002	-5,63
CDU	82.389	22,76	92.774	24,57	-10.385	-1,81
Grüne	51.600	14,26	56.632	15,00	-5.032	-0,74
FDP	29.329	8,10	25.306	6,70	4.023	1,40
PDS	30.570	8,45	8.443	2,24	22.127	6,21
GRAUE	3.847	1,06	1.954	0,52	1.893	0,54
NPD	5.341	1,48	1.801	0,48	3.540	1,00
Sonstige	3.479	0,95	x	x	x	x

Bundestagswahl 2005 - Zweitstimmen: Stadt Bremen

Stadt Bremen	Bundestagswahl 2005		Bundestagswahl 2002		Veränderungen 2005 zu 2002	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	305.260	76,21	316.290	79,61	-11.030	-3,40
SPD	126.628	42,06	149.320	47,73	-22.692	-5,67
CDU	67.947	22,57	75.983	24,29	-8.036	-1,72
Grüne	45.792	15,21	50.042	16,00	-4.250	-0,79
FDP	24.729	8,21	21.307	6,81	3.422	1,40
PDS	25.959	8,62	7.464	2,39	18.495	6,23
GRAUE	3.088	1,03	1.583	0,51	1.505	0,52
NPD	4.121	1,37	1.372	0,44	2.749	0,93
Sonstige	2.822	0,92	x	x	x	x

Bundestagswahl 2005 - Zweitstimmen: Stadt Bremerhaven

Stadt Bremerhaven	Bundestagswahl 2005		Bundestagswahl 2002		Veränderungen 2005 zu 2002	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	62.022	72,18	65.719	75,36	-3.697	-3,18
SPD	28.738	47,24	34.048	52,57	-5.310	-5,33
CDU	14.442	23,74	16.791	25,92	-2.349	-2,18
Grüne	5.808	9,55	6.590	10,17	-782	-0,62
FDP	4.600	7,56	3.999	6,17	601	1,39
PDS	4.611	7,58	979	1,51	3.632	6,07
GRAUE	759	1,25	371	0,57	388	0,68
NPD	1.220	2,01	429	0,66	791	1,35
Sonstige	657	1,06	x	x	x	x

Bundestagswahl 2005 - Erststimmen: Wahlkreise

	Wahlkreis 54 Bremen I		Wahlkreis 55 Bremen II - Bremerhaven		Land Bremen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	196.547	77,73	170.735	73,08	367.282	75,50
SPD	Volker Kröning		Uwe Beckmeyer			
	93.663	48,34	91.154	54,35	184.817	51,13
CDU	Bernd Neumann		Bernd Ravens			
	54.538	28,15	41.582	24,80	96.120	26,59
Grüne	Marieluise Beck		Klaus-Dieter Möhle			
	23.445	12,10	11.702	6,98	35.147	9,72
FDP	Dr. Magnus Buhlert		Oliver Möllenstädt			
	7.198	3,72	6.316	3,77	13.514	3,74
PDS	Dr. Axel Troost		Günter Matthiessen			
	12.701	6,56	12.957	7,73	25.658	7,10
NPD	Sven Buttgereit		Horst Görmann			
	2.203	1,14	3.310	1,97	5.513	1,53
Einzelbewerber	x		Hans Köppen			
	x	x	681	0,41	681	0,19

Bundestagswahl 2005 - Zweitstimmen: Wahlkreise

	Wahlkreis 54 Bremen I		Wahlkreis 55 Bremen II - Bremerhaven		Land Bremen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	196.547	77,73	170.735	73,08	367.282	75,50
SPD	77.039	39,69	78.327	46,67	155.366	42,93
CDU	46.223	23,82	36.166	21,55	82.389	22,76
Grüne	32.198	16,59	19.402	11,56	51.600	14,26
FDP	17.186	8,86	12.143	7,23	29.329	8,10
PDS	15.817	8,15	14.753	8,79	30.570	8,45
GRAUE	1.804	0,93	2.043	1,22	3.847	1,06
NPD	2.085	1,07	3.256	1,94	5.341	1,48
Die Frauen	661	0,34	791	0,47	1.452	0,40
MLDP	168	0,09	115	0,07	283	0,08
PBC	614	0,32	469	0,28	1.083	0,30
Pro DM	286	0,15	375	0,22	661	0,18

Notizen

Notizen

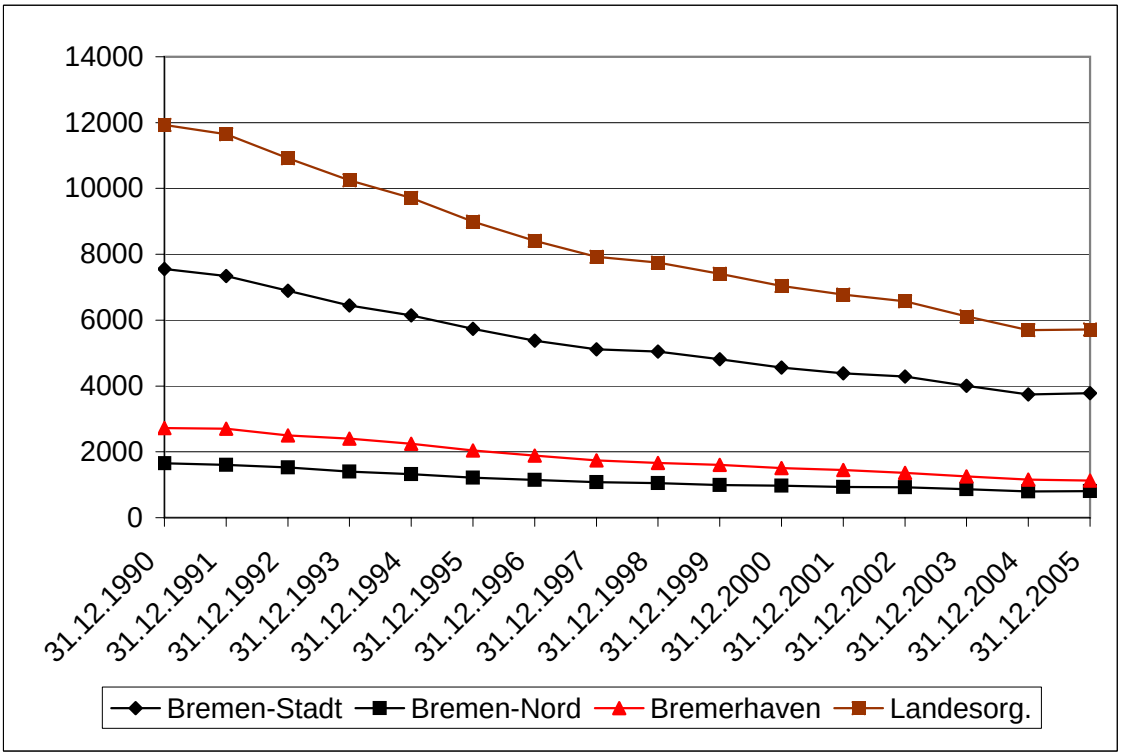
Mitgliederentwicklung

SPD-Landesorganisation Bremen 1990 bis 2005

Jahr	Bremen-Stadt	Bremen-Nord	Bremerhaven	Landesorg.	Bundeszahlen
31.12.1990	7559	1650	2725	11934	919129
31.12.1991	7337	1607	2701	11645	919871
31.12.1992	6897	1525	2495	10917	885958
31.12.1993	6443	1404	2398	10245	861480
31.12.1994	6143	1326	2243	9712	849374
31.12.1995	5740	1211	2042	8993	817650
31.12.1996	5379	1144	1884	8407	792773
31.12.1997	5116	1075	1736	7927	776183
31.12.1998	5043	1047	1662	7752	775036
31.12.1999	4808	995	1608	7411	755066
31.12.2000	4563	973	1504	7040	734667
31.12.2001	4388	938	1450	6776	717513
31.12.2002	4285	920	1365	6570	693894
31.12.2003	4001	861	1254	6116	661278
31.12.2004	3745	797	1155	5697	605807
31.12.2005	3785	808	1126	5719	590485

Mitgliederentwicklung

SPD-Landesorganisation Bremen 1990 bis 2005



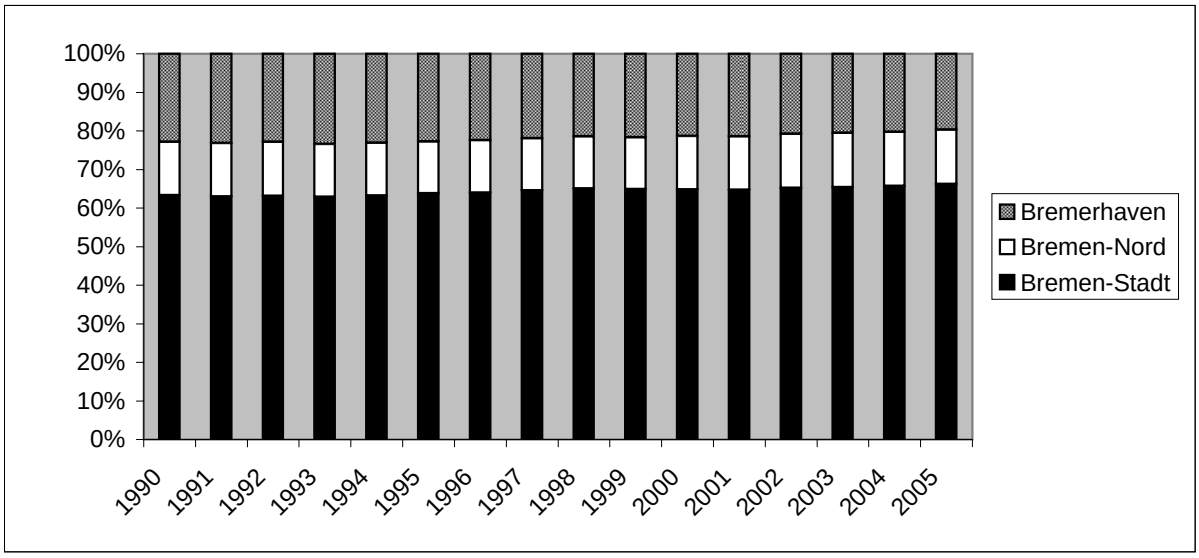
Mitgliederentwicklung

Anteile der Unterbezirke an der Landesorganisation 1990 bis 2005 (jeweils 31.12.)

	Bremen-Stadt	Bremen-Nord	Bremerhaven
1990	63,34%	13,83%	22,83%
1991	63,01%	13,80%	23,19%
1992	63,18%	13,97%	22,85%
1993	62,89%	13,70%	23,41%
1994	63,25%	13,65%	23,10%
1995	63,83%	13,47%	22,71%
1996	63,98%	13,61%	22,41%
1997	64,54%	13,56%	21,90%
1998	65,05%	13,51%	21,44%
1999	64,88%	13,43%	21,70%
2000	64,82%	13,82%	21,36%
2001	64,76%	13,84%	21,40%
2002	65,22%	14,00%	20,78%
2003	65,42%	14,08%	20,50%
2004	65,74%	13,99%	20,27%
2005	66,18%	14,13%	19,69%

Mitgliederentwicklung

Anteile der Unterbezirke an der Landesorganisation 1990 bis 2005 (jeweils 31.12.)

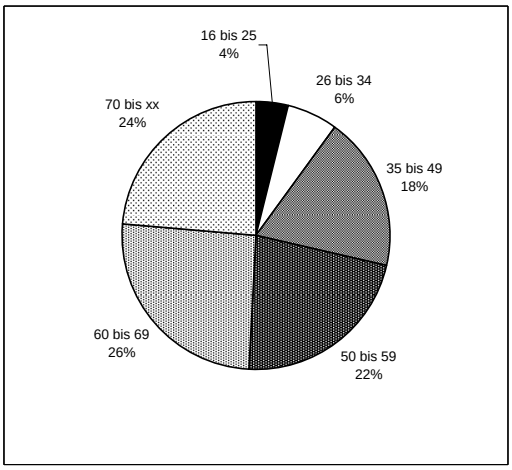


Mitgliederbestand 2005														Diff. 01.01.05/	Diff. 01.01.05/
Ortsvereine	**01.01.05**	**31.01.05**	**28.02.05**	**31.03.05**	**30.04.05**	**31.05.05**	**30.06.05**	**31.07.05**	**31.08.05**	**30.09.05**	**31.10.05**	**30.11.05**	**31.12.05**	**31.12.2005 absol.**	**31.12.2005 in %**
LO Bremen	**5697**	**5637**	**5619**	**5629**	**5600**	**5605**	**5592**	**5593**	**5583**	**5583**	**5679**	**5688**	**5719**	**22**	**0,39**
UB Bremen-Stadt	**3745**	**3709**	**3697**	**3704**	**3688**	**3690**	**3677**	**3681**	**3677**	**3678**	**3761**	**3760**	**3785**	**40**	**1,07**
Altstadt	118	118	120	120	118	120	121	119	119	120	124	127	128	10	8,47
Arbergen/Mahndorf	104	102	102	100	100	101	101	99	99	98	98	98	99	-5	-4,81
Borgfeld	59	59	57	57	57	58	59	59	60	60	61	63	63	4	6,78
Buntentor	207	204	203	201	197	197	192	194	191	186	187	183	185	-22	-10,63
Findorff	128	127	129	129	129	132	132	134	135	134	143	143	143	15	11,72
Gartenstadt-Vahr	75	75	74	75	75	76	75	75	74	73	74	74	73	-2	-2,67
Grolland	48	49	47	47	48	48	48	49	49	49	51	51	51	3	6,25
Gröpelingen	145	142	143	145	144	143	143	143	141	142	153	157	157	12	8,28
Habenhausen-Arsten	170	167	166	169	169	169	169	170	170	170	173	172	170	0	0,00
Hastedt	91	91	91	91	91	91	90	90	89	89	89	88	90	-1	-1,10
Hemelingen	62	62	61	64	63	64	64	64	64	64	69	68	68	6	9,68
Horn-Achterdiek	112	112	110	114	114	112	114	113	113	114	115	116	118	6	5,36
Horn-Lehersterdeich	104	105	105	104	104	105	105	105	109	109	111	108	112	8	7,69
Huchting	187	186	188	189	189	189	188	187	187	186	190	191	190	3	1,60
Huckelriede	53	53	52	52	52	52	49	48	48	48	47	46	46	-7	-13,21
Innenstadt	56	55	54	54	53	53	52	52	52	53	56	55	55	-1	-1,79
Kattenturm-Kattenesch	131	125	126	123	121	121	120	119	116	116	115	115	117	-14	-10,69
Neue Vahr	124	122	122	124	122	122	122	122	124	124	129	128	130	6	4,84
Neustadt	137	134	131	134	133	129	127	128	130	131	133	135	136	-1	-0,73
Oberneuland	102	102	103	103	103	102	102	102	100	100	99	99	100	-2	-1,96
Oslebshausen	74	74	74	73	72	72	70	72	73	72	71	70	70	-4	-5,41
Osterholz	230	229	228	228	225	225	225	225	225	226	228	226	227	-3	-1,30
Schwachhausen-Nord	129	130	129	131	133	135	132	132	131	132	139	140	142	13	10,08
Schwachhausen-Süd/Ost	130	131	134	132	133	132	132	132	131	133	138	140	142	12	9,23
Schwachhausen-West	170	168	168	169	166	167	167	169	172	171	172	177	178	8	4,71
Sebaldsbrück-West	74	73	73	73	73	73	73	74	74	75	78	76	76	2	2,70
Seehausen/Hasenbüren	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	0	0,00
Steintor-Peterswerder	254	250	252	252	254	253	254	254	253	253	261	259	261	7	2,76
Strom	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	0	0,00
Utbremen	62	62	61	61	61	61	60	57	56	56	57	58	59	-3	-4,84
Walle	139	137	136	134	134	133	134	135	137	137	138	138	139	0	0,00
Weidedamm	124	122	120	121	122	122	123	123	121	120	122	123	124	0	0,00
Woltmersh./Rablingh.	111	109	104	101	99	98	98	99	100	100	102	102	102	-9	-8,11
	3744	3709	3697	3704	3688	3689	3675	3678	3677	3675	3757	3760	3785		
UB Bremerhaven	**1155**	**1142**	**1136**	**1135**	**1123**	**1119**	**1119**	**1119**	**1117**	**1113**	**1118**	**1123**	**1126**	**-29**	**-2,51**
Geestemünde-Nord	143	141	143	143	142	139	139	141	141	140	142	143	143	0	0,00
Geestem.-Süd/Grünhöfe	97	99	98	96	96	96	94	95	96	95	96	97	98	1	1,03
Lehe	145	145	144	145	145	145	144	143	142	139	141	142	142	-3	-2,07
Lehe-Nord/Weddewaden	202	200	200	202	199	197	198	197	196	195	194	193	194	-8	-3,96
Leherheide-Ost	93	90	90	90	90	89	89	89	89	89	87	87	87	-6	-6,45
Leherh.-Speckenbüttel	99	98	97	97	94	94	94	93	93	93	94	94	95	-4	-4,04
Mitte	148	147	145	145	140	143	144	144	143	144	145	148	149	1	0,68
Schiffd.-Surheide	104	103	102	101	101	101	101	101	101	101	102	102	100	-4	-3,85
Wulsdorf	124	119	117	116	116	115	106	116	116	117	117	117	118	-6	-4,84
	1155	1142	1136	1135	1123	1119	1109	1119	1117	1113	1118	1123	1126		
UB Bremen-Nord	**797**	**786**	**786**	**790**	**789**	**796**	**796**	**793**	**789**	**792**	**800**	**805**	**808**	**11**	**1,38**
Blumenthal	111	108	109	108	108	108	106	105	102	103	104	104	105	-6	-5,41
Burgdamm	59	57	56	55	55	55	55	56	56	56	57	57	57	-2	-3,39
Burg-Lesum	143	145	144	144	144	143	142	142	142	144	150	152	153	10	6,99
Farge-Rekum	92	90	90	100	101	107	111	110	109	109	110	115	117	25	27,17
Fähr-Lobbendorf	64	64	65	63	61	60	60	60	60	60	59	58	57	-7	-10,94
Hammersbeck	47	47	47	47	47	48	47	46	46	46	46	45	45	-2	-4,26
Rönnebeck	39	39	39	39	39	40	40	40	41	41	42	42	42	3	7,69
Schönebeck	65	63	62	62	62	62	61	61	61	61	61	61	61	-4	-6,15
St. Magnus	57	57	57	56	56	57	56	55	54	54	54	54	55	-2	-3,51
Vegesack	120	116	117	116	116	116	118	118	118	118	117	117	116	-4	-3,33
	797	786	786	790	789	796	796	793	789	792	800	805	808		

Mitgliederbestand 2004														Diff. 01.01.04/	Diff. 01.01.04/
Ortsvereine	**01.01.04**	**01.02.04**	**01.03.04**	**01.04.04**	**01.05.04**	**01.06.04**	**01.07.04**	**01.08.04**	**01.09.04**	**01.10.04**	**01.11.04**	**01.12.04**	**31.12.04**	**31.12.04 absol.**	**31.12.04 in %**
LO Bremen	**6116**	**5978**	**5895**	**5884**	**5828**	**5805**	**5781**	**5763**	**5746**	**5724**	**5710**	**5705**	**5697**	**-419**	**-6,85**
UB Bremen-Stadt	**4001**	**3926**	**3872**	**3863**	**3830**	**3814**	**3796**	**3782**	**3768**	**3750**	**3749**	**3753**	**3745**	**-256**	**-6,40**
Altstadt	118	116	114	114	113	112	115	114	118	118	119	120	118	0	0,00
Arbergen/Mahndorf	116	113	108	106	105	107	107	107	107	107	106	104	104	-12	-10,34
Borgfeld	63	62	61	61	62	62	61	60	60	60	60	59	59	-4	-6,35
Buntentor	198	198	200	200	200	200	199	199	198	198	198	207	207	9	4,55
Findorff	140	141	132	132	134	131	131	130	129	128	127	128	128	-12	-8,57
Gartenstadt-Vahr	81	79	78	78	78	78	77	77	77	76	76	75	75	-6	-7,41
Grolland	51	50	50	50	49	49	49	49	48	48	48	48	48	-3	-5,88
Gröpelingen	154	148	146	143	144	144	143	143	143	143	144	145	145	-9	-5,84
Habenhausen-Arsten	180	175	173	173	174	175	174	172	172	172	171	171	170	-10	-5,56
Hastedt	99	99	97	97	95	95	91	90	90	90	90	91	91	-8	-8,08
Hemelingen	68	66	63	63	62	62	61	61	61	60	61	61	62	-6	-8,82
Horn-Achterdiek	118	116	114	113	112	112	112	113	113	114	114	113	112	-6	-5,08
Horn-Lehersterdeich	107	103	104	106	105	104	103	103	102	104	102	103	104	-3	-2,80
Huchting	204	200	199	196	193	193	194	193	191	187	187	187	187	-17	-8,33
Huckelriede	58	55	55	54	54	54	55	54	54	53	54	52	53	-5	-8,62
Innenstadt	61	61	61	62	61	62	58	58	56	56	56	56	56	-5	-8,20
Kattenturm-Kattenesch	148	144	144	142	141	138	138	137	135	132	133	133	131	-17	-11,49
Neue Vahr	132	130	127	128	126	125	125	125	126	125	126	126	124	-8	-6,06
Neustadt	134	131	133	134	134	134	135	135	135	137	138	137	137	3	2,24
Oberneuland	116	113	111	108	108	108	107	106	105	104	104	103	102	-14	-12,07
Oslebshausen	82	83	82	82	80	79	75	76	76	77	77	75	74	-8	-9,76
Osterholz	261	250	242	241	240	236	234	233	233	230	230	231	230	-31	-11,88
Schwachhausen-Nord	139	134	133	134	134	134	130	131	130	128	128	129	129	-10	-7,19
Schwachhausen-Süd/Ost	134	134	133	133	133	133	132	132	130	129	131	133	130	-4	-2,99
Schwachhausen-West	178	173	173	172	173	172	173	172	172	172	171	170	170	-8	-4,49
Sebaldsbrück-West	78	80	78	77	76	76	77	76	75	74	74	74	74	-4	-5,13
Seehausen/Hasenbüren	18	18	18	18	18	18	18	18	17	16	16	16	16	-2	-11,11
Steintor-Peterswerder	248	246	241	241	244	245	248	248	252	253	255	255	254	6	2,42
Strom	20	19	19	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	-2	-10,00
Utbremen	68	67	70	71	70	69	67	61	62	61	62	61	62	-6	-8,82
Walle	87	87	83	82	78	79	76	75	74	74	74	74	139	52	59,77
Weidedamm	143	139	137	135	129	128	128	127	126	127	124	124	124	-19	-13,29
Westend	77	75	74	74	73	68	70	70	68	66	63	63	0	-77	-100,00
Woltmersh./Rablingh.	121	120	118	117	114	114	115	115	115	112	112	111	111	-10	-8,26
	4000	3925	3871	3855	3830	3814	3796	3778	3768	3749	3749	3753	3744		
UB Bremerhaven	**1254**	**1213**	**1195**	**1198**	**1174**	**1177**	**1171**	**1164**	**1168**	**1164**	**1153**	**1153**	**1155**	**-99**	**-7,89**
Alt-Lehe	157	154	151	152	147	147	147	144	143	145	143	144	145	-12	-7,64
Geestemünde-Nord	153	149	146	148	144	144	145	145	149	146	144	143	143	-10	-6,54
Geestemünde-Süd	110	105	102	102	101	103	102	102	99	100	97	97	97	-13	-11,82
Lehe-Nord	225	216	215	215	208	207	205	203	205	203	203	203	202	-23	-10,22
Leherheide-Ost	100	99	94	93	92	91	91	92	92	92	92	92	93	-7	-7,00
Leherheide-Speckb.	116	115	113	113	110	109	108	107	107	106	100	100	99	-17	-14,66
Mitte	153	148	149	148	147	150	148	147	147	146	146	146	148	-5	-3,27
Schiffd.-Surheide	108	101	99	101	101	101	101	100	102	102	103	104	104	-4	-3,70
Wulsdorf	132	126	126	126	124	124	124	124	124	124	125	124	124	-8	-6,06
	1254	1213	1195	1198	1174	1176	1171	1164	1168	1164	1153	1153	1155		
UB Bremen-Nord	**861**	**839**	**828**	**823**	**816**	**814**	**814**	**816**	**810**	**810**	**808**	**799**	**797**	**-64**	**-7,43**
Blumenthal	58	55	54	53	53	53	52	52	52	53	52	112	111	53	91,38
Burgdamm	73	70	65	65	65	65	65	64	60	60	60	60	59	-14	-19,18
Burg-Lesum	155	155	153	149	147	146	144	144	144	143	143	143	143	-12	-7,74
Farge-Rekum	86	84	87	87	87	87	90	91	91	91	91	91	92	6	6,98
Fähr-Lobbendorf	67	65	65	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	-3	-4,48
Hammersbeck	53	52	52	52	50	50	49	48	48	48	48	47	47	-6	-11,32
Lüssum	64	63	62	62	62	62	62	61	61	60	60	0	0	-64	-100,00
Rönnebeck	47	45	45	45	45	45	44	45	45	45	45	39	39	-8	-17,02
Schönebeck	70	67	66	66	64	64	64	64	64	64	64	65	65	-5	-7,14
St. Magnus	61	59	57	57	57	56	57	58	58	59	58	57	57	-4	-6,56
Vegesack	127	124	122	123	122	122	123	125	123	123	123	121	120	-7	-5,51
	861	839	828	823	816	814	814	816	810	810	808	799	797		

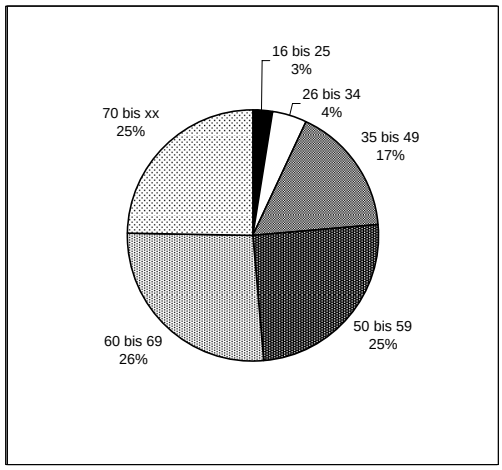
Mitgliederbestand Landesorganisation Bremen nach Alter 31.12.2005

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	217	4
26 bis 34	361	6
35 bis 49	1056	18
50 bis 59	1277	22
60 bis 69	1459	26
70 bis xx	1349	24
gesamt	5719	100



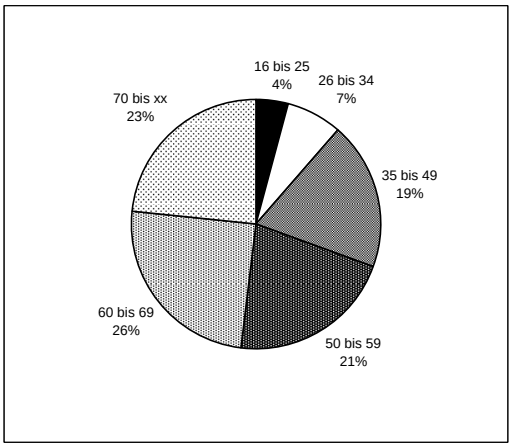
Mitgliederbestand Unterbezirk Bremerhaven nach Alter 31.12.2005

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	29	3
26 bis 34	48	4
35 bis 49	190	17
50 bis 59	279	25
60 bis 69	302	26
70 bis xx	278	25
gesamt	1126	99



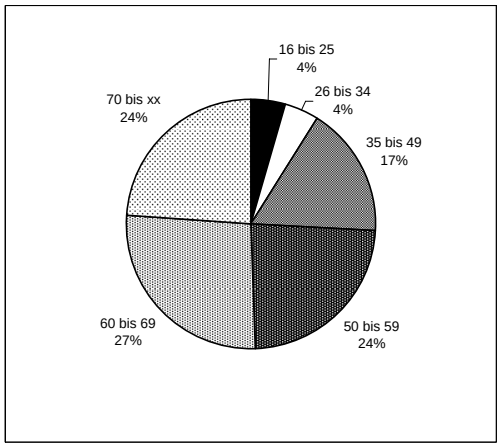
Mitgliederbestand Unterbezirk Bremen-Stadt nach Alter 31.12.2005

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	153	4
26 bis 34	277	7
35 bis 49	729	19
50 bis 59	806	21
60 bis 69	941	26
70 bis xx	879	23
gesamt	3785	101



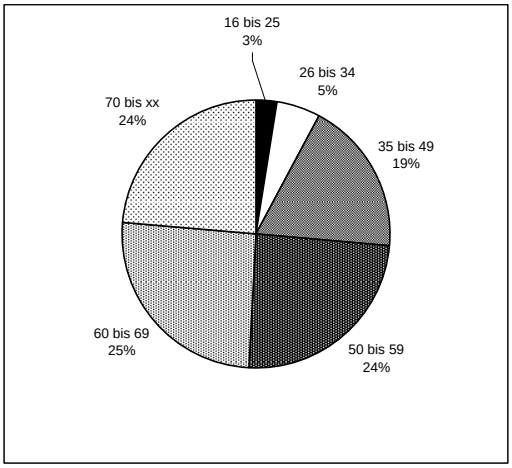
Mitgliederbestand Unterbezirk Bremen-Nord nach Alter 31.12.2005

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	35	4
26 bis 34	36	4
35 bis 49	137	17
50 bis 59	192	24
60 bis 69	216	27
70 bis xx	192	24
gesamt	808	100



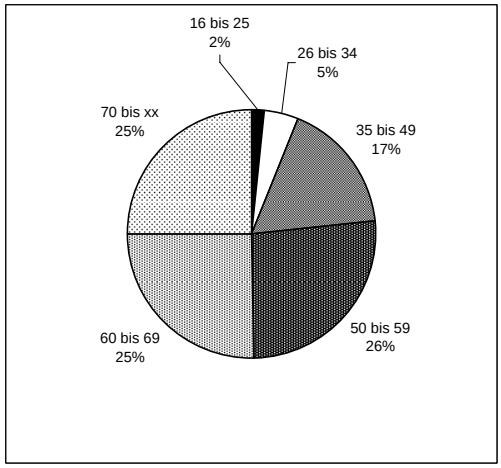
Mitgliederbestand Landesorganisation Bremen nach Alter 31.12.2004

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	144	3
26 bis 34	307	5
35 bis 49	1054	19
50 bis 59	1398	25
60 bis 69	1446	25
70 bis xx	1348	24
gesamt	5697	100



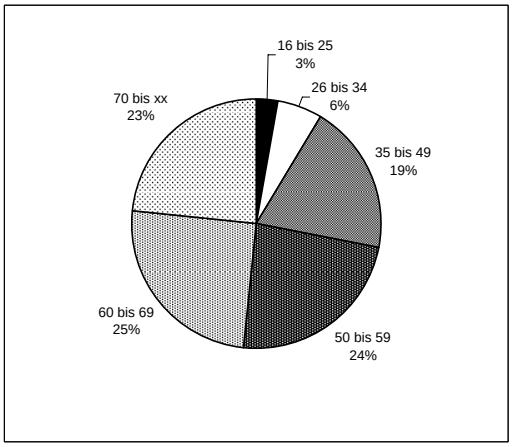
Mitgliederbestand Unterbezirk Bremerhaven nach Alter 31.12.2004

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	19	2
26 bis 34	53	5
35 bis 49	199	17
50 bis 59	304	26
60 bis 69	291	25
70 bis xx	289	25
gesamt	1155	100



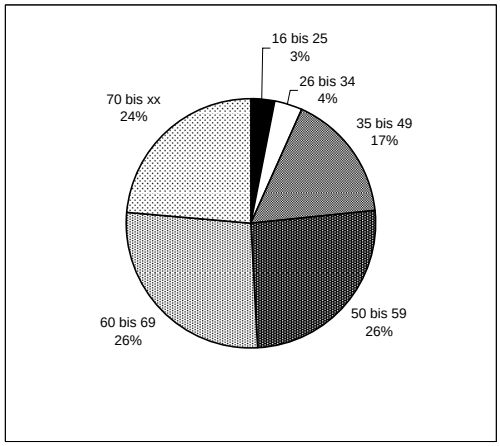
Mitgliederbestand Unterbezirk Bremen-Stadt nach Alter 31.12.2004

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	100	3
26 bis 34	225	6
35 bis 49	722	19
50 bis 59	889	24
60 bis 69	939	25
70 bis xx	870	23
gesamt	3745	100



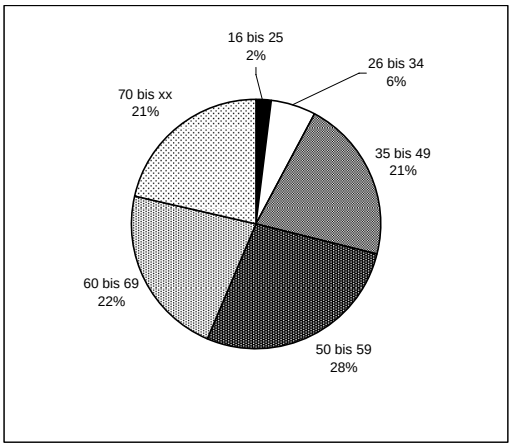
Mitgliederbestand Unterbezirk Bremen-Nord nach Alter 31.12.2004

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	25	3
26 bis 34	29	4
35 bis 49	133	17
50 bis 59	205	26
60 bis 69	216	27
70 bis xx	189	24
gesamt	797	100



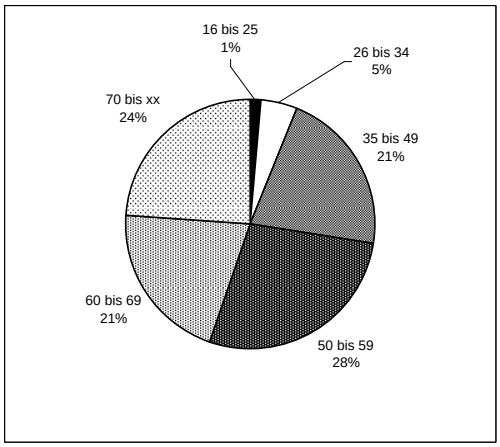
Mitgliederbestand Landesorganisation Bremen nach Alter 31.12.2000

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	131	2
26 bis 34	416	6
35 bis 49	1486	21
50 bis 59	1936	28
60 bis 69	1567	22
70 bis xx	1504	21
gesamt	7040	100



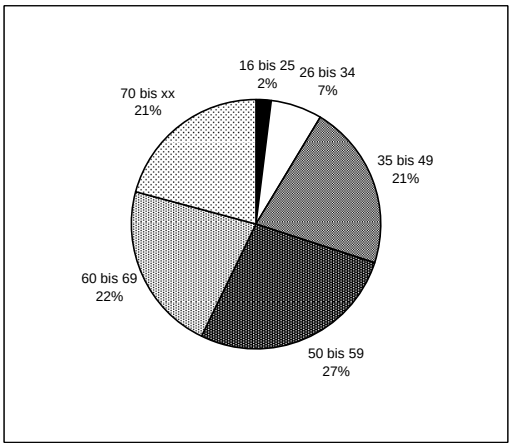
Mitgliederbestand Unterbezirk Bremerhaven nach Alter 31.12.2000

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	22	1
26 bis 34	68	5
35 bis 49	322	21
50 bis 59	418	28
60 bis 69	315	21
70 bis xx	359	24
gesamt	1504	100



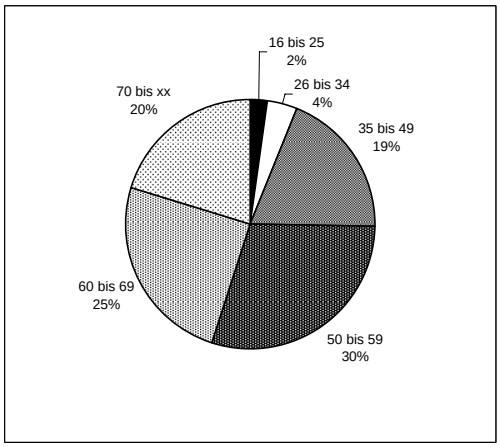
Mitgliederbestand Unterbezirk Bremen-Stadt nach Alter 31.12.2000

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	87	2
26 bis 34	311	7
35 bis 49	976	21
50 bis 59	1231	27
60 bis 69	1010	22
70 bis xx	948	21
gesamt	4563	100



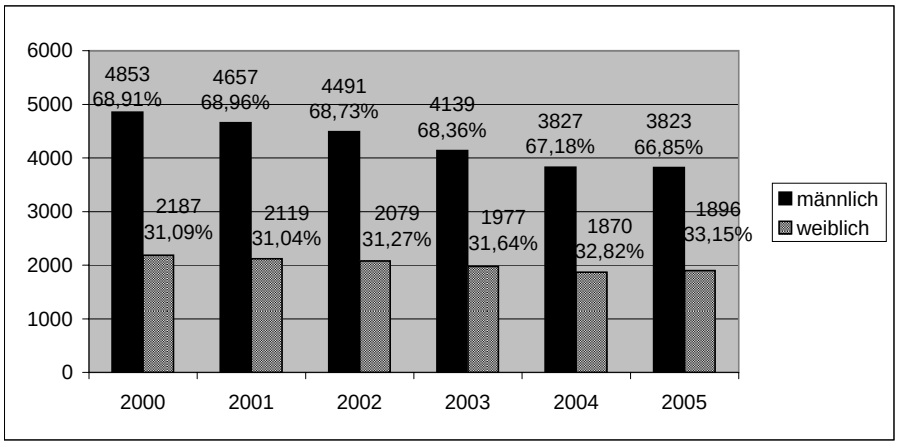
Mitgliederbestand Unterbezirk Bremen-Nord nach Alter 31.12.2000

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	22	2
26 bis 34	37	4
35 bis 49	188	19
50 bis 59	287	29
60 bis 69	242	25
70 bis xx	197	20
gesamt	973	100



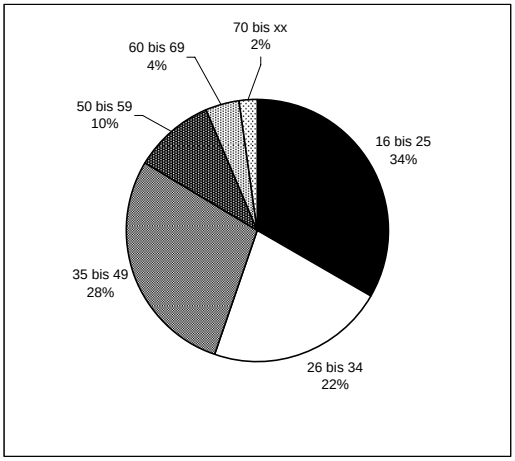
Mitgliederentwicklung nach Geschlecht 2000 bis 2005 (jeweils 31.12.)
Landesorganisation Bremen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
männlich	4853	4657	4491	4139	3827	3823
weiblich	2187	2119	2079	1977	1870	1896
gesamt	7040	6776	6570	6116	5697	5719



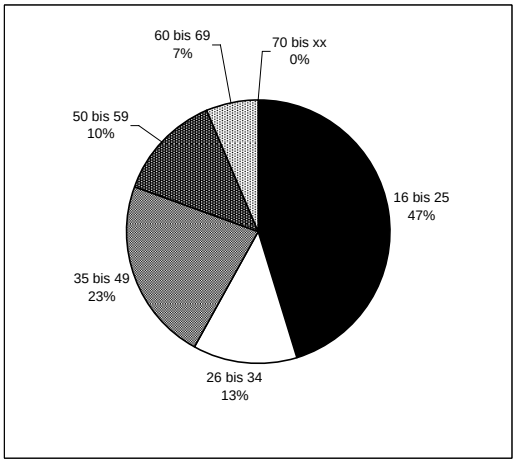
Mitgliedereintritte nach Alter 2005
Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	112	34
26 bis 34	73	22
35 bis 49	95	28
50 bis 59	34	10
60 bis 69	14	4
70 bis xx	7	2
gesamt	335	100



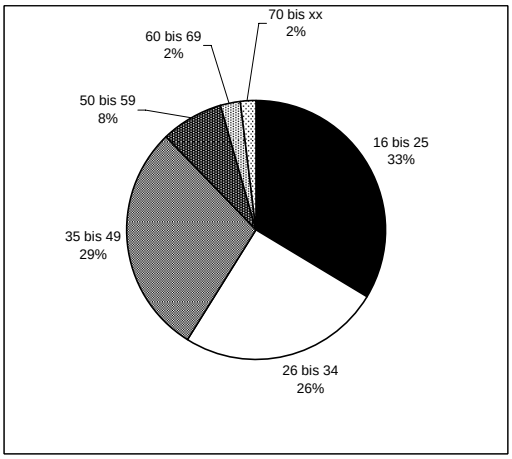
Mitgliedereintritte nach Alter 2005
Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	14	45
26 bis 34	4	13
35 bis 49	7	23
50 bis 59	4	13
60 bis 69	2	6
70 bis xx	0	0
gesamt	31	100



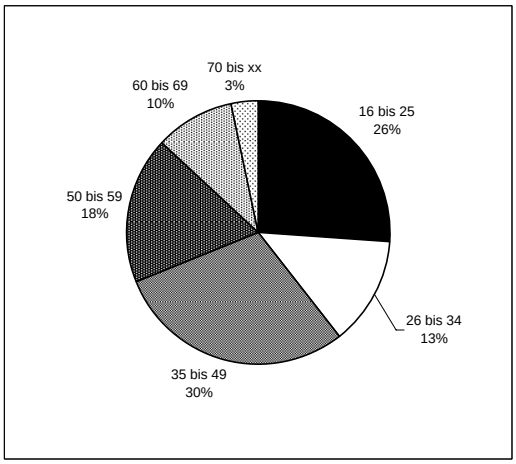
Mitgliedereintritte nach Alter 2005
Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	82	34
26 bis 34	61	25
35 bis 49	70	29
50 bis 59	19	8
60 bis 69	6	2
70 bis xx	5	2
gesamt	243	100



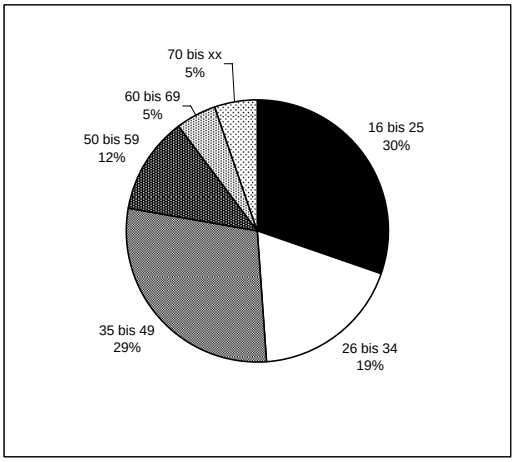
Mitgliedereintritte nach Alter 2005
Unterbezirk Bremen-Nord

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	16	26
26 bis 34	8	13
35 bis 49	18	30
50 bis 59	11	18
60 bis 69	6	10
70 bis xx	2	3
gesamt	61	100



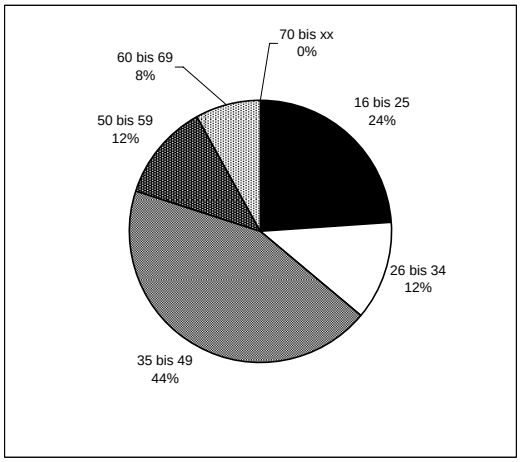
Mitgliedereintritte nach Alter 2004
Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	41	30
26 bis 34	25	19
35 bis 49	39	29
50 bis 59	16	12
60 bis 69	7	5
70 bis xx	7	5
gesamt	135	100



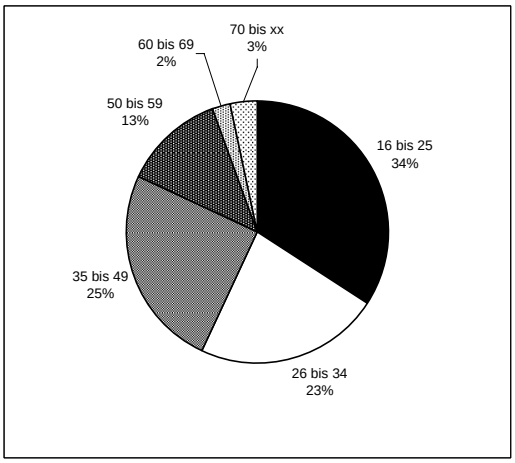
Mitgliedereintritte nach Alter 2004
Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	6	24
26 bis 34	3	12
35 bis 49	11	44
50 bis 59	3	12
60 bis 69	2	8
70 bis xx	0	0
gesamt	25	100



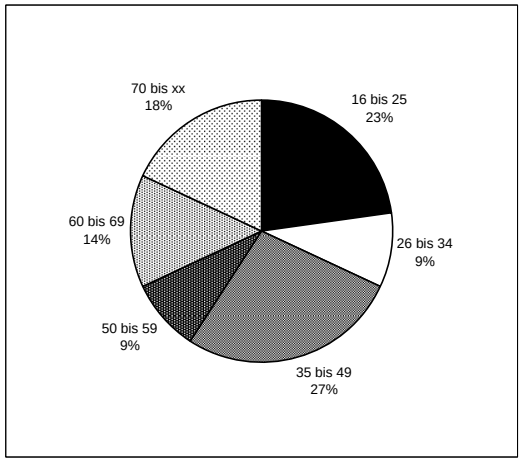
Mitgliedereintritte nach Alter 2004
Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	30	34
26 bis 34	20	23
35 bis 49	22	25
50 bis 59	11	13
60 bis 69	2	2
70 bis xx	3	3
gesamt	88	100



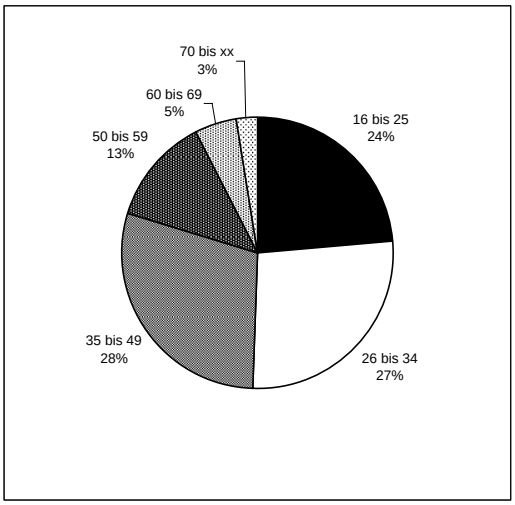
Mitgliedereintritte nach Alter 2004
Unterbezirk Bremen-Nord

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	5	23
26 bis 34	2	9
35 bis 49	6	27
50 bis 59	2	9
60 bis 69	3	14
70 bis xx	4	18
gesamt	22	100



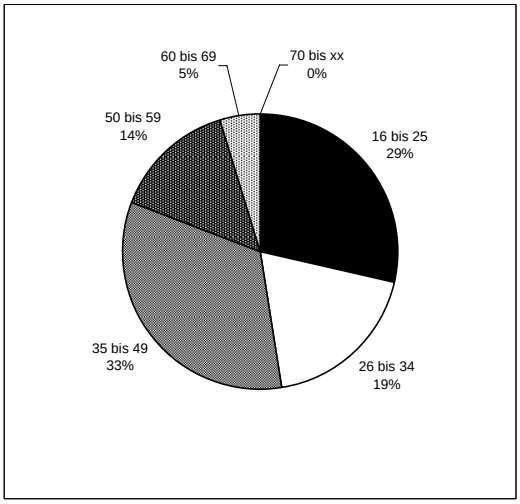
Mitgliedereintritte nach Alter 2000
Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	28	24
26 bis 34	32	27
35 bis 49	35	29
50 bis 59	15	13
60 bis 69	6	5
70 bis xx	3	3
gesamt	119	100



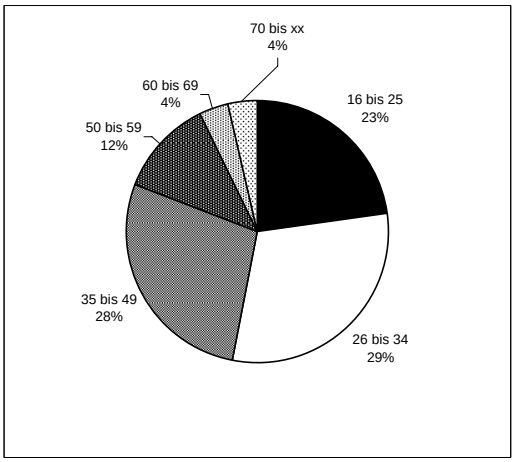
Mitgliedereintritte nach Alter 2000
Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	6	29
26 bis 34	4	19
35 bis 49	7	33
50 bis 59	3	14
60 bis 69	1	5
70 bis xx	0	0
gesamt	21	100



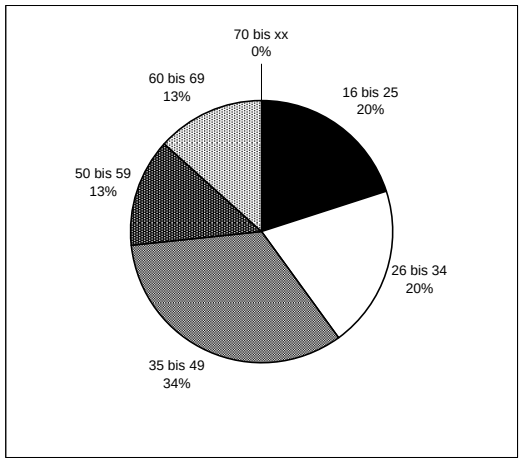
Mitgliedereintritte nach Alter 2000
Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	19	23
26 bis 34	25	30
35 bis 49	23	28
50 bis 59	10	12
60 bis 69	3	4
70 bis xx	3	4
gesamt	83	100



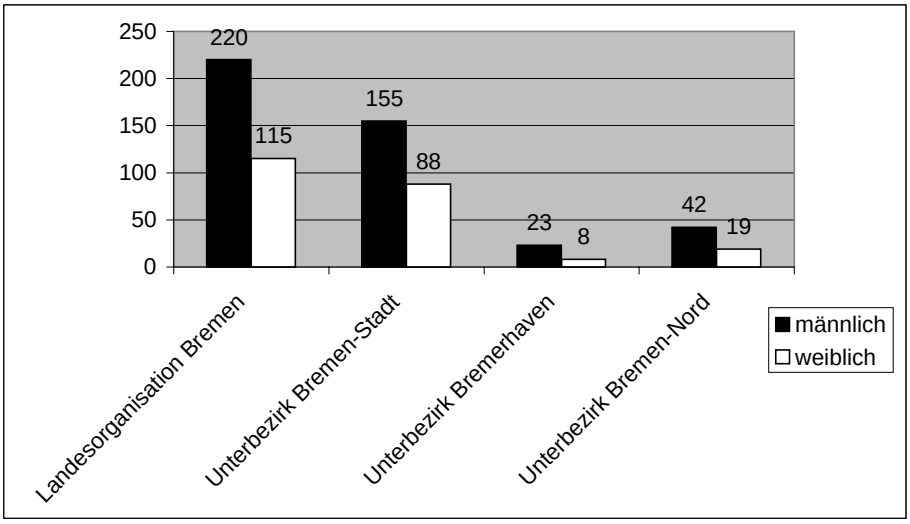
Mitgliedereintritte nach Alter 2000
Unterbezirk Bremen-Nord

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	3	20
26 bis 34	3	20
35 bis 49	5	33
50 bis 59	2	13
60 bis 69	2	13
70 bis xx	0	0
gesamt	15	100



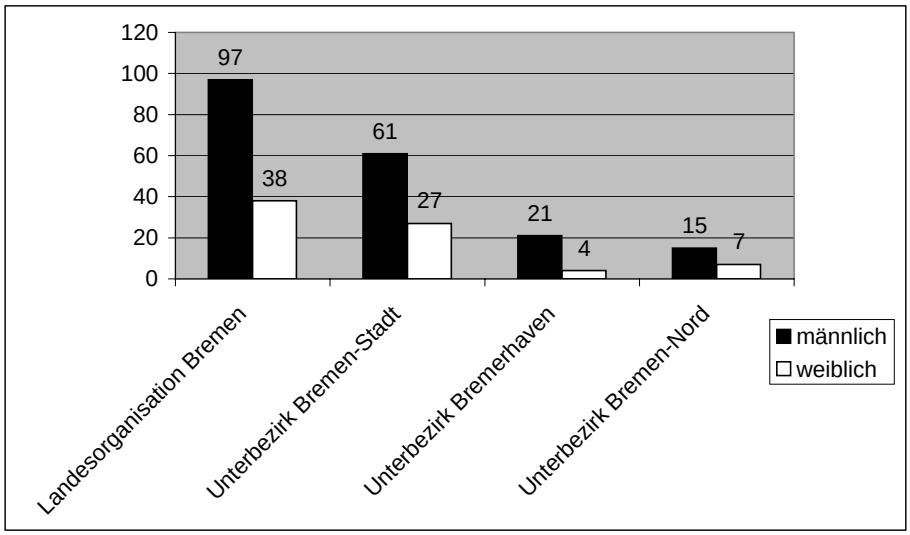
Mitgliederzugänge nach Geschlecht 2005

	Landesorganisation Bremen	Unterbezirk Bremen-Stadt	Unterbezirk Bremerhaven	Unterbezirk Bremen-Nord
männlich	220	155	23	42
weiblich	115	88	8	19
gesamt	335	243	31	61



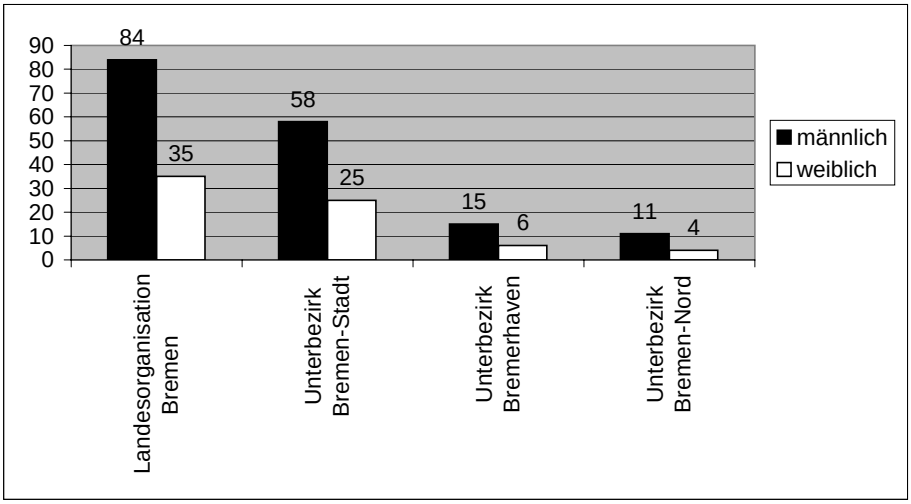
Mitgliederzugänge nach Geschlecht 2004

	Landesorganisation Bremen	Unterbezirk Bremen-Stadt	Unterbezirk Bremerhaven	Unterbezirk Bremen-Nord
männlich	97	61	21	15
weiblich	38	27	4	7
gesamt	135	88	25	22



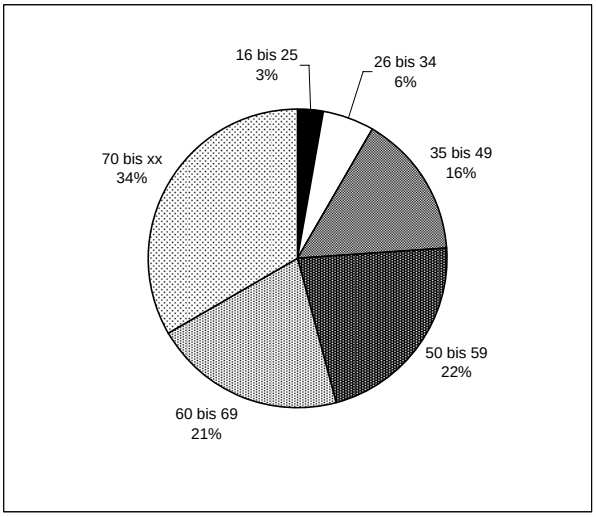
Mitgliederzugänge nach Geschlecht 2000

	Landesorganisation Bremen	Unterbezirk Bremen-Stadt	Unterbezirk Bremerhaven	Unterbezirk Bremen-Nord
männlich	84	58	15	11
weiblich	35	25	6	4
gesamt	119	83	21	15



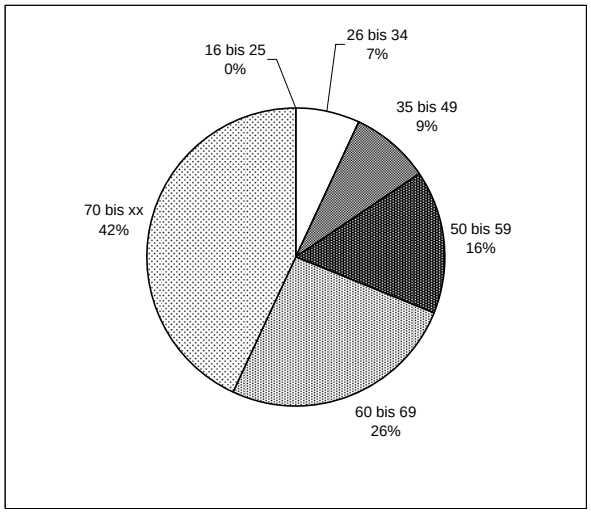
Mitgliederabgänge nach Alter 2005
Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	9	3
26 bis 34	18	6
35 bis 49	51	16
50 bis 59	71	22
60 bis 69	68	21
70 bis xx	109	33
gesamt	326	100



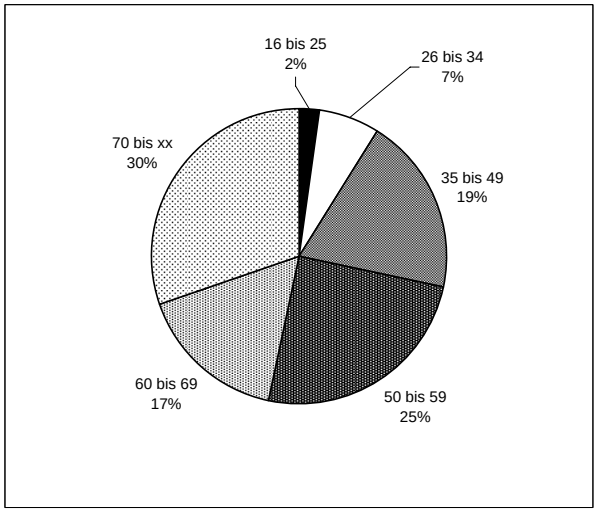
Mitgliederabgänge nach Alter 2005
Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	0	0
26 bis 34	4	7
35 bis 49	5	9
50 bis 59	9	16
60 bis 69	15	26
70 bis xx	25	43
gesamt	58	100



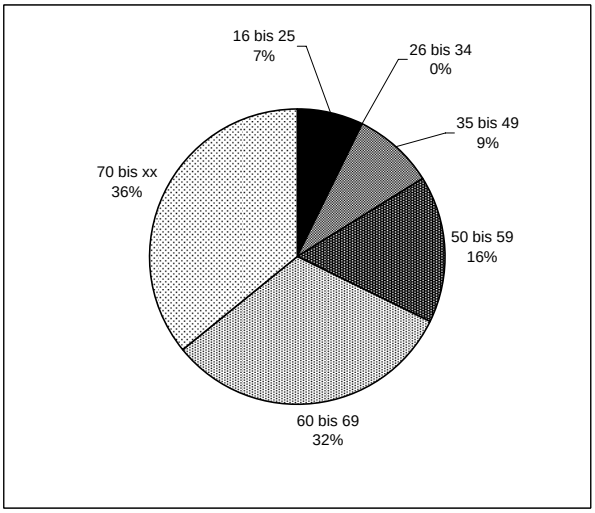
Mitgliederabgänge nach Alter 2005
Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	5	2
26 bis 34	14	7
35 bis 49	41	19
50 bis 59	53	25
60 bis 69	35	17
70 bis xx	64	30
gesamt	212	100



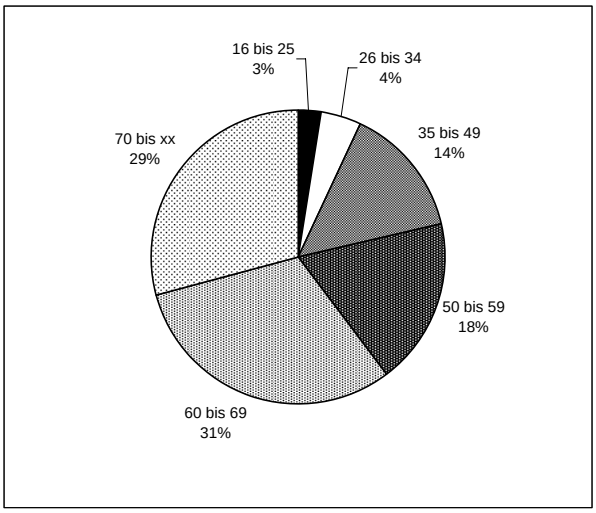
Mitgliederabgänge nach Alter 2005
Unterbezirk Bremen-Nord

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	4	7
26 bis 34	0	0
35 bis 49	5	9
50 bis 59	9	16
60 bis 69	18	32
70 bis xx	20	36
gesamt	56	100



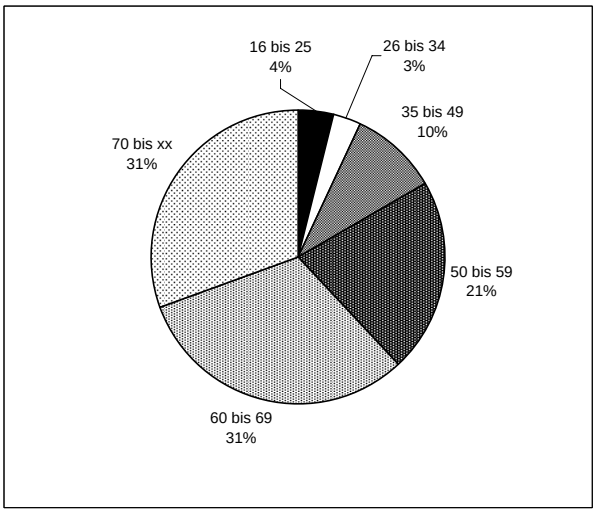
Mitgliederabgänge nach Alter 2004
Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	14	3
26 bis 34	24	4
35 bis 49	78	14
50 bis 59	99	18
60 bis 69	168	31
70 bis xx	157	29
gesamt	540	100



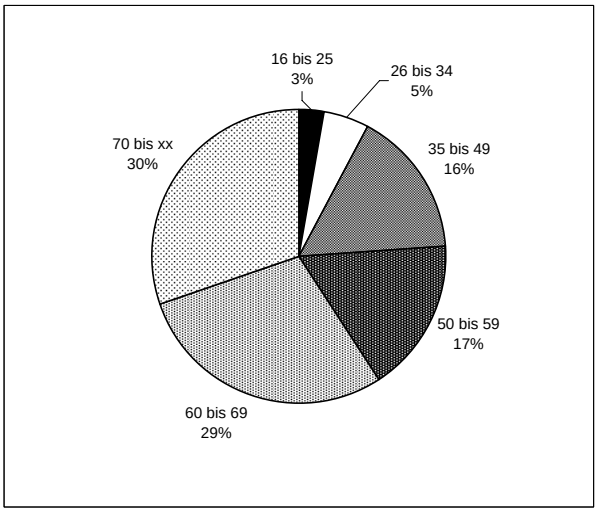
Mitgliederabgänge nach Alter 2004
Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	5	4
26 bis 34	4	3
35 bis 49	13	10
50 bis 59	28	21
60 bis 69	41	31
70 bis xx	40	31
gesamt	131	100



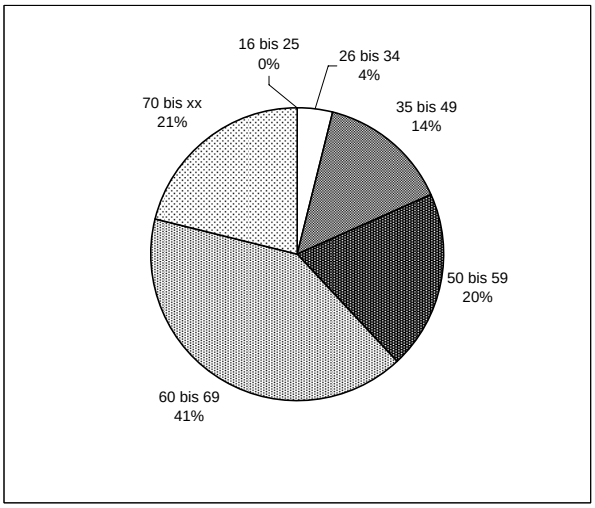
Mitgliederabgänge nach Alter 2004
Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	9	3
26 bis 34	17	5
35 bis 49	54	16
50 bis 59	56	17
60 bis 69	96	29
70 bis xx	101	30
gesamt	333	100



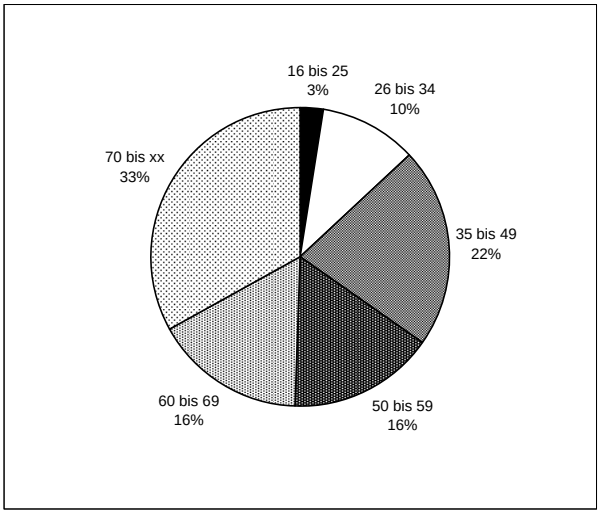
Mitgliederabgänge nach Alter 2004
Unterbezirk Bremen-Nord

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	0	0
26 bis 34	3	4
35 bis 49	11	14
50 bis 59	15	20
60 bis 69	31	41
70 bis xx	16	21
gesamt	76	100



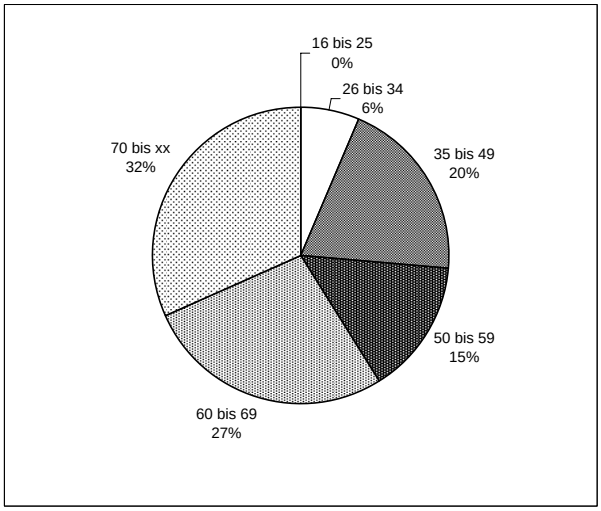
Mitgliederabgänge nach Alter 2000
Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	11	3
26 bis 34	46	10
35 bis 49	96	22
50 bis 59	70	16
60 bis 69	71	16
70 bis xx	146	33
gesamt	440	100



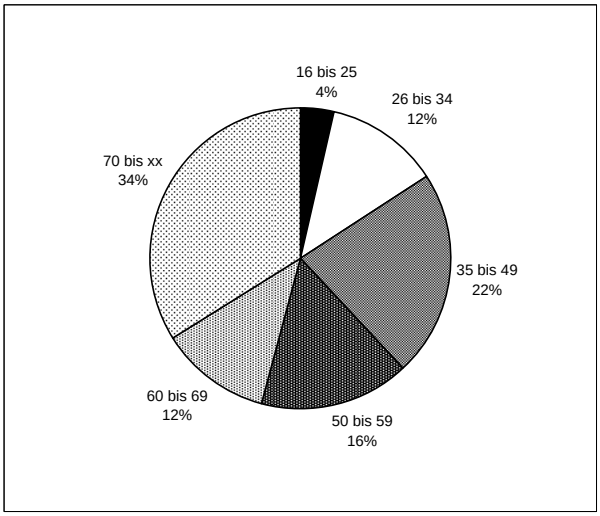
Mitgliederabgänge nach Alter 2000
Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	0	0
26 bis 34	6	6
35 bis 49	19	20
50 bis 59	14	15
60 bis 69	26	27
70 bis xx	30	32
gesamt	95	100



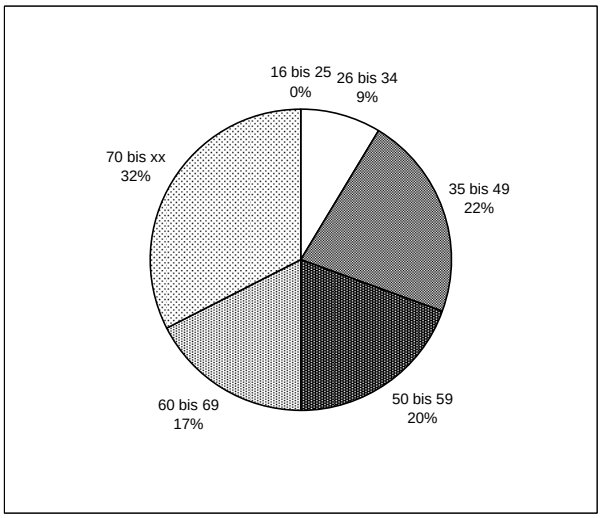
Mitgliederabgänge nach Alter 2000
Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	11	4
26 bis 34	36	12
35 bis 49	67	22
50 bis 59	48	16
60 bis 69	36	12
70 bis xx	101	34
gesamt	299	100



Mitgliederabgänge nach Alter 2000
Unterbezirk Bremen-Nord

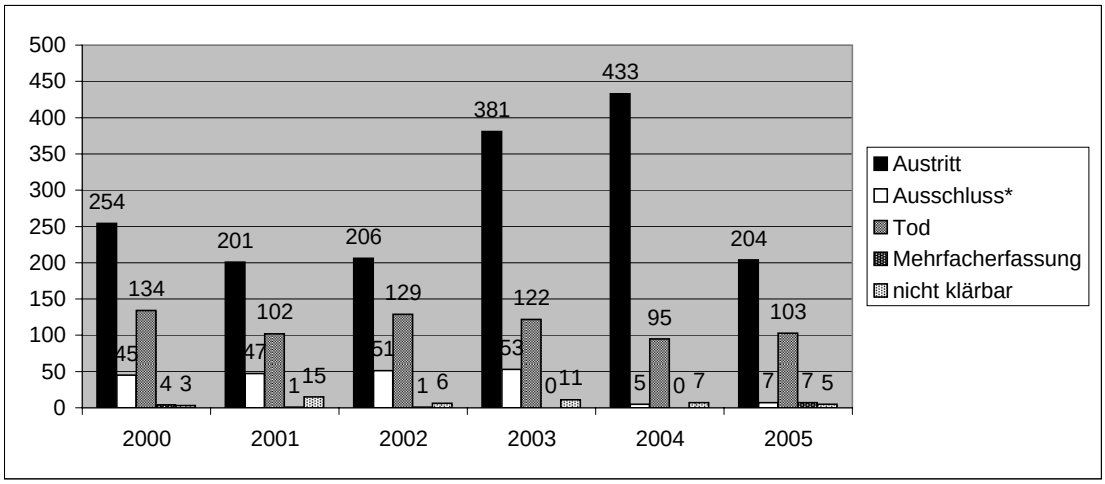
Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	0	0
26 bis 34	4	9
35 bis 49	10	22
50 bis 59	9	20
60 bis 69	8	17
70 bis xx	15	33
gesamt	46	100



Mitgliederabgänge nach Abgangsart Landesorganisation Bremen 2000 bis 2005

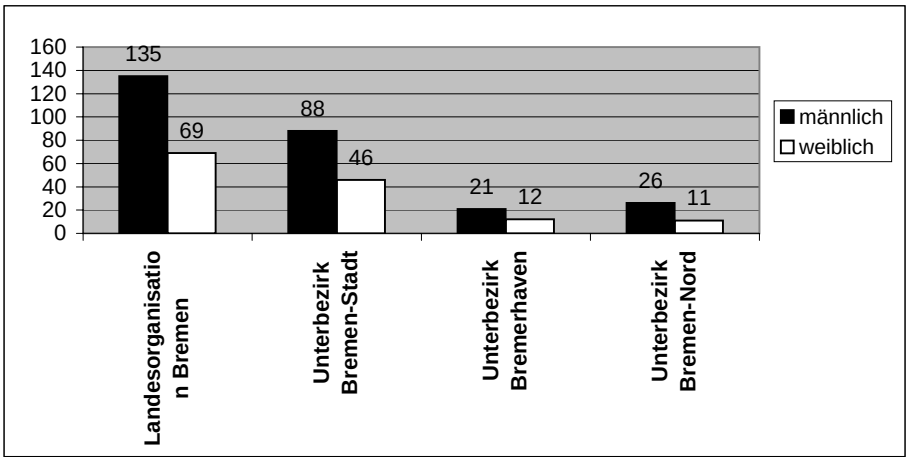
	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Austritt	254	201	206	381	433	204
Ausschluss*	45	47	51	53	5	7
Tod	134	102	129	122	95	103
Mehrfacherfassung	4	1	1	0	0	7
nicht klärbar	3	15	6	11	7	5
gesamt	440	366	393	567	540	326

*In der Regel wegen Nicht-Zahlung von Mitgliedsbeiträgen, dieses wird eigentlich nicht als Ausschluss sondern als Austritt gewertet, es handelt sich hier um Mavis-Pflehgefehler, für 2004 und 2005 sind die Korrekturen vorgenommen, sie bleiben allerdings in der Statistik als Auschlüsse erfasst.



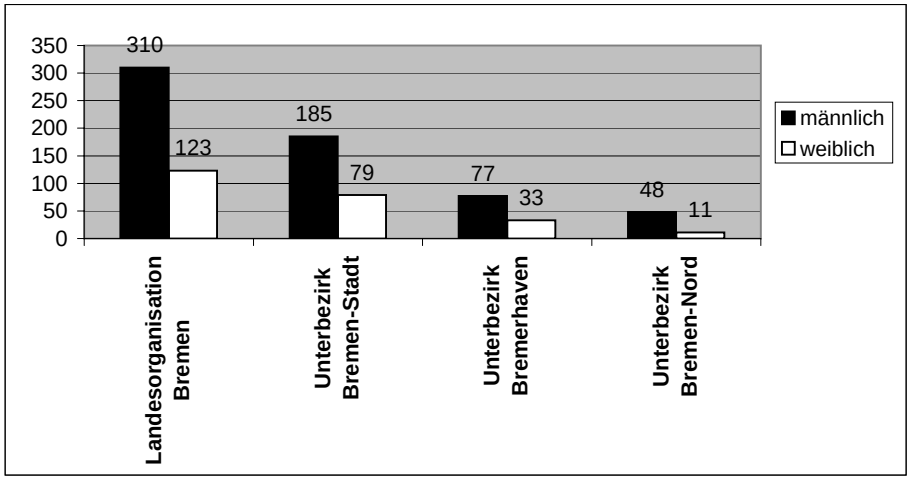
Mitgliederaustritte nach Geschlecht 2005

	Landesorganisation Bremen	Unterbezirk Bremen-Stadt	Unterbezirk Bremerhaven	Unterbezirk Bremen-Nord
männlich	135	88	21	26
weiblich	69	46	12	11
gesamt	204	134	33	37



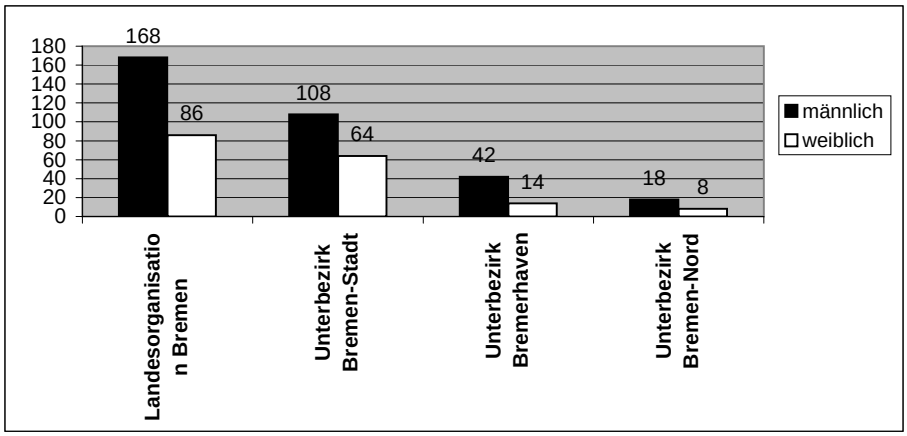
Mitgliederaustritte nach Geschlecht 2004

	Landesorganisation Bremen	Unterbezirk Bremen-Stadt	Unterbezirk Bremerhaven	Unterbezirk Bremen-Nord
männlich	310	185	77	48
weiblich	123	79	33	11
gesamt	433	264	110	59



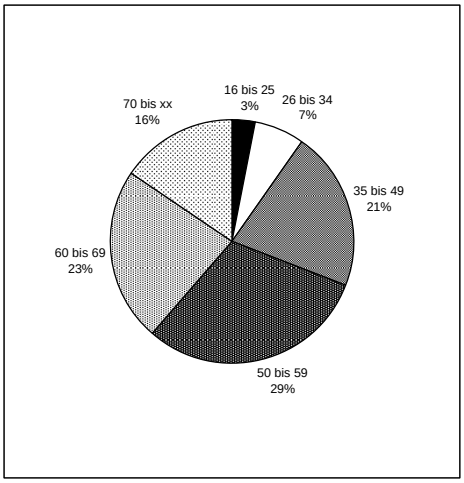
Mitgliederaustritte nach Geschlecht 2000

	Landesorganisation Bremen	Unterbezirk Bremen-Stadt	Unterbezirk Bremerhaven	Unterbezirk Bremen-Nord
männlich	168	108	42	18
weiblich	86	64	14	8
gesamt	254	172	56	26



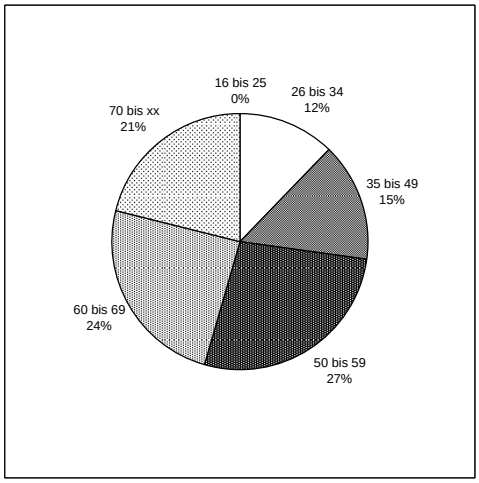
Mitgliederaustritte nach Alter 2005
Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	6	3
26 bis 34	14	7
35 bis 49	43	21
50 bis 59	62	30
60 bis 69	47	23
70 bis xx	32	16
gesamt	204	100



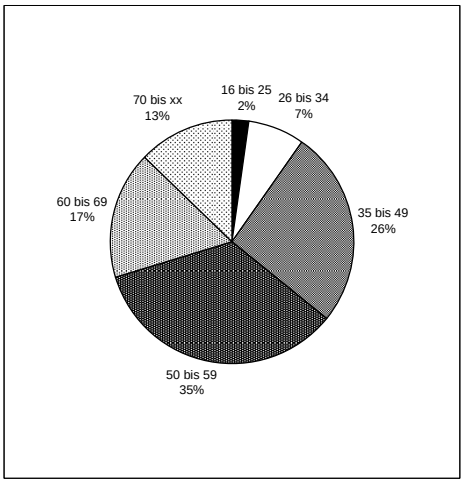
Mitgliederaustritte nach Alter 2005
Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	0	0
26 bis 34	4	12
35 bis 49	5	15
50 bis 59	9	27
60 bis 69	8	24
70 bis xx	7	21
gesamt	33	100



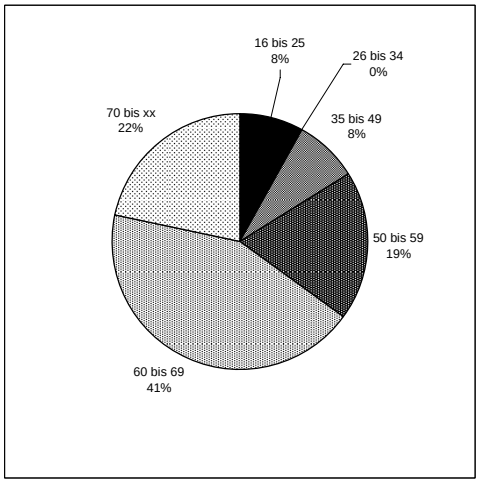
Mitgliederaustritte nach Alter 2005
Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	3	2
26 bis 34	10	7
35 bis 49	35	26
50 bis 59	46	34
60 bis 69	23	17
70 bis xx	17	13
gesamt	134	100



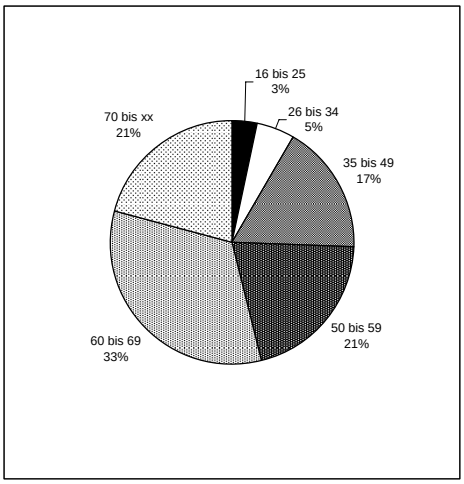
Mitgliederaustritte nach Alter 2005
Unterbezirk Bremen-Nord

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	3	8
26 bis 34	0	0
35 bis 49	3	8
50 bis 59	7	19
60 bis 69	16	43
70 bis xx	8	22
gesamt	37	100



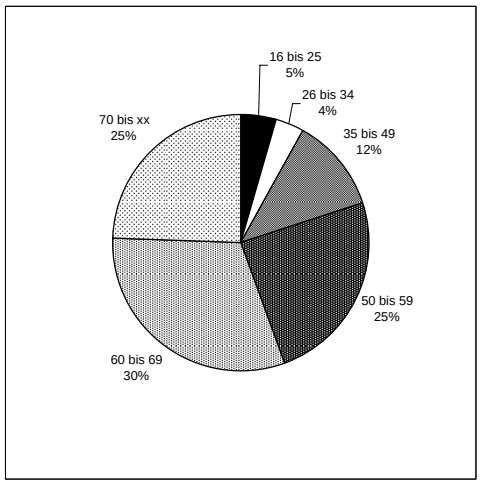
Mitgliederaustritte nach Alter 2004
Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	14	3
26 bis 34	22	5
35 bis 49	75	17
50 bis 59	89	21
60 bis 69	143	33
70 bis xx	90	21
gesamt	433	100



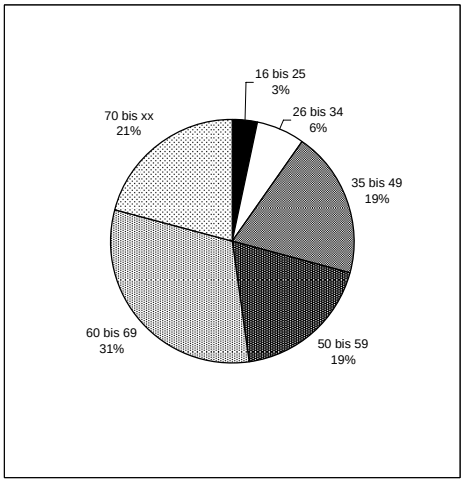
Mitgliederaustritte nach Alter 2004
Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	5	5
26 bis 34	4	4
35 bis 49	13	12
50 bis 59	27	25
60 bis 69	34	31
70 bis xx	27	25
gesamt	110	100



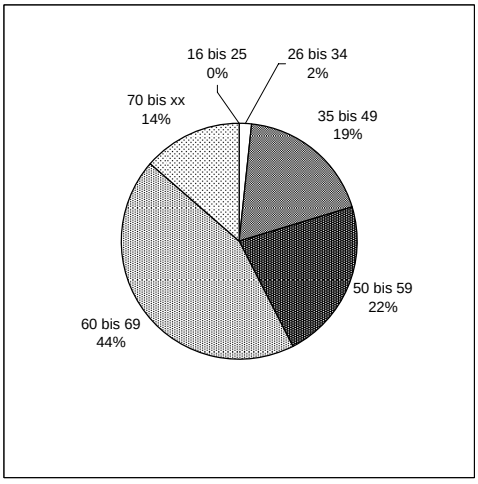
Mitgliederaustritte nach Alter 2004
Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	9	3
26 bis 34	17	6
35 bis 49	51	19
50 bis 59	49	19
60 bis 69	83	31
70 bis xx	55	21
gesamt	264	100



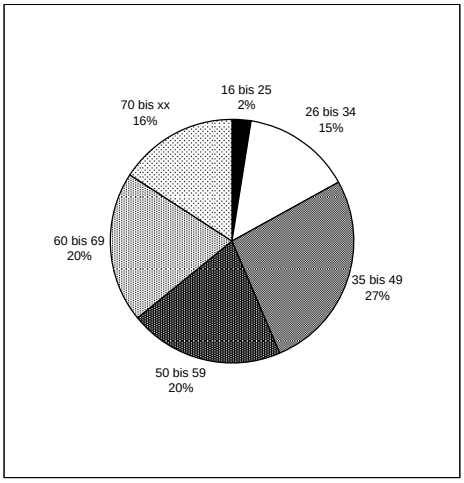
Mitgliederaustritte nach Alter 2004
Unterbezirk Bremen-Nord

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	0	0
26 bis 34	1	2
35 bis 49	11	19
50 bis 59	13	22
60 bis 69	26	44
70 bis xx	8	14
gesamt	59	100



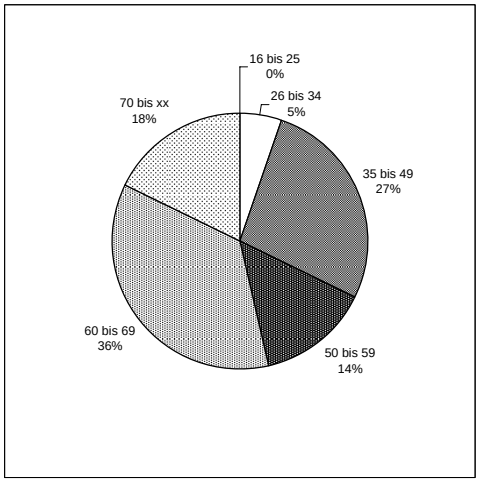
Mitgliederaustritte nach Alter 2000
Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	6	2
26 bis 34	37	15
35 bis 49	68	27
50 bis 59	52	20
60 bis 69	51	20
70 bis xx	40	16
gesamt	254	100



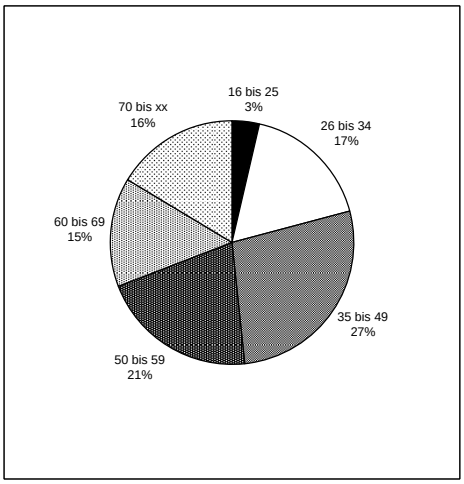
Mitgliederaustritte nach Alter 2000
Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	0	0
26 bis 34	3	5
35 bis 49	15	27
50 bis 59	8	14
60 bis 69	20	36
70 bis xx	10	18
gesamt	56	100



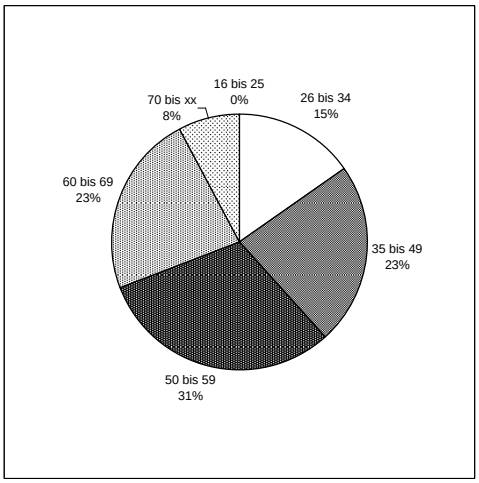
Mitgliederaustritte nach Alter 2000
Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	6	3
26 bis 34	30	17
35 bis 49	47	27
50 bis 59	36	21
60 bis 69	25	15
70 bis xx	28	16
gesamt	172	100



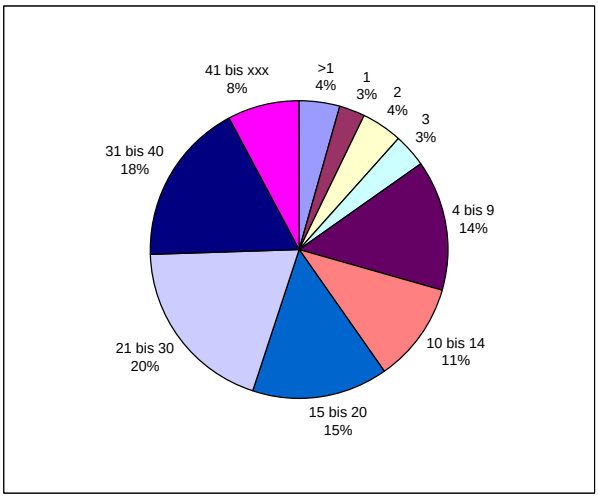
Mitgliederaustritte nach Alter 2000
Unterbezirk Bremen-Nord

Alter	Mitglieder	Mitglieder %
16 bis 25	0	0
26 bis 34	4	15
35 bis 49	6	23
50 bis 59	8	31
60 bis 69	6	23
70 bis xx	2	8
gesamt	26	100



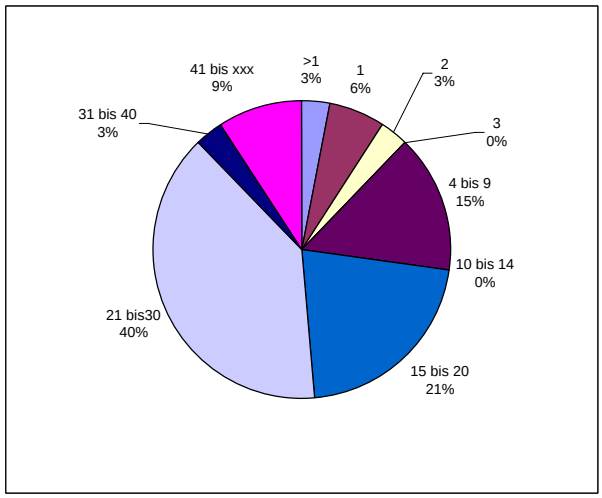
Mitgliederaustritte nach Dauer der Mitgliedschaft 2005 Landesorganisation Bremen

Jahre	Mitglieder	Mitglieder %
>1	9	4
1	6	3
2	9	4
3	7	3
4 bis 9	29	14
10 bis 14	22	11
15 bis 20	30	15
21 bis 30	40	20
31 bis 40	36	18
41 bis xxx	16	8
gesamt	204	100



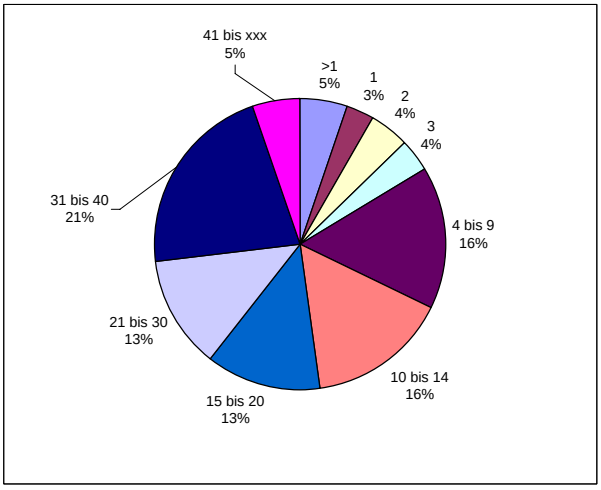
Mitgliederaustritte nach Dauer der Mitgliedschaft 2005 Unterbezirk Bremerhaven

Jahre	Mitglieder	Mitglieder %
>1	1	3
1	2	6
2	1	3
3	0	0
4 bis 9	5	15
10 bis 14	0	0
15 bis 20	7	21
21 bis30	13	39
31 bis 40	1	3
41 bis xxx	3	9
gesamt	33	100



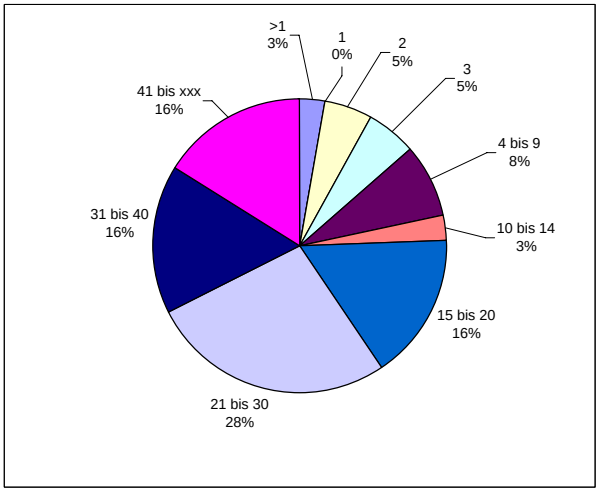
Mitgliederaustritte nach Dauer der Mitgliedschaft 2005 Unterbezirk Bremen Stadt

Jahre	Mitglieder	Mitglieder %
>1	7	5
1	4	3
2	6	4
3	5	4
4 bis 9	21	16
10 bis 14	21	16
15 bis 20	17	13
21 bis 30	17	13
31 bis 40	29	22
41 bis xxx	7	5
gesamt	134	100



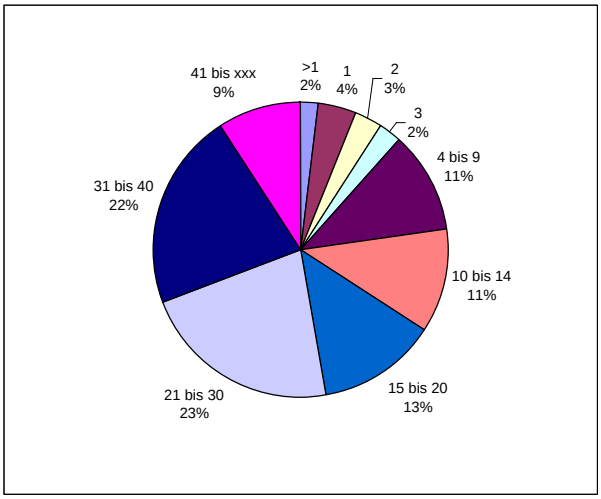
Mitgliederaustritte nach Dauer der Mitgliedschaft 2005 Unterbezirk Bremen Nord

Jahre	Mitglieder	Mitglieder %
>1	1	3
1	0	0
2	2	5
3	2	5
4 bis 9	3	8
10 bis 14	1	3
15 bis 20	6	16
21 bis 30	10	27
31 bis 40	6	16
41 bis xxx	6	16
gesamt	37	100



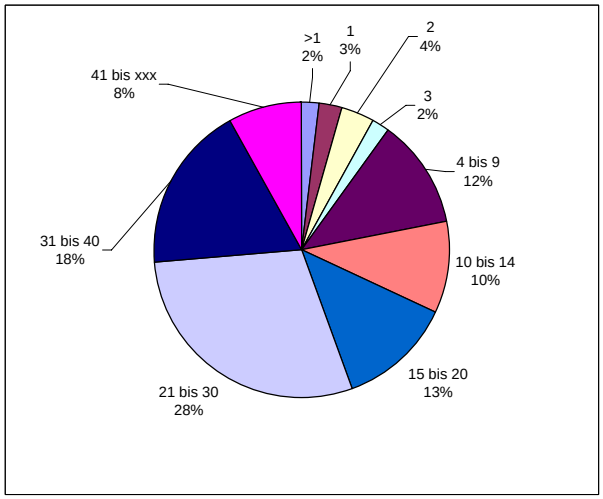
Mitgliederaustritte nach Dauer der Mitgliedschaft 2004 Landesorganisation Bremen

Jahre	Mitglieder	Mitglieder %
>1	8	2
1	19	4
2	13	3
3	10	2
4 bis 9	49	11
10 bis 14	49	11
15 bis 20	56	13
21 bis 30	95	22
31 bis 40	94	22
41 bis xxx	40	9
gesamt	433	100



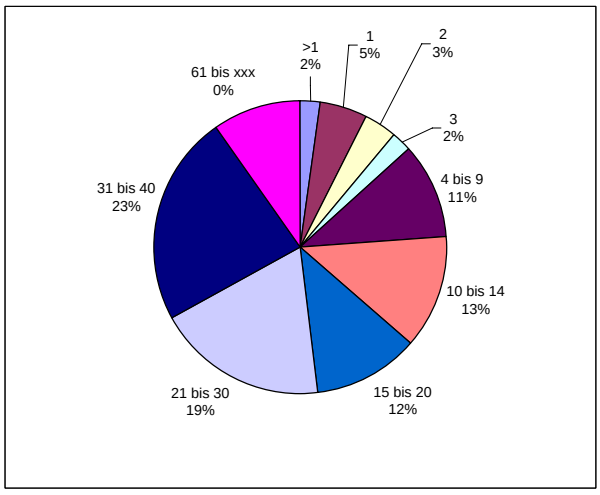
Mitgliederaustritte nach Dauer der Mitgliedschaft 2004 Unterbezirk Bremerhaven

Jahre	Mitglieder	Mitglieder %
>1	2	2
1	3	3
2	4	4
3	2	2
4 bis 9	13	12
10 bis 14	11	10
15 bis 20	14	13
21 bis 30	32	29
31 bis 40	20	18
41 bis xxx	9	8
gesamt	110	100



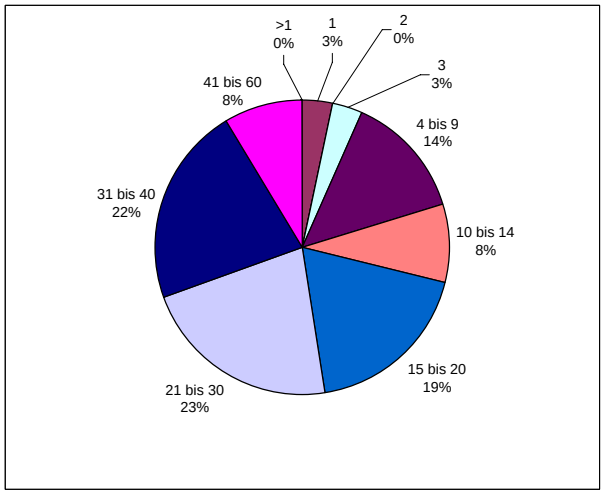
Mitgliederaustritte nach Dauer der Mitgliedschaft 2004 Unterbezirk Bremen Stadt

Jahre	Mitglieder	Mitglieder %
>1	6	2
1	14	5
2	9	3
3	6	2
4 bis 9	28	11
10 bis 14	33	13
15 bis 20	31	12
21 bis 30	50	19
31 bis 40	61	23
41 bis xxx	26	10
gesamt	264	100



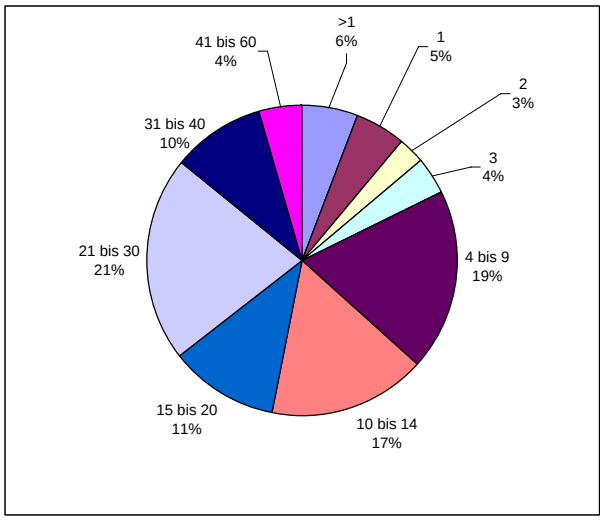
Mitgliederaustritte nach Dauer der Mitgliedschaft 2004 Unterbezirk Bremen Nord

Jahre	Mitglieder	Mitglieder %
>1	0	0
1	2	3
2	0	0
3	2	3
4 bis 9	8	14
10 bis 14	5	8
15 bis 20	11	19
21 bis 30	13	22
31 bis 40	13	22
41 bis 60	5	8
gesamt	59	100



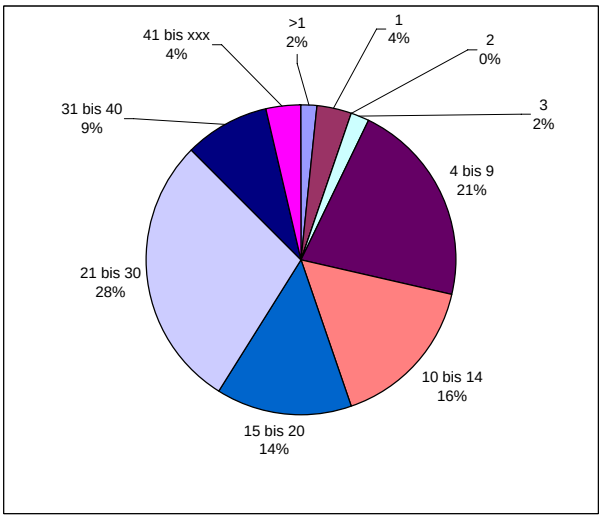
Mitgliederaustritte nach Dauer der Mitgliedschaft 2000 Landesorganisation Bremen

Jahre	Mitglieder	Mitglieder %
>1	15	6
1	13	5
2	7	3
3	10	4
4 bis 9	48	19
10 bis 14	42	17
15 bis 20	29	11
21 bis 30	54	21
31 bis 40	25	10
41 bis 60	11	4
gesamt	254	100



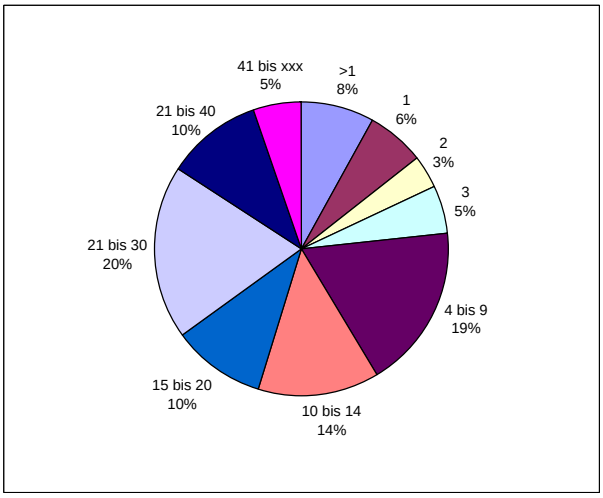
Mitgliederaustritte nach Dauer der Mitgliedschaft 2000 Unterbezirk Bremerhaven

Jahre	Mitglieder	Mitglieder %
>1	1	2
1	2	4
2	0	0
3	1	2
4 bis 9	12	21
10 bis 14	9	16
15 bis 20	8	14
21 bis 30	16	29
31 bis 40	5	9
41 bis xxx	2	4
gesamt	56	100



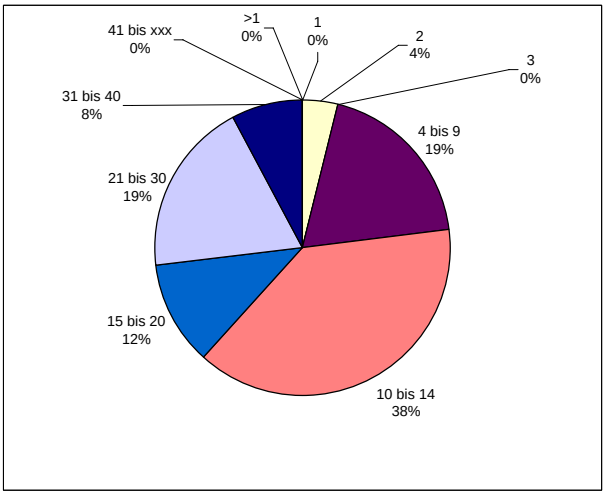
Mitgliederaustritte nach Dauer der Mitgliedschaft 2000 Unterbezirk Bremen Stadt

Jahre	Mitglieder	Mitglieder %
>1	14	8
1	11	6
2	6	3
3	9	5
4 bis 9	31	18
10 bis 14	23	13
15 bis 20	18	10
21 bis 30	33	19
21 bis 40	18	10
41 bis xxx	9	5
gesamt	172	100



Mitgliederaustritte nach Dauer der Mitgliedschaft 2000 Unterbezirk Bremen Nord

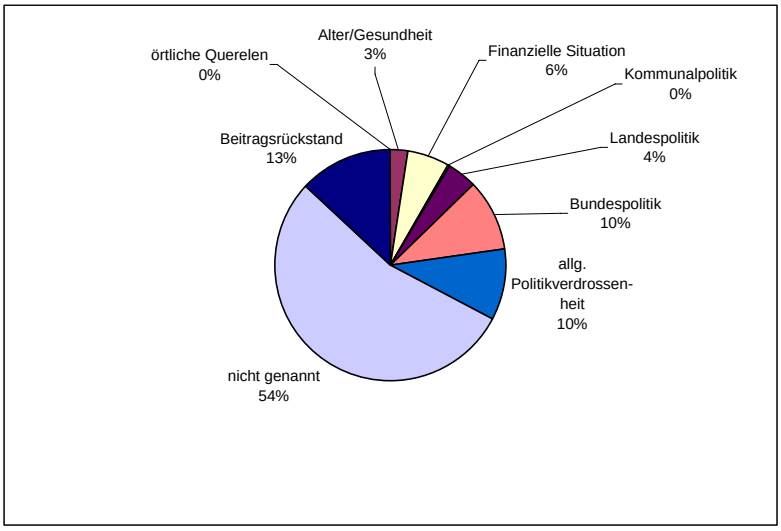
Jahre	Mitglieder	Mitglieder %
>1	0	0
1	0	0
2	1	4
3	0	0
4 bis 9	5	19
10 bis 14	10	38
15 bis 20	3	12
21 bis 30	5	19
31 bis 40	2	8
41 bis xxx	0	0
gesamt	26	100



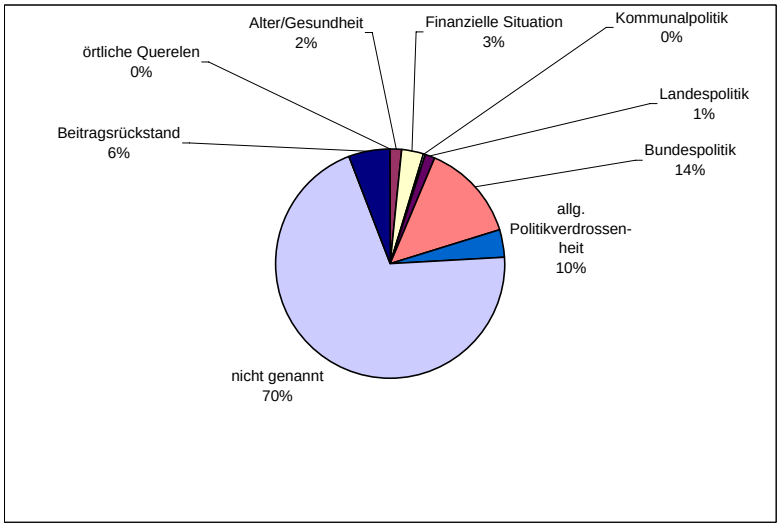
Austrittsgründe 2005

Austrittsgründe	Nennung	%
örtliche Querelen	0	0
Alter/Gesundheit	6	3
Finanzielle Situation	13	6
Kommunalpolitik	1	0,44
Landespolitik	9	4
Bundespolitik	23	10
allg. Politikverdrossenheit	23	10
nicht genannt	124	54
Beitragsrückstand	30	13
Gesamt	229	100

Mehrfachnennung von Austrittsgründen ist möglich. Anzahl der Austritte: 204



Austrittsgründe 2004

Austrittsgründe	Nennung	%
örtliche Querelen	0	0
Alter/Gesundheit	7	2
Finanzielle Situation	13	3
Kommunalpolitik	2	0,46
Landespolitik	6	1
Bundespolitik	60	14
allg. Politikverdrossenheit	17	4
nicht genannt	305	70
Beitragsrückstand	26	6
Gesamt	436	100

Mehrfachnennung von Austrittsgründen ist möglich. Anzahl der Austritte: 433